Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 208 10. DEZEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

Seite 1: Hausmitteilung/ Einzelhandel gegen Schülerzeitung/ Dokumentation gegen Frauenboxen/ *Ermittlung wegen Buback-Nachruf/ Buchhinweise/ Jahreskongreß der CIS/ Flugblatt beschlagnahmt* ist schon auf der Seite zwei!

BANANENREPUBLIK!

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60) bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer

DOKUMENTATION ÜBER FRAUENBOX-AKTION

NEU-ISENBURG 14.Dezember Das Frauenzentrum Dreieich hat eine Dokumentation zur Verhinderung des Frauenboxens am 5. und 6.Dezember in Neu-Isenburg. Sie enthält alle Materialien (z.B. Text der einstweiligen Verfügung).

„Wir möchten gern allen Frauengruppen, in deren Städten eventuell noch eine Veranstaltung der Interca-Catch stattfinden soll, unsere Erfahrungen zugänglich machen. Auf Anfrage schicken wir Euch die Dokumentation zu."

Frauenzentrum Dreieich, Am Buchenbusch 29
6078 Neu-Isenburg, Telefon 06102 / 34 338

EINZELHANDEL GEGEN SCHÜLERZEITUNG

JEVER 13.Dezember *Die Schülerzeitung ‚Babbelgamm', , deren 8. Ausgabe vom Direktor des Mariengymnasiums Wittmund verboten wurde (siehe ID Nr. 201), wird nun vom Einzelhandel der Gegend boykottiert. In einem Brief schreibt die Redaktion:*

„Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde.
Vielen Dank für die Berichterstattung über das jüngste ‚Babbelgamm'-Verbot. Aufgrund dieser Berichterstattung sind bei uns massenhaft Solidaritätsadressen eingegangen.

Doch die Lage hat sich für uns dramatisch zugespitzt. Nach dem Verbot forderte ein hiesiger Neo-Nazi ein Verbot des ‚Unabhängigen Sozialistischen Schülerbundes Friesland' als einer terroristischen und kriminellen Vereinigung. Er rief bei hiesigen Geschäftsleuten zu einem Anzeigenboykott gegen uns auf. Auf der letzten Sitzung des Einzelhandels wurde ein solcher Boykott beschlossen. Wir konnten bisher für unsere neue Ausgabe erst vier Inserate ergattern. Zum Teil wurden uns Inserate ganz offen mit der Begründung verweigert: „Dann kriege ich Ärger mit den Kollegen."
Aufgrund dieser jüngsten Maßnahmen ist eine linke Schülerzeitung in ihrer Existenz bedroht..."

Außer einem Spendenaufruf bittet die Schülerzeitung ‚Babbelgamm' den linken Buchhandel um Inserate.

Kontaktadresse: **Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund Friesland (USSB), Postfach 313,2942 Jever**

Um die technische Seite der Diskussion um freie Radios etwas zu forcieren folgende Buchtips:

Kleine Bibliographie für lebensbejahende Techniker

1) Funkschau Jg 76 Heft 15 - 17. Endstufen von 7 Watt bis 150 Watt. Funkschau, Franzis Verlag
2) UKW Berichte Zeitschrift für den UHF Amateur. Sehr fundierte und praxisbezogene Bauanleitungen, UKW Berichte, Baiersdorf (8523) Jahnstr. 14
3) Sendetransistoren, Valvo Handbuch. Wichtig fürs Endstufen bauen, Datenbuch mit Applikationen, Prints;Valvo GmbH, 2000 Hamburg,Burchardstr. 19
4) Amateurfunkgeräte für das 70 cm Band. Interessant. Radiopraktikerbücherei,Franzisverlag.
5) Harry Koch,Transistorsender.Absolut nützliches Kochbuch. Kein abstrakter Mathedreck, sehr praxisbezogen neben 1 und 3 das wichtigste Buch. Franzis Verlag ca 30,-DM
6) Amateurfunk Handbuch. Na ja,manche Kapitel schon recht alt. Zum Überblick kriegen gut, Schaltpläne, Fotos. Von Werner W. Diefenbach,Franzis Verlag. ca. 80,-DM
7) RCA Power Silicon Transistor Handbook. Englisch. Nicht soo wichtig. Über Bezugsmöglichkeiten nix genaues bekannt, da Firmenschrift, möglicherweise über Buchhandel, sonst direkt.Adresse selbst suchen.
8) Alice ist der Teufel. Beispiel einer subversiven Kommunikation. Merve Verlag. Zur ideologischen Aufrüstung.
9) Kursbuch 20

ERMITTLUNGSVERFAHREN WEGEN BUBACK-NACHRUF

FLENSBURG 13.Dezember Die Flensburger Alternativzeitung „Die Notwendige Zeitung" wird nun auch von der Staatsanwaltschaft beehrt.
Wegen des Abdrucks des ‚Buback-Nachrufs' und einem Vorwort, in dem die Redaktion zum Thema Pressefreiheit und Solidarität Stellung nahm, ist ein Ermittlungsverfahren eröffnet worden. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wurde gegen die Paragraphen 90, 130 und 179 verstoßen.

„...und damit alle singen lernen müssen,
wir rufen, schreien und singen so laut und so fröhlich
es geht in diesen finstren Zeiten."

Kontaktadresse: **‚Die Notwendige Zeitung', Anke Milz, Sudergraben 65, 2390 Flensburg**

JAHRESKONGRESS DER CIS

HAMBURG 15.Dezember Die Conföderation Iranischer Studenten (CIS) hält vom 26. bis 30.Dezember in Hamburg in der Borgfelder Straße 16 ihren 18. Jahreskongreß ab. Das allgemeine Programm des Kongresses wird wie folgt sein:

1. Empfang der ausländischen Delegationen und Grußbotschaften an den 18. Jahreskongreß
2. Politischer Bericht des CIS-Vorstandes
3. Beschlußfassung über Aufgaben der CIS im kommenden Jahr und Resolutionsverabschiedung.

Es wird neben dem allgemeinen Programm des Kongresses eine Konferenz über die nationale Frage im Iran sowie eine Konferenz über die iranische Frauenbewegung abgehalten. Außerdem sind kulturelle Darbietungen vorgesehen.

Kontakt: Postfach 2403, 3000 Hannover 1, West-Germany

FLUGBLATT VON ZIVILPOLIZEI BESCHLAGNAHMT

Heidelberg
12.Dezember

Am 9.Dezember gegen Mittag tauchten zwei Kriminalbeamte in der Heidelberger Buchhandlung 'Jörg Burkhard' auf und beschlagnahmten ein Flugblatt, auf dem zum Internationalen Aktionstag am 10.Dezember aufgerufen wurde. Bereits vor einigen Wochen waren zwei Zivile bei 'Jörg Burkhard' erschienen und hatten eine Erklärung von Giesela Pohl beschlagnahmt (ID Nr. 205(. Diesmal entfernten sie sich mit der Bemerkung, daß dies so nicht weiter gehe und bei Fortdauer Konsequenzen hätte.

TRAGEN VON ANTI-ATOMKRAFT-PLAKETTEN VERBOTEN

Augsburg
15.Dezember 77

Betroffene Schüler/innen schreiben hierzu:

"An der staatl. Fachoberschule Augsburg ist es seit dem 9.Dezember 77 verboten, ATOMKRAFT? NEIN DANKE – Plaketten zu tragen.
Da wir dieses Verbot nicht befolgen (es tragen inzwischen ca. 25 - 30 Schüler solche Plaketten) hat sich die Situation zugespitzt. Der stellvertretende Direktor hat heute 4 Schüler zu sich rufen lassen und das Verbot noch "genauer" begründet:

– § 4,2, unserer Schulordnung:
  Politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild oder Emblem, Tragen von Parteiabzeichen sowie parteipolitische Tätigkeit sind nur außerhalb des Unterrichts und schulischer Veranstaltungen, sowie außerhalb des Schulbereichs zulässig.
– dieser Paragraph trifft nach seiner Ansicht deshalb zu, weil die Plaketten in eine aktuelle politische Diskussion eingreifen und weil die BBU ja eventuell bei den nächsten Wahlen kandidieren will (parteipolitisch).
– die allgemeine zunehmende politische Radikalisierung.

Als wir keines dieser Argumente akzeptierten, berief er sich auf sein Hausrecht als Direktor und drohte uns Schulstrafen an. - Verschärften Verweis und befristeter Ausschluß vom Unterricht.
Das Verbot wird zur Zeit nur von einzelnen Schülern befolgt. Bis jetz haben wir erst mal ein Flugblatt gemacht und bringen noch weitere Plaketten in Umlauf.
So lächerlich dieser Plakettenstreit vielleicht klingt, finden wir es doch wichtig, die Sache soweit wie möglich zu veröffentlichen und etwas dagegen zu unternehmen. Sonst darf man an bayrischen Schulen in ein paar Jahren nicht mehr mal den Mund aufmachen."

Kontaktadresse: Simon Ordnung
Rugendasstr. 13, 8900 Augsburg

ZUR RÄUMUNG DES ANTI-ATOM-DORFES BROKDORF

HAMBURG
7. Dezember

Gemeinsamer überarbeiteter öffentlicher Widerspruch vom 15.11.77 gegen die Leistungsbescheide der Landespolizei Schleswig-Holstein:

Seit dem 26.11.77 verschickte die Landespolizei Schleswig-Holstein an bisher 18 Atomkraftgegner je einen "leistungsbeschied" mit einer Kostenrechnung über jeweils 5384,14 DM. Diesen Betrag soll jeder für die Räumung des Anti-Atom-Dorfes am Bauplatz in Brokdorf zahlen. Die Gesamtkosten gibt die Polizei mit 113 067,- DM an. Ein Widerspruch gegen den Bescheid soll keine aufschiebende Wirkung haben. Wenn der Betrag nicht innerhalb von 7 Tagen gezahlt wird, will die Behörde die Zwangsvollstreckung einleiten.

Gegen diese "Leistungsbescheide" legen wir Widerspruch ein.

Vom 5.8. bis 9.8.77 haben Bürgerinitiativen aus dem ganzen norddeutschen Raum ein Lager unmittelbar am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks Brokdorf eingerichtet. Vom Lager aus sollten die Bautätigkeiten beobachtet und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Seit dem ersten Baustopurteil vom Dezember 76 hat die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG –NWK ständig auf dem Baugelände weitergearbeitet, mit der Aufhebung des Baustops war und ist ständig zu rechnen. Mit dem Lager sollten die Diskussionen zwischen örtlicher und auswärtiger Bevölkerung vertieft werden, um gemeinsam die erwartete Rückführung der Baumaschinen auf die Baustelle zu verhindern.

Gegen die lebens- und existenzbedrohenden Atomanlagen, an denen nur die Großindustrie Interesse haben kann, leisten Hunderttausende Widerstand, so wie in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Gorleben, Kalkar, Malville, Barsebäck und anderswo. Das Lager in Brokdorf wurde von vielen Menschen durch Spenden, zahlreiche Besuche, intensive Diskussionen, Lebensmittel usw. getragen. Weiter fand zur Unterstützung des Lagers eine spontane Treckerdemonstration von örtlichen Bauern statt. Nachdem die Behörden die Räumung des Lagers verlangt hatten, versammelten sich über 500 Atomkraftgegner im Lager, um dagegen zu protestieren. Am 9.8.77 wurde die Räumung durch 605 Polizeibeamte (laut Leistungsbescheid der Polizei) erzwungen.

Jetzt werden einige Atomkraftgegner willkürlich herausgegriffen, wobei es der Poliezi noch nicht einmal darauf ankommt, ob die Personen tatsächlich im Lager gewesen sind oder nicht. Die Methode, die Kosten für Polizieeinsätze einzutreiben, zielt darauf ab, einen Teil der Bürgerinitiativen bzw. viele ihrer Mitglieder wirtschaftlich und beruflich zu vernichten. Wir vertreten seit Jahren, daß Planung, Bau und Betrieb von Atomanlagen Unrecht ist und bekämpft werden muß. Der massenhafte Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf hat bisher einen Baustop bewirkt. Allerdings wird der unrechtmäßige Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf durch die Gerichte bislang höchstens verzögert, das Zelten im Schatten der Brokdorfer Mauer aber soll mit Hilfe von Landschaftspflegegesetz und Bundesbaugesetz nicht nur strafrechtlich, sondern jetzt auch durch höchste Geldforderungen verfolgt werden. Mit den Leistungsbescheiden wird die Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt. Für den Polizeieinsatz gegen das Anti-Atom-Dorf in Grohnde sowie gegen die Demonstration vom 19. März 77 in Grohnde sollen jetzt etwa 270 Atomkraftgegner gleich über zwei Millionen DM bezahlen. Hier sollen grundsätzliche Entscheidungen herbeigeführt werden, nach denen künftig die Opfer die polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen auch noch bezahlen sollen. Durch einen beliebig großen Polizeieinsatz können uns auf diese Weise Rechnungen vorgelegt werden, die unsere wirtschaftliche und berufliche Existenz vernichten.

Unabhängig davon, ob wir an dem Lager teilgenommen haben oder nicht, fordern wir die Landesregierung auf, die Leistungsbescheide sofort zurückzunehmen. Wir werden das Geld nicht zahlen. Wir halten an unseren Interessen fest und bekämpfen weiterhin das Atomkraftwerk in Brokdorf und auch anderswo.

Wir fordern:

Sofortige Zurücknahme der Leistungsbescheide!

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Keine Rückführung der Baumaschinen!

Jens R. Boy, Hamburg, Klaus Derikum, Hamburg, Karl-Heinz Geram, Hamburg, Michael Haller , Hamburg, Cornelius Hertz, Hamburg, Ulrike Hoffmann, Hamburg, Concordia Jarowoy, Hamburg, Stefanie Katz, Hamburg, Hans Kolbe, Hamburg, Ulrich Konopka, Kurzenmoor, Almuth Lüthje, Brokdorf, Jan Lüthje, Brokdorf, Volker Neitzel, Elmshorn, Jörg Oberkampf, Hamburg, Gerhard Olsson, Hamburg, Karl Qualmann, Kiel, Ludwig Ulrich, Hamburg, Henning Wriedt, Hamburg

Gemeinsames Spendenkonto der 18 bisher Betroffenen:
Kto.Nr. 11/68665 Westbank Altona (BLZ 20030000) Katz, Oberkampf, Lüthje, "Stichwort: Leistungsbescheide".
Von diesem Konto sollen ausschließlich Verfahrenskosten und Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit (dies Flugblatt z.B.) bezahlt werden – nicht die Kosten für die Leistungsbescheide selber (siehe Widerspruch – die zahlen wir nicht).
Gemeinsame **Kontaktadresse** der 18 bisher Betroffenen:
Michael Haller im Laden Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel. 040/40 27 82 (AK Ökologie)

LETZTE MELDUNG

ITZEHOE 1o.Dezember Am Samstag, den 10.Dezember überreichten die von den „Leistungsbescheiden" betroffenen Atomkraftgegner in Itzehoe ihren oben abgedruckten Widerspruch der dortigen Polizeidirektion West. Sie wurden dabei von etwa 700 Leuten begleitet und unterstützt. Anschließend fand in Wilster ein Massenmittagessen von etwa 200 dieser Beteiligten in einem Gasthof statt. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen von Mitessern verlautet, war die Stimmung sowohl bei der Übergabe als auch bei der kollektiven Nahrungsaufnahme außerordentlich gut.



Demonstration der Aktion „Kein AKW mit unserem Geld" vor dem Gebäude der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) am 1.Oktober 1977 anläßlich des Beginns des Stromzahlungsboykotts in Hamburg.

BBU – WHO IS WHO ?

Hamburg 17.11.77 *In ID 204 und 206 sind Stellungnahmen von zwei Hamburger AKW-Gruppen zur Wahlbeteiligung abgedruckt.Beide beanspruchen das Firmenzeichen "BUU".Um den Knoten zu entwirren, veröffentlichen wir eine Erklärung der ESG Hamburg. Beide Gruppen wollten zur selben Zeit einen ESG Raum benutzen.*

"Gerade die Aufgabe einer Bürgerinitiative, die keine rein linke Bewegung sein kann, muß es sein, bei einer Vielfalt von politischen Meinungen durch gemeinsame Praxis eine Veränderung des Bewußtseins der einzelnen Menschen zu erreichen. Dazu muß eine Atmosphäre solidarischer Auseinandersetzung vorhanden sein, in der Andersdenkende nicht abqualifiziert werden.
Dem KB ist vorgeworfen worden – u.a. von ESG-Mitgliedern und ehemaligen KB-Mitglieder –,daß er darauf hingearbeitet habe, mit möglichst vielen Gruppen und Delegierten in der BUU-Hamburg vertreten zu sein. Diese Vorwürfe sind vom KB nicht glaubhaft widerlegt worden. Es gibt vielmehr Belege dafür, daß der KB die Diskussion nicht versachlicht, sondern seinen Mitgliedern in der BUU Hamburg ein Feindbild aufgebaut hat. So ist in einem Rundbrief des KB vom 4.1.77 die Rede davon, daß "Machenschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen" und "diejenigen, die sich als besserungsunwillig zeigen, aus den BIs herausgedrängt werden müssen." Aktivitäten, mit denen der KB nicht übereinstimmt, wie die Anti–AKW–Lager in Grohnde und Brokdorf und die Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen, wurden und werden vom KB in einerArt abqualifiziert, die mit solidarischer Auseinandersetzung nichts zu tun haben.
Ein Wesenszug der Bürgerinitiativen ist es, daß in ihnen Menschen, die aus verschiedenen politischen Richtungen kommen, an einem Punkt zusammenarbeiten. Das ist gefährdet, wenn eine politische Organisation versucht, ihre Vorstellungen statt die der BI durchzusetzen. Vor der Spaltung der BUU hat der KB in mehreren wichtigen Fragen, z.B. zum Vorgehen am 1.Mai, seine Position durch Kampfabstimmungen durchgesetzt. Solche Entscheidungen, die heftig umstritten sind und für die es in der BI keine breite Basis gibt, schaden dem gemeinsamen Ziel, weil sie Differenzen in den Vordergrund stellen. Das Vorgehen des KB, immer mehr eigene Vorstellungen in der BUU Hamburg durchzusetzen, führte zwangsläufig dazu, daß immer mehr AKW-Gegner diese BUU nicht mehr als ihre BUU verstehen konnten. So war die Spaltung der BUU Hamburg in zwei Plena, so bedauerlich sie auch ist, eine fast zwangsläufige Folge aus der Arbeit des KB in der BUU.
Ähnliche zentralistische und unterdrückende Vorstellungen wurden auch von anderen kommunistischen Gruppen praktiziert, etwa von der KPD (zusammen mit dem KB) auf der Bundeskonferenz in Hannover und vom KBW auf einer Veranstaltung in Wilster. Diese Gruppen haben jedoch – im Gegensatz zum KB – den Vorzug, daß sie offen auftreten und unverhüllt ihre politischen Positionen darstellen. Dadurch sind ihre politischen Fehler leichter zu durchschauen und zu kritisieren.
Eine Minderheit des ESG-Gemeindevorstandes stimmt den wesentlichen inhaltlichen Positionen der ESG-Erklärung nicht zu. Sie ist zu der Auffassung gelangt, aus den Erfahrungen mit dem KB innerhalb der Anti–AKW–Bewegung, daß der KB eine positive und für die Anti–AKW–Bewegung eine vorantreibende Kraft ist. So hat der KB z.B. wesentlich zum Erfolg der Brokdorf-Demonstration vom 19.2.77 beigetragen, zum einen durch die Mobilisierung und zum anderen durch sein konkretes Verhalten bei der Demonstration
In dem im Martin-Luther-King-Haus(KB-Plenum) tagenden BUU-Plenum hat der KB seine Organisationsvorstellungen durchgesetzt. Es wurde gesagt, in der BUU sollten demokratische Strukturen eingeführt werden, was bedeutete, daß nur die Position, die von der Delegiertenmehrheit getragen wird, als BUU-Position öffentlich dargestellt wird. bzw. werden darf. Ein solches Organisationsmodell mag für eine politische Organisation notwendig sein, für eine Bürgerinitiative erscheint sie aber ungeeignet. Da eine Bügerinitiative Menschen mit verschiedenen politischen Positionen anspricht, die mit dem Ziel der BI übereinstimmen, müssen gerade auch Widersprüche innerhalb der BI öffentlich dargestellt werden können, damit nicht der Eindruck politischer Einseitigkeit entsteht.
Wir halten das Organisationsmodell der autonomen Gruppen für einen besseren Weg, dem Anspruch der Bürgerinitiative gerecht zu werden . Diese Gruppen haben untereinander starke politische Differenzen, weil in dieser Fraktion die

unterschiedlichsten Menschen (Anarchisten,Kommunisten, Christen,Sozialisten, Liberale ,Gewaltfreie) zusammenarbeiten. Ihr Organisationsprinzip ist deshalb durch die Autonomie und die Selbstbestimmung der Individuen und Gruppen gekennzeichnet.
Wenn auch heute noch eine nach den Möglichkeiten der Menschen gleichberechtigte Mitarbeit durch die Vorsprünge und Ungleichzeitigkeiten erschwert wird, so bieten sich für die Gleichberechtigung aller Gruppen jedoch positive Ansätze, und ein Einbringen und Verwirklichen der verschiedenen Positionen ist gewährleistet, d.h. konkrete Vorschläge werden vorgestellt. Gruppen, die diese Ideen gut finden, schließen sich zusammen und versuchen, diese Vorschläge zu verwirklichen. Niemand wird auf eine einzige — angeblich allein politisch richtige — Linie festgelegt.
Nur wenn verschiedene Vorstellungen über den Widerstand diskutiert und angewendet werden, ist es möglich, daß sich neue Aktionsformen entwickeln, die Menschen Erfahrungen machen und sich verändern. Nur in einem solchen Sinn scheint uns eine fortschrittlichen Arbeit, die zu einem Ziel führen soll, in dem letztlich die Herrschaft des Menschen über Menschen aufgehoben ist, möglich.
Wir halten die Organisationsform des Phil.-Tumr-Plenums (Plenum der autonomen Gruppen) für eher geeignet, die S[illegible]tung der BUU zu überwinden, was unserer Meinung nach eine wichtige und notwendige Aufgabe der Hamburger Gegner ist. Wir sehen in diesem Sinn auch unsere Entscheidung, den Saal des Martin-Luther-King-Hauses am Donnerstagabend dem bisher im Phil.-Turm tagenden Plenum zur Verfügung zu stellen. Dem bisher am Donnerstag hier tagenden Plenum könnten wir den Saal montags oder mittwochs zur Verfügung stellen."

Kontaktadresse: KB-BUU,Schlüterstr.4,2000 Hamburg 13, Tel.410 5673; autonome BUU,AK Politische Ökologie, Lutterothstr.33,2000 Hamburg 19,Tel.402 782

BAUSTOP BEIM SCHNELLEN BRÜTER KALKAR? NOTRUFDEPESCHE UND SPENDENAUFRUF

MOERS
7.Dezember

Niederrheinische Bürgerinitiativen, die seit Jahren gegen den Bau des Schnellen Brüter in Kalkar kämpfen, übermittelten uns telefonisch folgenden **dringenden** Spendenaufruf:
"[illegible]e dringende Entscheidung ist fällig bis Ende Dezember. 1. Soll der Antrag auf Baustop des Schnellen Brüters gestellt werden? 2. Soll der Prozeß überhaupt geführt werden?
Das sind keine rhetorischen Fragen! Sie haben einen sehr realen Hintergrund - nämlich fehlende finanzielle Mittel. Bisher sind sie von der "Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung Kalkar" zusammen mit unseren holländischen Freunden erbracht worden. Die notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen für den Gerichtstermin beim Oberverwaltungsgericht Münster am 18. August 1977 haben den Fond von 40.000 DM vollständig verbraucht.

Es besteht begründete Aussicht, daß ein Antrag auf Baustop beim Schnellen Brüter positiv entschieden werden wird, solange beim Bundesverfassungsgericht noch keine Entscheidung gefallen ist. Aber die Zeit drängt sehr. Unsere Rechtsanwälte Rainer Beeretz und Siegfried de Witt (Freiburg), die auch im Prozeß um Wyhl tätig sind, sehen sich gezwungen Ende Dezember als entscheidenden Termin zu setzen dafür, daß eine neue finanzielle Grundlage für die Weiterführung des Prozesses geschaffen wird. Nach ihrer Vorausberechnung ist eine Mindestsumme von 40.000 DM erforderlich.

Die Gefahr, die uns alle und künftige Generationen bedroht, erfordert unsere entschiedene Solidarität. Der Prozeß gegen den Schnellen Brüter ist nicht Sache eines Einzelnen (Bauer Joseph Maas), sondern eine nationale, ja internationale Sache!
Darum helfen Sie alle mit einen neuen Fond zu begründen! Geben Sie eine Spende nach ihrem Vermögen! Oder wenigstens eine verbindliche Zusage bis Ende Dezember 1977.

Konto: Interessengemeinschaft Kalkar, Kreissparkasse Kalkar, KtoNr. 5104633

Im Auftrag der Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung Kalkar Bürgeraktion Stop Kalkar im Weltbund zum Schutz des Lebens (Vlotho) Bundesverband e.V., Bund für Lebensschutz e.V. und der Essener "Aktion gegen Umweltzerstörung"
gez. Gerda Degen
Kontaktadresse: Gerda Degen, Zahnstr. 23, 4130 Moers

GEWERKSCHAFTER GEGEN ATOM: AKTIONSKREIS LEBEN

DIETZENBACH
11.Dezember

Nachdem der ,Aktionskreis Energie' sich in den Gewerkschaften so weit durchgesetzt hat, daß Gewerkschaftsvorsitzende im Dortmunder Westfalenstadion entgegen früheren Erklärungen offen für die Kernkraftwerke aufgetreten sind, haben sich am 10. und 11.Dezember Gewerkschafter aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften in Dietzenbach als Initiative AKTIONSKREIS LEBEN getroffen. Sie wollen in den Gewerkschaften und Betrieben selbst den Kampf gegen die Atomenergie aufnehmen und dafür örtliche Initiativen bilden. Am **11./12.März** *soll ein Treffen dieser örtlichen Initiativen stattfinden. Es wird in Kürze ein Info darüber geben.*

Wir drucken den Aufruf „Für einen Aktionskreis Leben" vom Oktober und eine Erklärung vom Dietzenbacher Treffen ab:

AUFRUF
FÜR EINEN AKTIONSKREIS LEBEN!

Die sogenannte Nutzung der Atomenergie ist für große Teile des gewerkschaftlichen Apparats im Verein mit der sozialliberalen Koalition und der Atomlobby der Konzerne die Zauberformel für die „Sicherung der Arbeitsplätze".
„Atomenergie sichert Arbeitsplätze" ist zum Hauptargument geworden, gegen die breiteste Volksbewegung, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat und die gemeinsam mit zahlreichen Gegnern der Atomenergie in aller Welt gegen das Risiko der Atomwirtschaft Widerstand leistet. Gegen ein Risiko, das nicht nur vom Stand der Wissenschaft und Technik unkalkulierbar ist, sondern bereits aufgrund der Tatsache, daß optimale Sicherheitsvorkehrungen mit den Profitinteressen der Atomindustrie unvereinbar sind.

Zahlreiche Wissenschaftler und Ärzte haben immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die von der Atomindustrie ausgehen; sowohl für die Bevölkerung und unsere Umwelt, als auch für die in laufenden Atomanlagen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

— Angesichts der Tatsache, daß die Atomprogramme bei uns und anderswo vielfach noch am Anfang ihrer Verwirklichung stehen, ist die Zahl der bekannt gewordenen Störfälle, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Beinahe—Katastrophen bereits beträchtlich.

— Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche technische Einzelheiten von Atomanlagen noch nicht ausgereift sind, funktionstüchtige Wiederaufbereitungsanlagen fehlen und die sogenannte Endlagerung hochradioaktiven Abfalls noch keineswegs gelöst ist bzw. kommende Generationen mit unermeßlichen Aufwendungen und Gefahren belasten würde, ist jede großtechnische Atomenergiegewinnung nicht nur leichtfertig,sondern unverantwortlich;

— Angesichts der Tatsache, daß selbst Gerichte im Fall des ersten, im Bau befindlichen Plutoniumbrüters in Kalkar von Gefahren nationalen Ausmaßes sprechen (und dabei vergessen, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt!); daß erst durcheine illegale Aktion von Atomkraftgegnern Teile von geheimen Katastrophenplänen an das Licht der Öffentlichkeit kommen, die beweisen, wie grob fahrlässig Regierung, Behörden, und Betreiber mit dem Leben der Bevölkerung spielen;

Angesichts der Tatsache, daß mit fieberhafter Eile astronomische Summen im Namen des Fortschritts, der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und der Vollbeschäftigung in die Atomtechnologie investiert werden, und dabei extrem erhöhte Schadensgefahren in Kauf genommen werden, ist der Widerstand des denkenden Menschen Pflicht;

— Angesichts der Tatsache, daß die anlaufende Exportoffensive der deutschen Atomindustrie die internationale Weiterverbreitung von Atomwaffen und damit die wachsende Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwört, können wir nicht warten, bis die Katastrophe da ist.

Die Tatsache, daß Regierung und Konzerne das Atomprogramm gegen den offenen Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung auch mit staatlicher Gewalt durchzusetzen bereit sind, daß bei einer Atomwirtschaft durch die Sicherheitsrisiken der weiteren Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten Tür und Tor geöffnet wird, stellt eine Herausforderung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dar.

Bereits heute müssen wir darüberhinaus das traurige Schauspiel erleben, daß sogar innerhalb unserer Gewerkschaftsverbände administrativ gegen engagierte Atomkraftgegner vorgegangen wird, die den offensichtlichen Mißbrauch gewerkschaftlicher Funktionen im Interesse der Atomlobby kritisieren.

In einer Reihe von Atom- und Rüstungskonzernen hat sich ein sogenannter Aktionskreis Energie gebildet, der offen für die Atom- und Vernichtungsindustrie Partei nimmt. Dieser Aktionskreis tritt seit einigen Monaten mit Anzeigenserien in gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Zeitungen auf. Als Unterzeichner fungieren Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Betriebsvorsitzende. Seit dem 29.September hat dieser „Aktionskreis Energie" mit offener Unterstützunq des Bundeskanzlers eine Serie von Demonstrationen organisiert, an denen Geschäftsleitungen und mehrere tausend Beschäftigte gemeinsam teilgenommen haben. Weitere Aktionen dieser Art wurden angekündigt. Zahlreiche Kollegen sind durch psychologischen Druck bis hin zur Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, zur Teilnahme an den Aktionen genötigt worden.

Alle Kollgen sind aufgerufen, den irreführenden und verwerflichen Aktivitäten dieses Aktionskreises entegenzutreten. Gegen den „Aktionskreis Energie" setzen wir uns ein für die Mobilisierung des gewerkschaftlichen Willens und der gewerkschaftlichen Kraft zur Sicherung und zum Ausbau menschenwürdiger Arbeits- und Existenzgrundlagen.

Aus all diesen Gründen halten wir sofortige Eröffnung einer freien und umfassenden Diskussion der mit der Atomenergie verbundenen Fragen für notwendig.

Wir fordern:

— die sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms,
— keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomanlagen,
— Stillegung sämtlicher in Bau und Betrieb befindlicher Atomkraftwerke unter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen;
— Exportstop für Atomtechnologie,
—die Eröffnung einer demokratischen Diskussion und Beschlußfassung über ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm zur Verteidigung des Rechts auf Arbeit für alle!
— Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit
— ein Programm öffentlicher Investitionen
a) für die beschleunigte Entwicklung und Anwendung menschen- und umweltfreundlicher Energiequellen (Sonnen-, Wind- und geothermische Energie) unter Kontrolle der Gewerkschaften;
b) für die massenhafte Schaffung von Arbeitsplätzen dort, wo der gesellschaftliche Bedarf am größten ist: in den sozialen Betrieben der Erziehung und der Ausbildung, im Gesundheitswesen der Altenpflege, der Freizeitgestaltung und in der Sanierung der Umwelt.
— für die Übergangszeit die verstärkte Nutzung der Stein- und Braunkohlevorkommen unter strengen Umweltschutzauflagen.

Erstunterzeichner: *Heinz Brandt, Journalist/IGM; Jakob Moneta, Chefredakteur ‚Metall'; Elisabeth Haustein-Abendroth, Personalrätin, Landes AjLE i.d.GEW,Frankfurt; Jürgen Schnadwinkel, Zentraler Jugendausschuß Gew. Textil u.Bekleidung, Dissen TW; Hans Müller, Betriebsratsvorsitzender/Mitglied im OV-Vorstand der HBV Köln; Dieter Braeg,Betriebsratsvorsitzender/IGM Neuss; Peter Jäger, Betriebsrat/IGM,Neuss; Orhanogliu Hasan,Betriebsrat/IGM,Neuss; Gaby Dorsten,IGM, Mönchengladbach; Friedhelm Knipping,Personalratsvorsitzender/ÖTV,Frankfurt; Ilse Schaad,Landesjunglehrervertreterin, AjLE i.d.GEW; Wolfgang Zimmermann, ÖTV-Vertrauensma[nn] Düsseldorf. — es haben noch ca. 50 weitere Gewerkschafter und Betriebsräte der Gewerkschaften IGM, ÖTV, GEW, HBV, Textil u. Bekleidung diesen Aufruf unterschrieben.*

(Anmerkung der Redaktion: Inzwischen wurde dieser Aufruf von Hunderten von Kollegen unterschrieben!)

Kontaktadresse: Gabriele Behrendt, Arnsburgerstr. 39, 6 Ffm 6o

AKTIONSKREIS LEBEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gewerkschafter aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften haben sich am 10. und 11. Dezember 1977 als Initiative Aktionskreis Leben getroffen.

Die versammelten Kollegen unterstützen die generelle Tend[enz] des Aufrufs des Aktionskreis Leben. Sie werden in den Gewerkschaften und Betrieben, in denen sie arbeiten, entsprechende Initiativen bilden und sie auch andernorts anregen. Sie drücken damit aus, daß der Aktionskreis Leben nur dann mit Leben erfüllt werden kann, wenn die Kollegen in den Gewerkschaften und Betrieben selbst den Kampf gegen die Atomenergie aufnehmen und wenn sie dies in koordinierter Weise tun.

Ein solches Vorgehen erscheint heute notwendiger denn je, da Betriebsräte der Atom- und Elektrizitätsindustrie und Gewerkschaftsfunktionäre sich mit dem vordergründigen Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen zu Anwälten der Vernichtungsindustrie gemacht haben.

Mit dem Novemberbeschluß des DGB-Vorstands am Vorabend der Dortmunder Aktion und dem offenen Auftreten von Gewerkschaftsvorsitzenden im Westfalenstadion für die Atomenergie ist die Debatte darüber für die Kollegen jedoch nicht beendet.

Die versammelten Kolleginnen und Kollegen sehen daher ihre Aufgabe darin, durch den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Diskussionen diese Debatte in den Gewerkschaften und Betrieben zu fördern und hier den Kampf für eine leben- und existenzsichernde Produktion zu führen.

Sie haben beschlossen am 11. und 12. März 1978 eine Arbeitstagung durchzuführen, zu der Vertreter der örtlichen Initiativen gegen Atom eingeladen sind. Das Treffen hat zum Ziel, diese örtlichen Initiativen auszuweiten und die Kontakte zwischen ihnen zu festigen.

Eine entsprechende Einladung wird noch verschickt werden.

Dietzenbach, den 11.Dezember 1977

PRO–KERNENERGIE–BETRIEBSRÄTE WOLLEN KEINE KOLLEGEN MEHR SEIN ...

— Ein Briefwechsel —

MAINZ
7. Dezember

Demonstrationen für den beschleunigten Ausbau der Atomenergie häufen sich. Besonders tun sich dabei Arbeiter und Angestellte von Unternehmen hervor, die direkt mit der Kernkraftwerks-Produktion beschäftigt sind. Diese Unternehmen selber versprechen sich von dem Geschäft mit dem Atomstrom hohe Profite, unterstützen und fördern solche Demonstrationen ihrer Belegschaften und nützen dabei deren Angst um den Arbeitsplatz weidlich aus. Seit der Pro-Kernkraft-Veranstaltung vom 10. November im Westfalenstadion in Dortmund (siehe ID 204) genießen die Atomenergiebetreiber endgültig die Unterstützung von den Vroständen mehrerer Einzelgewerkschaften und des DGB. Im sogenannten "Aktionskreis Energie" haben sich Betriebsräte zusammengeschlossen, die von sich (in einer aufwendig gemachten Hochglanzbroschüre) behaupten: "Wir sprechen für viele. Wir sind Betriebsräte aus 350 betroffenen Betrieben mit mehr als 1,5 Millionen Beschäftigten."

Mittlerweile regen sich aber auch Betriebsräte, die sich insbesondere von den ***seltsamen Praktiken ihrer Gewerkschaften*** *bei der "Mobilisierung" von Arbeitern und Angestellten für solche konzertierte Aktionen für den Atomtod heftigst distanzieren. So sagte beispielsweise der Betriebsratsvorsitzende der Zeche "Monopol" (3.000 Beschäftigte), Heinz Dyduch über die Demonstration der 40.000 in Dortmund: "Das war keine freie Meinungsäußerung, das war eine gelenkte Demonstration. Die Gewerkschaftsbezirke haben die Betriebsräte einfach nach Dortmund delegiert. Ich wehre mich gegen jede Art von Dirigismus, und deshalb habe ich an der Demonstration auch nicht teilgenommen."*

Nach der Pro-Kernenergie-Demonstration in Bonn am 29. September (siehe zu den "Mobilisierungspraktiken" ID 199) suchte das Vorstandsmitglied des "Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) Alfred Horn mithilfe eines offenen Briefes den Dialog mit Betriebsräten der betreffenden Firmen. Antwort erhielt er von H. Krinninger, Betriebsrat bei der Internationalen-Natriumbrüter-Baugesellschaft (INB), die dem Siemens-Konzern gehört. Krinninger ist außerdem Mitglied einer "Arbeitsgemeinschaft Bürgerinformation Kernenergie und Energieversorgung" bei Interatom (Bergisch-Gladbach) (siehe ID 199). Den gesamten Briefwechsel entnehmen wir der Zeitung der Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Neckar-Raumes "Umwelt akut" Nr. 16, Dezember 1977.

Alfred Horn — Mitglied im Bundesvorstand des BBU/Mainz,
Walpodenstr. 7 den 3. Okt. 77

Offener Brief
an den Betriebsrat der KWU-Mühlheim
den Betriebsrat der Interatom Bergisch Gladbach
den Betriebsrat der BBC-Mannheim
den Betriebsrat der Gutehoffnungshütte -Oberhausen

Liebe Kollegen

Vorab: Wir verstehen sehr gut die Forderung nach einer sicheren Energieversorgung , denn auch an unseren Arbeitsplätzen brauchen wir Energie, wir haben Lampen im Haus, Radios und manchmal sogar elektrische Schreibmaschinen. Wir leben also nicht im Mittelalter und wollen auch nicht wider dorthin.
Wir verstehen sehrwohl die Sorge um steigende Arbeitslosenzahlen — auch vor Umweltschützern macht diese perverse Entwicklung unseres Wirtschaftswundersystems nicht halt ...
Ihr werdet also in den Umweltschützern solidarische Verbündete finden, wenn es darum geht, eine gerechte Wirtschaftsordnung aufzubauen, die soziale Sicherheit zu fördern, und den Menschen, nicht irgendwelche Wachstumsziffern, in den Mittelpunkt der Produktion zu stellen.
Wir müssen allerdings bezweifeln, ob auch nur eines dieser Probleme mit Hilfe der Kernenergie gelöst werden kann, ob nicht das von Euch geforderte bedingungslose Ja zur Kernenergie uns noch weiter von jeder Lösung entfernt.
Es ist aus gewerkschaftlicher Sicht sicher überraschend, daß Ihr eine mit Werbemitteln der Industrie finanzierte "Bürgerinitiative für sichere Energieversorgung" als Bündnispartner akzeptiert, andererseits aber gegen die aus sozialer Verantwortung handelnden Bürgerinitiativen Umweltschutz vom Leder zieht. Gerade wir haben den betroffenen Kollegen und Gewerkschaften doch immer wieder das offene Gespräch vorgeschlagen und wiederholen dies heute nochmals ...
Ihr selbst wißt doch, daß z.Z. Überkapazitäten von ca. 30.000 MW in der BRD bestehen und das bei einer beispiellosen Energieverschwendung in vielen Bereichen.

Die lange Zeit unterdrückte Debatte über die Kernenergie hat doch auch für Euch deutlich gezeigt, daß viele Probleme des Brennstoffkreislaufs ungelöst sind, wie gerade die letzte Anhörung im Innenausschuß des Bundestages zur Frage der Entsorgung ergeben hat.
Fast täglich werden neue Fortschritte einer alternativen umweltfreundlichen Energiegewinnung bekannt — sei es die Biogasgewinnung, sei es die großtechnische Nutzung der Sonnenenergie mit Hilfe der Wasserstofftechnologie.
Selbst die Kohle, deren verstärkten Einsatz im Rahmen des Nötigen wir immer befürwortet haben, kann nach neuesten Erkenntnissen noch bedeutend umweltfreundlicher und effektiver eingesetzt werden. (Wirbelschichtbefeuerung, Kohledruckvergasung).
Durch Neu- und Weiterentwicklungen in diesem Bereich würden zigtausende neuer qualifizierter Arbeitsplätze entstehen: unter Tage, im Handwerk, aber auch gerade im Kraftwerk- und Komponentenbau.
Die Frage lautet also nicht: Wollen wir Energie oder keine, sondern zur Debatte steht: Wollen wir Atomenergie, die im besten Fall ein Zwischenspiel sein kann, mit dessen Folgen die Menschheit noch nach Jahrtausenden belastet sein wird, oder wollen wir uns schon jetzt auf eine ökologisch sinnvolle, langfristig Arbeitsplätze und Exportchancen sichernde alternative Energieproduktion einstellen?
Eure Firmenleitungen freilich dürften solche Fragen kaum interessieren — angesichts kurzfristig reslisierbarer Gewinne im Atomgeschäft. Und wenn es zur Krise kommt und die technischen und wirtschaftlichen Probleme des Atomprogramms offenbar werden, wird sie allemal auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen — mit Entlassungen und Kurzarbeit. Das war schon immer so bei Fehlinvestitionen und öffentlichem Risiko, und das wird so weitergehen, solange man ungehindert den Bürgerinitiativen die Schuld in die Schuhe schieben kann und die Gewerkschaften dieses Spiel mitmachen. ...

Wir finden es in dieser Situation nötig, sich Gedanken über eine alternative Beschäftigungsstruktur zu machen und dafür zu sorgen, daß Firmenleitungen und Regierung sich nicht billig aus ihrer Verantwortung frü verfehlte Investitionsentscheidungen stehlen können.

Dafür unsere volle Solidarität
Alfred Horn

Betriebsrat der Firma INB
Bergisch Gladbach 1, den 13.10.77
Kr/ra

An den
Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
Walpodenstr. 7
65 Mainz
z.Hd. Herrn Alfred Horn

Ihr Brief vom 3.10.1977 an die Betriebsräte der IA, KWU, BBC und GHH

Sehr geehrte Herren,
gleich vorweg, Ihre briefliche Anrede "Liebe Kollegen", wird von uns zurückgewiesen. Es sollte Ihenn klar sein, daß es zwischen Ihrem Verband und uns keine Kollegialität geben kann und keine geben wird.
Kollegialität setzt nämlich Solidarität und Partnerschaft voraus Wir sehen noch nicht einmal einen Ansatzpunkt einer wie auch immer gearteten Gemeinsamkeit zwischen Ihrem Verband und uns.
Wir erinnern Sie an die Kalkar-Unterstützungskonferenz am 27./28.8.77 in Duisburg zur Vorbereitung der Demonstration gegen unser Projekt KKW Kalkar. Von den in dieser Konferenz anwesenden Vertretern von ca. 100 Bürgerinitiativen des von Ihnen vertretenen Verbandes waren 70 vom KBW und der Rest von der KPD gesteuert (siehe "Was tun? "; Wochenzeitung der Gruppe Internationaler Marxisten, Ausgabe 1.9.77).

Wer sich von diesen Gegnern unserer demokratischen Staatsform, wie Ihr Verband, vor deren politischen Karren spannen läßt, kann nicht unser Kollege sein.
Wir erinnern Sie an die Ausschreitungen von militanten Chaoten der K-Gruppen bei den Demonstratione in Brokdorf und Grohnde. Wer solche Veranstaltungen unterstützt, aber deren friedlichen Abaluf nicht garantieren kann und damit der Zerstörung vom privatem Eigentum indirekt Vorschub leistet, kann nicht unser Kollege sein.
Wir erinnern Sie an die Gruselgeschichten Ihres ehemaligen Vorsitzenden im Zusammenhang mit der IRS-Risikostudie zum Deutschen Entsorgungszentrum.Wer solche Märchen in Umlauf setzt, begeht Rufmord an der verantwortungsbewußten Arbeit von zigtausenden Arbeitnehmern der kerntechnischen Industrie. Wie kann er deren Kollege sein?
Wer sich wie Ihr Verband, angeblich dem Umweltschutz verschrieben hat und dann gegen die Kernenergie zu Felde zieht, der weiß nicht wovon er spricht und was er will. In der Kerntechnik wurde der Umweltschutz schon praktiziert, als Ihr Verband sich noch nicht einmal im vorembryonalen Stadium befand. Für Sie müßte gerade die Kernenergie Maßstab für praktizierten Umweltschutz sein.
Wer sich von "Experten" vom Schlage eines Prof. Ehrenstein, Prof. Scheer oder eines Robert Jungk beraten läßt, darf sich nicht wundern, wenn er vor lauter Problemen den Blick für die Realität verloren hat. Wer die elementarsten Prinzipien kerntechnischer Zusammenhänge und energiepolitischer Notwendigkeiten nicht erkennen kann oder erkennen will, darf sich nicht wundern, wenn ihm als Ausweg nur die Flucht in die Vergangenheit bleibt.
Auch wir sind gegen Energieverschwendung und gegen Vergeudung unserer Rohstoffe. Wir sind jedoch Befürworter einer vorausschauenden und verantwortungsbewußten Energie- und Wirtschaftspolitik. Wahnvorstellungen wirklichkeitsfremder Utopisten und systemverändernder Umweltapostel können zur Lösung dieser Probleme keien positiven Beitrag leisten.
Wir, die Arbeitnehmer der kerntechnischen Industrie, haben dem Treiben Ihres Verbandes nun lange genug ohne Gegenreaktion zugesehen. Diese Schonzeit ist nun vorbei. Wir werden Ihre Panikmache gegen Kernkraftwerke und Ihrem Schüren der Urangst in der Bevölkerung gegen Kernenergie Einhalt gebieten.
– durch eine von den Fachleuten getragene Öffentlichkeitsarbeit
– durch eine objektive Information der Bevölkerung und
– durch eine Entlarvung der von Ihnen vorgebrachten Unwahrheiten im Zusammenhang mit Ihren Anti-Kernenergie-Parolen.
Wir möchten klarstellen:
Wir haben nichts gegen Bürgerinitiativen, wenn sie dem ernsten Besorgnis einer Gruppe von Bürgern Ausdruck verleihen. Wir sind in Fragen der Anwendung der Kernenergie immer zu einer sachlichen Diskussion bereit und wir sind auch der festen Überzeugung, daß unsere Argumente
– dem Bürger die Notwendigkeit der Kernenergie verdeutlichen werden,
– dem Bürger den hohen Sicherheitsstandard unserer Anlagen bewußt machen werden,
– dem Bürger das mit der Anwendung der Kernenergie verbundene geringe Risiko im Vergleich zu anderen zivilisatorischen Risiken klar machen werden.

Hochachutngsvoll
H. Krinninger
(INB-Betriebsrat)

Alfred Horn Mainz, den 8. Nov. 77
Offener Brief
an den Betriebsrat der INB - Koll. Krinnninger
an ...

Liebe Kollegen!
Wenn man Eure Antwort vom 13.10. auf meinen offenen Brief vom 3.10.77 liest, wird man zuerst wohl an eine Verwechslung glauben. Ich hatte doch an Betriebsräte geschrieben, nicht an die Reklameabteilung der KWU.
Ich konnte also doch erwarten, daß zwischen dem Kollegen Betriebsrat Krinnninger und dem einfachen Gewerkschaftsmitglied Horn eine offene und trotz Differenzen in der Sache solidarische Diskussion möglich wäre.
Fragen gibt es ja genug und ich hatte sie angeschnitten in meinem Brief: Gefahren der Atomkraftwerke, ungelöste Entsorgung alternative Energiestrategien und damit alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auch und gerade für die Kollegen aus dem Energiesektor.
Zu all dem findet sich leider kein Wort in dem Antwortschreiben, statt dessen hagelt es Pauschalurteile und Verdächtigungen. Die nun sattsam bekannte Litanei von den "militanten Chaoten" in der AKW-Bewegung kann nicht davon ablenken, daß weder in Brokdorf und Grohnde noch danach Regierung und einschlägige Wirtschaftskreise jemals bereit waren, das Atomprogramm überhaupt zur Debatte zu stellen. Nur der wachsende Widerstand großer Teile der Bevölkerung hat diese Diskussion überhaupt erzwungen.
Es fällt mir nicht ein, die Qualifikation deutscher Maschinenbauer , Dreher und Schweißer anzuzweifeln, nur meinen wir, daß es uns allen nicht gleichgültig sein kann, ob man statt But-

ter Kanonen und statt Solaranlagen künftig Strahenruinen produziert. ...
Es sit dann alerredin
Es ist dann allerdings abenteuerlich, nur Befürworter als Experten anzuerkennen und jeden Kritiker als Agitator oder Spinner zu bezeichnen wie Ihr das tut. Gerade in der Gewerkschaftbewegung haben wir doch gelernt zu fragen: Wer sagt Was in Wessen Dienst?
Daß Ihr diese Erfahrungen scheinbar vergeßt und lieber mit dem Zahlenmaterial der Herren Mandel und Friederichs jongliert ist schon ein trauriges Spiel.
Vollkommen unverständlich ist jedoch Eure Rede von "unser Projekt KKW Kalkar".
Man könnte meinen, daß die INB gar nicht mehr den Siemens Aktionären gehört sondern den Arbeitern und Angestellten der Firma.
Ich frage mich, warum denn der Arbeitgeberverband Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung erhebt, wenn der Betriebsrat doch so treu die Aktionärsinteressen fördert?
Ich frage mich — angesichts dieser totalen Selbstaufgabe gewerkschaftlicher Posiitonen — wie denn der Betriebsrat reagiert, wenn durch demokratisch legitimierten Beschluß oder gar nach einer atomaren Katastrophe das Atomprogramm gestoppt werden muß?
Was hat denn der Betriebsrar in diesem Fall noch zu bieten — an alternativen Beschäftigungsstrategien für die Kollegen im Betrieb und alternativen Energiekonzepten für die Allgemeinheit, wenn die Totalfestlegung auf Atomenergie noch ein paar Jahre so weitergeht? ...

mit freundlichem Gruß
Alfred Horn

KALKAR–PROZESS IN AUGSBURG

AUGSBURG 12. Dezember — *Die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg, teilt mit:*

"Am Montag nach der Demonstration in Kalkar machten Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg, in der Innenstadt von Augsburg einen Informationsstand. Sie zeigten Gegenstände, die bei den Polizeikontrollen auf der Fahrt nach Kalkar beschlagnahmt wurden. Viele Menschen verurteilten den Polizeieinsatz und die Einschränkung des Demonstrationsrechts. Andere stellten sich eher auf die Seite der Polizei. Nach etwa einer Stunde kamen zwei Polizisten, die sich den Stand ansahen. Einer nahm die Schilder weg, auf denen erklärt wurde, wie die Polizei vorgegangen war. Nach einer weiteren Viertelstunde war schon ein Streifenwagen da. Zwei Polizisten gingen auf ein Mitglied der Bürgerinitiative zu und forderten ihn auf, seine Papiere zu zeigen. Er sagte, er habe keine dabei. Daraufhin forderten sie ihn auf, mitzukommen. Er lehnte dies ab. Sie nahmen ihn dann mit Gewalt zum Auto und drängten ihn hinein. Es war nicht gelungen, die Bevölkerung soweit einzubeziehen, daß die Polizisten sich nicht getraut hätten, den Mann mitzunehmen. Er wurde dann verhört und erkennungsdienstlich behandelt.

Vor einigen Tagen erstattete die Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Verweigerung der Personalien und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Sie behauptet, 6 - 8 Leute hätten den Stand organisiert. In Wirklichkeit war es eine spontane Aktion. Da der Mann erst 19 Jahre alt ist, wurde er auch vors Jugendamt geladen und dort u.a. gefragt, ob er so etwas wieder machen würde. Die Staatsanwaltschaft spielt diese Lapalie hoch, um die AKW-Gegner einzuschüchtern und von ihrem berechtigten Widerstand abzuhalten. Diese Anzeige reiht sich ein in die verstärkte Verfolgung der AKW-Gegner, wie das Berufsverbot gegen Jens Scheer und der Prozeß gegen ihn, das Berufsverbot des Richters Ostermeyer, die Umlegung der Polizeieinsatzkosten und die Prozesse von Grohnde und Brokdorf.

Unsere Bürgerinitiative hat beschlossen, zum Prozeßtermin zu mobilisieren. Einige Tage vorher soll eine Veranstaltung stattfinden, bei der wir über diesen Fall und die zunehmende Kriminalisierung von AKW-Gegnern informieren wollen."

Solidaritätserklärungen bitte an:
Dieter Ferdinand, Bei St.Ursula 12, 89 Augsburg

GERICHT ERHÖHT BENZINPREISE

HAMELN 11.Dezember — Am 30.11. fand vor dem Amtsgericht Hameln ein Prozeß wegen Diebstahls von 6 Benzinkanistern aus dem britischen Armeedepot statt. Ein Angeklagter wurde zu 7 Monaten Knast verurteilt; die beiden anderen bekamen je DM 900,- Geldstrafe. Der Wert dieser Kanister einschließlich Benzin beträgt ca. DM 30,- pro Angeklagten.

Daß es sich nicht um einen einfachen Eierklauprozeß handelte, wird sichtbar an dem drastischen Urteil und der Sicherung des Gerichtsgebäudes. Die Besatzung zweier Mannschaftswagen filzte die Öffentlichkeit (Ausweiskontrolle, Abtasten und andere Schikanen). Der ganze Zauber erklärt sich dadurch, daß die drei Angeklagten aktiv an der Besetzung des Kühlturmgeländes vom AKW Grohnde beteiligt waren.
Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt; die Berufungsverhandlung findet möglicherweise im Januar statt.

ARSCH MIT OHREN

Ein qualitativer Sprung in der Darstellung studentischen Protests

KASSEL 1. November — *So ist die Erklärung überschrieben, die wir aus Kassel vom AStA zur Überreichung des goldenen Arsches erhielten.*

Kurz zur Vorgeschichte: Im Erstsemesterinfo war die Lebensgeschichte des hessischen Kultusministers in graphischer Form als politische Karikatur dargestellt worden. Wir im Hochschul-ID hatten uns damals überlegt, diese Bildergeschichte abzudrucken, allerdings hatten wir vor, noch genauere Daten zu Krollmanns rühmlichem Leben herauszufinden. Leider sind wir mit dieser mühsamen Recherche bis jetzt nicht allzu weit gekommen.
Heute erscheint uns die Kasseler Preisverleihung Anlaß genug, den Abdruck nachzuholen.

In dem Kasseler Info war die Karikatur damals im Zusammenhang mit einer ausführlichen Kritik der Verhältnisse an der Hochschule erschienen.



Aus der Berichterstattung der FR vom 3.11.77: "Krollmann: Publikation erinnert an 'Stürmer'. Erinnerungen an Machwerke im 'Stürmer' der Nazi-Zeit weckt nach Ansicht des hessischen Kultusministers Hans Krollmann ein Informationsblatt des Allgemeinen Studentenausschusses der Gesamthochschule Kassel, das für Studienanfänger bestimmt ist."





Erklärung des AStA der Gesamthochschule Kassel: (Wir haben geringfügige stilistische Veränderungen vorgenommen, die hoffentlich nicht sinnentstellend, vielmehr klärend sind)

Auf einer entsprechenden Veranstaltung mit Kultusminister Krollmann in Frankfurt am Main eskalierte der Protest der Kommilitonen in einer Kannonade von Tomaten und Eiern. Die Veranstaltung wurde von der Obrigkeit abgebrochen.

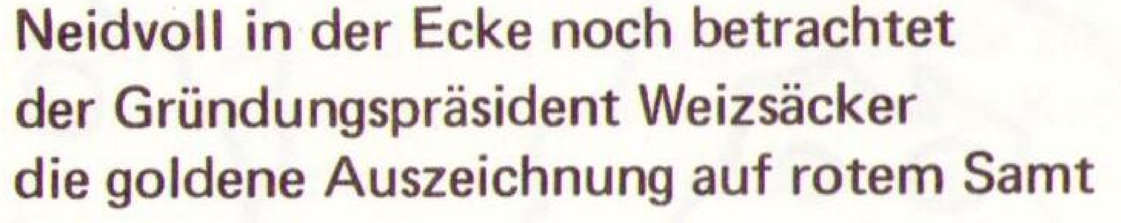
ARSCHRAUB



Neidvoll in der Ecke noch betrachtet
der Gründungspräsident Weizsäcker
die goldene Auszeichnung auf rotem Samt



bevor er mit brutalem Zugriff...



In Kassel wurde Hans Krollmann mit Zeichen, Vergleichen, Allegorien und Symbolen bombadiert. Nicht nur mit allein sprachlichen 'Mitteln, sondern unter Verwendung "visueller" Medien wurde die Veranstaltung zu einer Mixed Media Show. Abgebrochen haben die Studenten die Veranstaltung selbst: "Wir haben die Sache selbst in die Hand genommen."

Wir kritisierten Hans Krollmann nicht nur durch eine Analyse und Hinterfragung seiner Aussagen, sondern sein ganzer Auftritt — aufrechter demokratischer, zum Wohle des Volkes ergebener Politiker — wurde mit der persiflierenden Konfrontation mit einer lebendigen Karikatur seiner selbst in Frage gestellt.

Diese Karikierung machte irreführende und verschleiernde Argumentationsschemata, retorische Manipulation, also Versuche der Beschwichtigung und billigen Rechtfertigung so deutlich, daß den Herren nur noch verwirrte Betroffenheit übrig blieb. Hinzu kam ein bißchen Wut und peinliche Betretenheit ob der Ungezogenheit der Studenten, so etwas hatte es noch nicht gegeben, noch nie ist ihm der Spieß so umgedreht worden. Eine List , die den Vergleich mit den subversiven Aktionen der Kunzelmann und Co. durchaus standhält.
Was war beißender: Die Unverschämtheit dieser Attacke oder die Wahrheit, die sie bloß legte?
Die Herren auf dem Podium machten gequält gute Miene zum bösen Spiel. Was blieb ihnen auch anderes übrig: Wäre doch ein Einschreiten in diesem Kulturzentrum der Stadt gegen eine solch orginäre künstlerische Aktion als trampelhaftes Banausentum gewertet worden. Aktionistische (aktive!) Studenten verwandelten diese bieder geplante, aber schon nicht mehr so erwartete Veranstaltung — wie sich aus einer Bemerkung des Gründungspräsidenten entnehmen ließ —, in ein Theaterspektakel: Ein Theaterstück als Vorspann, dann die einleitende Persiflage, die weinerlichen Frauenkommentare (Frauen gaben zu jeder Ausssage Krollmanns 'unterwürfige' Heulkommentare ab) bis hin zur Überreichung einer Zwangsimmatrikulation für die Organisationseinheit Architektur (der Kultusminister hatte hier eine Studienordnung erlassen, die sinnvolles Studieren unmöglich macht) und zum Schluß die Verteilung des Ehrenpreises — sie alle hatten die Funktion, den Ernst der Lage deutlich zu machen durch seine formale Negation .



zum Dieb wird...



und sie somit dem wirklichen Preisträger Krollmann gemein verweigert.



Der, traurig verstört, hat das Nachsehen.

Fotos: PIX Heiner Blüm

STORNO-ELECTRONIC: SECHS FRAUEN WEGEN MATJES-HERING GEKÜNDIGT

FLENSBURG 14.Dezember *Im Flensburger Werk der Storno Electronic (50 % General Electric, 40 % dänischer Konzern Storno Electronic) bauen 400 Arbeiterinnen im Akkord Funksprechgeräte zusammen. Am 3.November kündigte die Firma sechs Kolleginnen fristlos, von denen drei für den Betriebsrat kandidierten. Von den gekündigten Frauen kommt folgendes Rundschreiben:*

Zur Vorgeschichte der sechs fristlosen Kündigungen bei Storno-Electronic GmbH:

Am 22.Juli 1977 fanden bei Storno Betriebsratsneuwahlen statt. Einige Kolleginnen und Kollegen, darunter auch einige von uns, luden vor der Wahl zu einem Kollegentreffen mit Film ein, zu dem ca. 30 Kollegen kamen, um über Vorstellungen über die Betriebsratsarbeit zu diskutieren. Die Wahl, die nach dem Prinzip der Persönlichkeitswahl durchgeführt wurde (d.h., daß jeder Kollege die Kandidaten seines Vertrauens wählen kann), brachte eine veränderte Zusammensetzung des Betriebsrats. So konnten sieben Kolleginnen und Kollegen neu in den Betriebsrat einziehen, darunter auch eine der jetzt Entlassenen. Einige Kolleginnen von uns waren schon vorher durch ihr Eintreten für Forderungen aus den Abteilungen auf den Betriebsversammlungen und der Durchführung von Kollegentreffen im Betrieb bekanntgeworden. Zwei von ihnen hatten mit einem gemeinsamen Programm kandidiert:

PROGRAMM ZUR BETRIEBSRATS-ARBEIT

Wir halten es für wichtig, daß sich alle Kolleginnen und Kollegen bei uns im Betrieb vor der Wahl ein Bild davon machen können, was wir wollen. Zwar war unsere Veranstaltung am 14.Juli mit 33 Kollegen gut besucht, doch es wurde hauptsächlich über die alte Betriebsratsarbeit und über konkrete Mißstände diskutiert. Wir sind nicht dazu gekommen, unsere Meinung zum geltenden Betriebsverfassungsgesetz zu äußern.

Wir wollen keine Versprechungen machen, die von uns dann nicht eingehalten werden können. Denn das geltende Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet die Betriebsräte zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Unternehmer, d.h. die Vertreter der Arbeiter und Angestellten werden darauf festgelegt, das "Wohl des Betriebes", der dem Unternehmer gehört, zu wahren. Diese gesetzliche Bestimmung bedeutet, daß Betriebsräte z.B. ihre Kollegen nicht über wichtige, die Kollegen des Betriebes betreffende Fragen informieren dürfen, wenn der Unternehmer dies untersagt! (die sogenannte Schweigepflicht). Vor allem aber dürfen Betriebsräte nach dem Gesetz keine Kampfmaßnahmen der Belegschaft (z.B. bei Streiks, Protestkundgebungen oder dergleichen) unterstützen (die sogenannte Friedenspflicht).

Durch dieses Gesetz sollen die Betriebsräte zu einem Anhängsel der Geschäftsleitung gemacht werden. Wir gehen jedoch davon aus, daß Unternehmer und Arbeiter gegensätzliche Interessen haben, und daß sich deswegen der Betriebsrat bei allem, was er tut, nach den Interessen der Kollegen zu richten hat. Unseres Erachtens kann ein Betriebsrat nur dann die Belegschaft seines Betriebes vertreten, wenn er ständig die Kollegen (...) informiert und keine Geheimniskrämerei und Kunkelei mit der Geschäftsleitung hinter verschlossenen

Türen betreibt. Ein Betriebsrat sollte sich ständig um die Forderungen der Kollegen kümmern und sie dabei unterstützen, diese zu verwirklichen. Das gilt sowohl z.B. für Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen Schikanen usw. als auch für Forderungen, die sich auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften beziehen usw. Zur Durchsetzung unserer Forderungen brauchen wir deshalb einen aktiven gewerkschaftlichen Vertrauenskörper. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem halten wir für wichtiger als mit der Geschäftsleitung.

Bei Storno arbeiten überwiegend Frauen, und Frauen, die arbeiten, haben es in der Regel besonders schwer, so auch bei Storno. Denn Frauen - angeblich nur "Zuverdienerinnen" - - sind einer starken Doppelbelastung durch die Arbeit einerseits, Haushalt und Familie andererseits ausgesetzt. Hinzu kommt, daß Frauen in der Regel am miesesten bezahlt werden und körperlich und nervlich aufreibenden Arbeitsbedingungen in den "Leichtlohngruppen" und Akkordarbeit ausgesetzt sind.

Wie sieht das aus bei Storno? Die Arbeit der Frauen bei Storno sei leicht und sauber, wird uns von der Geschäftsleitung erzählt, und das ist auch das Image, das sie in der Öffentlichkeit verbreiten wollen: Storno - ein sozialer Betrieb. Das sehen wir anders. Die meisten Kolleginnen arbeiten in Lohngruppe 2 - Leichtlohngruppe, extra für die Frauen gemacht. Darin verdient man 6,39 DM pro Stunde. Wer mehr verdienen will, muß unheimlich reinhauen, und trotzdem müssen viele Frauen mit 850,- netto nach Hause gehen. Durch eigene Erfahrungen und Erfahrungen der Kolleginnen haben wir festgestellt, daß die Akkorde bei vielen Arbeiten zu hoch liegen und kaum zu schaffen sind. In der Spulenabteilung steht hinter fast jeder Spulenvorgabezeit "vorläufige Zeit", obwohl die Arbeiten oft schon mehrmals abgestoppt wurden.

Seit über einem Jahr gibt es das Versprechen der Geschäftsleitung, in den Baracken Lötdampfabzüge einzubauen. Noch ist nicht mehr da, als ein paar Löcher in der Decke. Zwar soll jetzt die Luft 4,5 mal umgewälzt werden. Doch leider merken die Kolleginnen nicht viel davon. Außerdem ist zu sagen, daß die Geschäftsleitung für die Nutzung der Baracken eine Sondergenehmigung besitzt, denn eigentlich sind diese für die Anzahl der Frauen, die darin arbeiten, zu klein und zu niedrig. Das erzählte Herr Juilfs (Produktionsleiter) schon vor einem Jahr, und da arbeiteten z.B. in Baracke C ca. 20 Frauen, jetzt sind es ca. 40. Natürlich wollen wir nicht, daß diese Arbeitsplätze wegkommen, aber wir wollen anständige Arbeitsbedingungen.

Auch in den anderen Abteilungen ist die Luft oftmals sehr schlecht, auch hier gibt es keine Lötdampfabzüge, die hier natürlich genauso notwendig sind. Hier soll es Be- und Entlüftungsanlagen geben, die zu Klimaanlagen ausgebaut werden können. Hierfür wollen wir uns einsetzen. Denn die Arbeitsbedingungen bei Storno führen in vielen Fällen zu gesundheitlichen Schäden. Z.B. Hautveränderungen, Juckreiz hauptsächlich bei Frauen, die löten oder mit Printplatten arbeiten (z.B. Nieterei). Kopfschmerzen treten auch sehr häufig auf. Dagegen kann man sich dann gratis Schmerztabletten geben lassen. Wir meinen aber, daß Klimaanlage und Lötdampfabzüge besser sind als Tabletten.

Für unsere ausländischen Kolleginnen sind die Bedingungen bei Storno besonders schlimm, denn sie sind nicht nur durch gesundheitsgefährdende Arbeit, Akkord usw. belastet, sondern verstehen oft die deutsche Sprache schlecht oder garnicht. Können sich deswegen oft noch schlechter als wir zur Wehr setzen. Vom alten Betriebsrat wurden die ausländischen Kolleginnen links liegen gelassen. Die ausländischen Kolleginnen dürfen aber nicht noch rechtloser sein als wir, deswegen wollen wir uns 1. für Dolmetscher, die vom Betriebsrat und Gewerkschaft eingesetzt werden, einsetzen und 2. für Aushänge und Informationsblätter in türkisch und griechisch.

Gertrud Schmiedeberg, Marita Pawils

Die Unternehmensleitung reagierte sehr heftig auf das Wahlergebnis: sie beantragte beim Flensburger Arbeitsgericht ein Beschlußverfahren zur Anfechtung der Wahl. Begründung: Da mehrere Vorschlagslisten vorhanden gewesen seien, hätte laut dem Betriebsverfassungsgesetz eine Listenwahl statt Persönlichkeitswahl stattfinden müssen (d.h. daß jeder Kollege seine Stimme nur für eine Liste abgeben kann und die Listen sozusagen gegeneinander kandidieren). Bei den Wahlen in früheren Jahren wurden stets mehrere Vorschlagslisten eingereicht. Die Unternehmensleitung hatte jedoch noch nie daran Anstoß genommen, geschweige denn die Wahl angefochten. Jetzt aber, wo mehrere aktive linke Kolleginnen in den Betriebsrat eingezogen waren, nahm sie diesen "Formfehler" zum Anlaß, um das demokratisch entstandene Wahlergebnis zunichtezumachen.

Der Betriebsrat sah sich gezwungen, angesichts dieser Lage zurückzutreten, um die laufenden Geschäfte bis zur Neuwahl weiterführen zu können und so einen betriebsratslosen Zustand zu vermeiden. Gleichzeitig wurde mit dem Rücktritt das Beschlußverfahren ausgesetzt. Da es jedoch unterschiedliche Meinungen im Betriebsrat darüber gab, wie dieser Rücktritt von den Kollegen im Betrieb aufgefaßt werden würde, gab der Betriebsrat am 8. September eine Erklärung an die Kollegen heraus, in der gesagt wurde, daß dieser Schritt keine Resignation bedeute .

ERKLÄRUNG DES BETRIEBSRATS ZU DER ENTSCHEIDUNG, SEINEN RÜCKTRITT ZU BESCHLIESSEN

Die Fa. Storno Electronic GmbH Flensburg hat einen Antrag wegen Anfechtung der Betriebsratswahl beim Arbeitsgericht Flensburg gestellt. Grundlage des Antrages ist ein Formfehler bei der Durchführung der Betriebsratswahl.

Dieser Formfehler besteht darin: Es wurden 4 gültige Vorschlagslisten mit gewerblichen Kandidaten beim Wahlvorstand abgegeben. Mit dem Einverständnis aller Kandidaten - in Unkenntnis der Rechtslage, daß dieses einen Formfehler beinhaltet - wurde daraus e i n e Liste für die gewerblichen, sowie e i n e Liste für die angestellten Kandidaten erstellt. Hierdurch wollten wir eine demokratische Persönlichkeitswahl (Mehrheitswahl) durchführen. Auf diese Weise ist bei Storno Electronic Flensburg bisher immer gewählt worden, ohne daß je eine Kritik der Firmenleitung, geschweige denn eine Anfechtung der bisherigen Betriebsratswahlen erfolgte.

Leider ist eine Zusammenlegung der Vorschlagslisten zu einer Liste, um eine demokratische Persönlichkeitswahl zu erreichen, laut Betriebsverfassungsgesetz nicht zulässig. Wird eine zweite Vorschlagsliste eingereicht, hat eine Listenwahl zu erfolgen.

Eine Listenwahl bedeutet, daß der Wähler nicht den einzelnen Kandidaten seines Vertrauens in den Betriebsrat wählen kann, sondern der Wähler ist mit einer einzigen Stimme an die Wahl einer Liste gebunden. Das bedeutet, der Wähler wählt nicht nur die Kandidaten seines Vertrauens, sondern evtl. auch zwangsläufig andere Kandidaten. Aus diesem Grunde halten wir die Form der Persönlichkeitswahl für die fairste im Sinne der Kolleginnen und Kollegen.

<u>Zu unserem Rücktritt:</u> In einer 6 stündigen Betriebsratssitzung am 6.9.77 haben wir sämtliche Möglichkeiten im Hinblick auf den Prozeß durchdacht und diskutiert. Nach Absprache mit verschiedenen Rechtsanwälten mußten wir feststellen, daß es für uns rechtlich keine Möglichkeit gab, diesen Formfehler bei der Durchführung der Wahl zu widerlegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten wir diesen Prozeß verloren. In dem Falle wäre die Betriebsratswahl für ungültig erklärt worden. Der Betrieb wäre dann bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses einer Neuwahl ohne Betriebsrat gewesen! Dieser Zustand hätte mindestens 6 - 8 Wochen gedauert!!!

Durch unsere Entscheidung, vor der Verhandlung zurückzutreten, brach die Prozeßgrundlage in sich zusammen. Damit haben wir erreicht, daß der Betrieb weiterhin den Betriebsrat behält (obwohl er zurückgetreten ist), bis das Ergebnis der Neuwahl bekanntgegeben ist. Aufgrund der Anfechtung der Wahl wurden wir zum Rücktritt gezwungen, um einen Zeitraum ohne Betriebsrat zu verhindern! Wir betrachten unseren Rücktritt nicht als Resignation!! Wir werden unsere Betriebsratstätigkeit fortsetzen und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen voll vertreten. Selbstverständlich werden wir bei der anstehenden Neuwahl wieder kandidieren und uns verstärkt dafür einsetzen, daß weiterhin eine Persönlichkeitswahl (Mehrheitswahl) stattfindet.

Die linken Betriebsrätinnen, von uns unterstützt, bemühten sich, gegen den Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmensleitung eine Öffentlichkeit herzustellen. Sie luden erneut durch Flugblätter an die Belegschaft zu Kollegentreffen ein. An diesen Treffen beteiligten sich über längere Zeit zwischen einem und zwei Dutzend Kollegen. Es wurden Resolutionen gegen die Einmischung der Geschäftsleitung in die Betriebsratswahl verabschiedet und an die Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter bekannter Flensburger Betriebe versandt. Zum anderen setzten wir unsere Arbeit im Kollegentreffen fort: Dort wurde beratschlagt, was man im Betrieb gegen Akkordhetze, schlechte Belüftung (bei Storno wird mit Lötzinn gearbeitet) und unkontrollierte Tablettenausgabe machen könne. Diese Probleme wurden teilweise auch im Betriebsrat zur Diskussion gestellt. Auf diese Weise wurde die Geschäftsleitung dazu gezwungen, in einer Abteilung sämtliche Akkorde zu "überprüfen".

Die Geschäftsleitung versuchte nun noch einen zweiten Einschüchterungsversuch gegen den Betriebsrat als ganzen und die Linken im Besonderen: weil die stellvertretende Vorsitzende - neu im Amt und mit wenig Paragraphenerfahrung - eine außerordentliche Betriebsratssitzung nicht bei der Geschäftsleitung rechtzeitig angemeldet hatte, wurden alle Betriebsrats-Mitglieder schriftlich verwarnt. Im Wiederholungsfall wurden ihnen sogar arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht. Dieser Angriff wurde auf der Betriebsversammlung am 2. Oktober (...) zurückgewiesen. Zudem waren diese Verwarnungen formal nicht haltbar.

Die Tatsache, daß die Anfechtung der Wahl und die Verwarnung nicht das gewünschte Ziel erreicht hatten, nämlich den Betriebsrat als Arbeitnehmervertretung überhaupt in den Augen der Kollegen kaputtzumachen, die Betriebsräte einzuschüchtern und die Linken im Betriebsrat völlig zu isolieren, war der Geschäftsleitung offensichtlich ein Dorn im Auge, sodaß sie kurz vor der Neuwahl dazu überging, die linken Kandidaten offen politisch anzugreifen und abzustempeln - und das in den Tagen der Schleyer-Entführung, wo das politische Klima in diesem Lande derart angeheizt war, daß jeder Oppositionelle oder Linke als Sympathisant der Terroristen verschrien wurde.

Auf der Betriebsversammlung am 21. Oktober hielt die Geschäftsleitung demonstrativ die Flugblätter unseres Kollegentreffens und eine Branchenzeitung des Kommunistischen Bundes, den "Metallarbeiter", hoch und warf uns vor, damit in Verbindung zu stehen und nur "Sympathisanten" werben zu wollen. Außerdem ginge es uns nicht um das Wohl der Kollegen, sondern wir würden nur parteipolitische Ziele verfolgen und versuchen, unseren Willen durchzusetzen. Mit den Veröffentlichungen der Linken und unseren "angeblichen" Kollegentreffen würde der Betrieb in den Schmutz gezogen, hieß es da. Selbstverständlich wiesen Frauen aus unserem Kollegentreffen (Kandidatinnen) diese Hetze und unbewiesenen Vorwürfe zurück. Dennoch zeigte sich, daß diese Hetze nicht ganz erfolglos blieb und einige Kollegen ihr Votum für die Linken zurückzogen mit der Begründung, die würden ja die "Terroristen" unterstützen.

Am 25. Oktober fanden dann die Neuwahlen statt. Der 25.Oktober war der Tag der Beerdigung von Arbeitgeberpräsident Schleyer. Über Lautsprecher wurde dazu aufgerufen, eine dreiminütige Gedenkzeit durchzuführen. Diese Umstände bestimmten das ganze Klima dieser Tage, und jeder Kollege, der nicht voll mit einstimmte, wurde sogleich zum "Sympathisanten" gemacht. In diesem Klima erschien am Morgen vor der Wahl ein Flugblatt, herausgegeben von einem Meister und mehreren Vorarbeiterinnen:

Kolleginnen und Kollegen!

(...) Wählt Kandidaten, die uns gut und richtig vertreten:
- Kollegen, die wir gut und die den Betrieb gut kennen
- Kollegen, die mit Vernunft an die Sache rangehen
- Kollegen, die sich für sichere Arbeitsplätze einsetzen.

Keine Stimme der Gruppe mit den endlosen Diskussionen, ohne konkrete Ergebnisse, siehe letzte Betriebsversammlung.

Keine Schwätzer, die nicht wissen war wirklich los ist.
Keine Einseitigen, die nur an sich selbst denken.
Keine Radikalen, die alles über den Haufen werfen wollen.
Keine Gruppe oder Gruppenangehörige mit politisch einseitigen Zielen.

Deshalb ist es wichtig folgendes zu beachten:

Nur Stimmen an vertrauensvolle Kollegen !
Jede Stimme zählt!
Alle neun (zwei) Stimmen vergeben!
Keine Stimme verschenken!
Die Kandidaten mit den meisten Stimmen bilden den neuen BR. Wer nicht genügend Bewerber kennt, sollte sich vorher noch informieren bei Kollegen, Vertrauensleuten oder Gewerkschaft.

Wer nicht wählt, darf später nicht meckern!!!
Es geht um unsere Interessen und schließlich um unsere Arbeitsplätze!!! (...)

Dieses Flugblatt wurde unbehindert im Betrieb verteilt (das wäre bei den Flugblättern unseres Kollegentreffs unvorstellbar), und am Schwarzen Brett hing es unter der bezeichnenden Überschrift: "Der kleine Krisenstab informiert". Diese Hetze brachte den linken Kandidaten erhebliche Stimmenverluste ein. Insgesamt schnitten sie jedoch nicht einmal schlecht ab, die ehemalige Betriebsrätin unter den gekündigten Sechs erhielt immerhin noch 19 % der Stimmen. Die anderen Linken zwischen 25 und 10 %. Das war der Geschäftsleitung anscheinend noch lange nicht genug: am 3.11. erhielten sechs Kolleginnen, darunter wir vier Unterzeichnende, fristlose Kündigungen. Wir verteilten dazu vor dem Betrieb die folgende Erklärung an unsere Kollegen:

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG

Mit folgender Begründung wurden die 6 Kolleginnen fristlos gekündigt. Darunter auch 3 Kandidatinnen für die Betriebsratswahlen.

"Wegen Weitergabe von Essen an andere Mitarbeiter zum Verzehr in der Kantine und Mitnahme von Essen außer Haus, so-

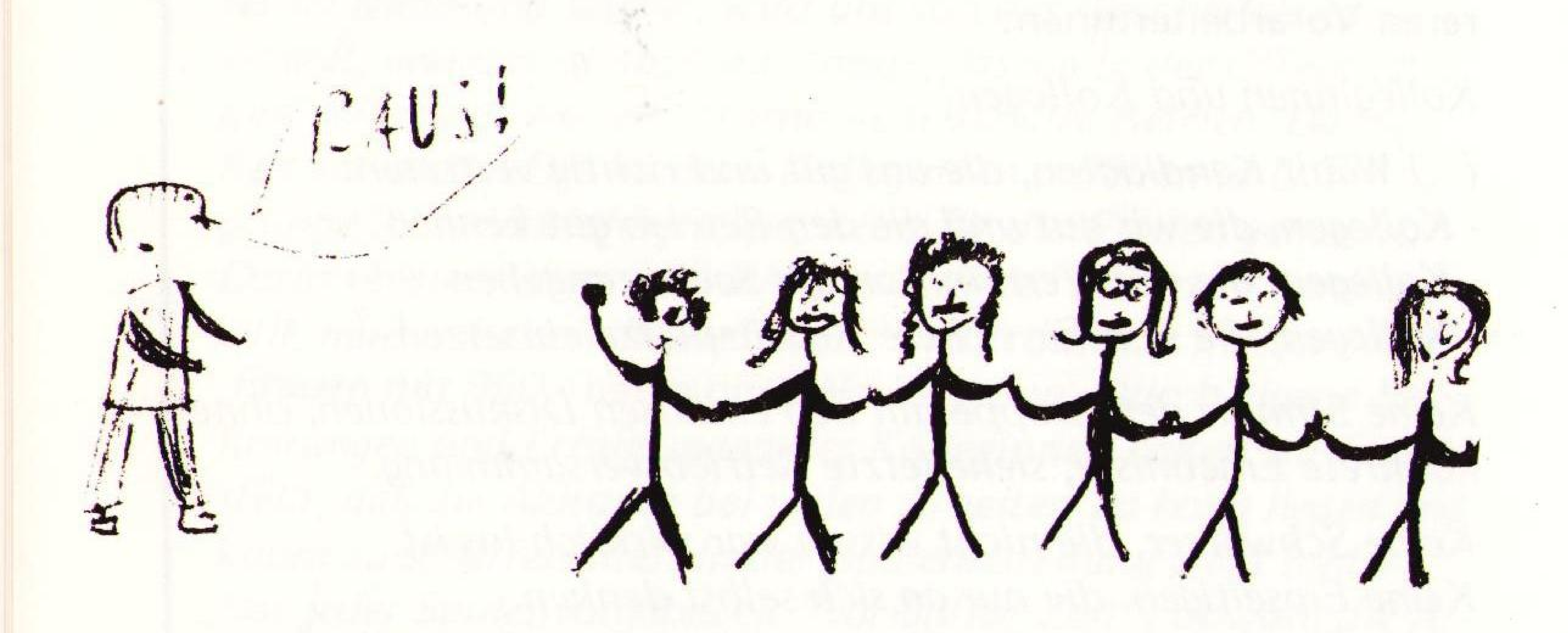
wie Teilnahme am Mittagessen ohne Abgabe einer Essensmarke kündigen wir das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis fristlos zum heutigen Tage. Der Betriebsrat wurde gemäß BVG vor dieser Kündigung gehört und hat der Kündigung zugestimmt.

Bei den Kolleginnen, die nicht kandidiert hatten, stand zusätzlich zu lesen: "Sollte aus anderen Gründen diese Kündigung unwirksam sein, so kündigen wir hiermit hilfsweise fristgemäß."

Fristlos gekündigt zu sein heißt:

- 4 - 6 Wochen Sperrfrist beim Arbeitsamt (also kein Geld!);
- schlechte Chancen bei neuer Arbeitssuche.

*Die Unterschriftensammlung, in der uns sinngemäß unterstellt wurde, Diebstahl begangen zu haben, unser "Diebesgut" in "Behältern" mit nach Hause geschleppt zu haben, und in der "**arbeitsrechtliche Schritte**" gefordert wurden, werten wir als Vorbereitung unserer Entlassung. Wir glauben jedoch nicht, daß die unterzeichnenden Kolleginnen wirklich unseren fristlosen Rausschmiß mit allen entstehenden Konsequenzen gewollt haben!*



An folgendem Beispiel wollen wir erklären, aus welchen Tatsachen diese Vorwürfe konstruiert werden: Am Freitag, dem 21.10., gab es Matjes-Filets in der Kantine, die uns leider nicht besonders schmeckten. Eine Kollegin, die eine Essenmarke abgegeben hatte, wollte diese jedoch mit nach Hause nehmen. Sie erhielt die ebenfalls mit Essenmarken gekauften Fische der anderen Kolleginnen, ging mit diesen zu einer Kantinenfrau, ließ sich ihre Plastikdose geben und packte die Matjes ein. Diese Kollegin nimmt immer bezahltes Essen mit nach Hause, um es ihrem Ehemann zu geben. Wohl kaum würde sie ihre Essenbehälter beim Kantinenpersonal abgeben, wenn sie vorhätte, gestohlenes Essen beiseite zu schaffen!

Wir halten es weiter für absurd, aus der Tatsache, daß man mal seinen Nachschlag nicht mehr schafft und ihn einer anderen Kollegin zum Aufessen gibt, zu konstruieren, man wolle den Weltkonzern Storno um einen halben Teller Suppe betrügen. Eine bösartige Unterstellung ist es, zu behaupten, daß wir "bewußt" und "in betrügerischer Absicht", "planmäßig" das Ziel verfolgt haben, das Essen nicht zu bezahlen und "beiseite zu schaffen".
Wir meinen auch, daß unsere fristlosen Entlassungen ein Einschüchterungsversuch gegen alle Kolleginnen und Kollegen bedeutet.

Wir werden gegen diese unserer Ansicht nach ungerechtfertigten Kündigungen vorgehen und einen Prozeß führen. Vier von uns sind in der Gewerkschaft und werden Rechtsschutz vom DGB erhalten. Wir bitten Euch um finanzielle Hilfe, für die anstehenden Prozeßkosten.

Kathrin Kuphal, Gertrud Schmiedeberg, Monika Bothsmann, Iris Andresen, Frauke Hattesen, Gabriele Müller

Vorausgegangen war eine Unterschriftensammlung unter den Kollegen, wo im Schlußsatz arbeitsrechtliche Konsequenzen gegen die gefordert werden, die Essen unrechtmäßig verzehren. Sehr viele Mitarbeiter haben die Unterschriftensammlung unterzeichnet. Wir gehen davon aus, daß der Betriebsrat den Entlassungen mit Bezugnahme auf diese Unterschriftensammlung zugestimmt hat.

Wir haben uns bei der IG Metall um Rechtsschutz bemüht. Drei von uns vier Unterzeichnenden werden jetzt von der Gewerkschaft vor dem Flensburger Arbeitsgericht vertreten. Die Tatsache, daß wir Frauen, die wir bisher in Leichtlohngruppe nur ca. 800,-DM netto monatlich verdient haben, wegen einem Teller Erbsensuppe und ein paar Matjesheringen rausgeschmissen worden sind, was für uns erstmal Sperrfist und ca. 500,- DM Arbeitslosengeld heißt, ist schon so empörend, daß wir solche Unternehmerwillkür nicht unwidersprochen hinnehmen können. Darüber hinaus halten wir die Vorfälle bei Storno-Electronic für ein Warnsignal, daß jeden kritischen Menschen aufmerksam machen sollte. Denn wenn solche Tendenzen, aktive Kolleginnen und Betriebsräte mit der Methode der Terroristenhatz und Kriminalisierung in ihrer Arbeit zu behindern und sogar zu entlassen, sich durchsetzen, dann ist die Demokraie am Arbeitsplatz in ernster Gefahr!

Wir bitten Sie deshalb um ihre Solidarität und fügen diesem Schreiben eine Erklärung bei, die wir Sie zu unterschreiben bitten. Für finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.

Gertrud Schmiedeberg, Kathrin Kuphal, Monika Bothsmann, Frauke Hattesen

ERKLÄRUNG

RÜCKNAHME DER FRISTLOSEN KÜNDIGUNGEN DER 6 ARBEITERINNEN VON STORNO ELECTRONIC !

Wir protestieren gegen die fristlose Kündigung von 6 Arbeiterinnen des Flensburger Frauenbetriebes Storno Electronic und fordern die sofortige Rücknahme dieser Kündigungen. Die 6 Frauen gehören alle zu den am schlechtest bezahlten Arbeiterinnen der Produktion (ca. 850,- DM netto). Die Kündigung bedeutet für diese Frauen die Perspektive Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher und sozialer Abstieg.

Dieser Rausschmiß, der nur wenige Tage nach der Betriebsratswahl bei Storno erfolgte (zu der drei der betroffenen Frauen kandidiert hatten), ist der vorläufige Höhepunkt einer nun schon Wochen andauernden Kampagne der Geschäftsleitung gegen den Betriebsrat als Arbeitnehmervertretung überhaupt und gegen einige linke Kollegen und Betriebsräte im Besonderen. Darüberhinaus geht es hier um eine rücksichtslose Einschüchterung der Belegschaft insgesamt. Bereits während der Betriebsratswahl hatte die Geschäftsleitung mit dem Mittel der politischen Kriminalisierung und Terroristenhatz Stimmung gegen die linken Kandidaten gemacht.

*Die Bedeutung der Vorgänge bei Storno reicht weit über Flensburg hinaus: 6 Monate vor dem im Mai '78 bundesweit anstehenden BR-Wahlen und auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und der wachsenden Existenzunsicherheit **kündigt sich hier an, wie die Unternehmer das Mittel der Terroristenhatz einsetzen werden, um linke Betriebsräte und aktive Kollegen mundtot zu machen,** und um ein Klima der Angst und Einschüchterung zu erzeugen. Die Unternehmer werden dabei nicht vor dem rücksichtslosen Gebrauch der Kündigung zurückschrecken.*

Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, wird hier die Grundlage dafür gelegt, daß die BR-Wahlen 78 unter den Bedingungen der Repression und Angst und weltanschaulichen Unterdrückung stattfinden. Unter diesen Bedingungen werden keine starken, demokratischen und mutigen Betriebsräte gewählt, die sich für die Wahrung der Interessen und

Rechte der Arbeitnehmer einsetzen. Solche Bedingungen werden im Gegenteil fördern, daß die Betriebsräte von unternehmerhörigen Jasagern bestimmt werden. Unter solchen Bedingungen droht in den Betrieben an den Arbeitsplätzen, an denen die arbeitende Bevölkerung ihr halbes Leben verbringt, Grabesstille und Duckmäusertum einzukehren. Die eigentliche Funktion der Terroristenhatz - in allen Bereichen der Gesellschaft den Abbau demokratischer Rechte zu legitimieren und jeden Kritiker gesellschaftlicher Mängel abzustempeln und zu isolieren - wird hier wieder allzu deutlich.

Sofortige Rücknahme der Kündigungen der Storno-Arbeiterinnen !
Gegen Unternehmerwillkür und Diskriminierung aktiver Kollegen und Betriebsräte!
Für freie und ungehinderte Betriebsratswahlen '78 !

Name Adresse Beruf Unterschrift

Am 7.Dezember gewannen die sechs Frauen ihren Prozeß vor dem Arbeitsgericht: die Kündigungen wurden nicht anerkannt. Aber die Forderung der Frauen, während der Dauer des Prozesses im Betrieb weiterbeschäftigt zu werden, kam nicht durch. Nach der Gerichtsentscheidung hat die Firma in einem Aushang erneut von "betrügerischen Vorfällen" geschrieben, an denen die sechs gekündigten Frauen beteiligt gewesen seien - obwohl das Gericht diesen Vorwurf ausdrücklich zurückgeweisen hatte. Außerdem bekräftigte sie ihren Vorsatz, die Frauen nicht wieder einzustellen, auch deswegen, weil es eine breite Solidarisierung mit der Unterschriftenaktion gegen sie (vor der Betriebsratswahl) gegeben habe. Die Firma will nun in Berufung gehen, und wenn sich der Prozeß ersteinmal über Monate hinzieht, so hätte die Storno Electronic ihr Ziel erreicht: die unbequemen Frauen wären weg vom Fenster und würden den Kontakt zur Belegschaft verlieren.

Deshalb sind Solidaritätserklärungen, Spenden usw. weiterhin dringend erwünscht. Zugesagt, die Frauen zu unterstützen, und die Erklärung unterschrieben haben u.a. bereits Annelie Brandt und Heinz Brandt(ehemaliger Redakteur der "Metall"-Zeitung der IG Metall). Außerdem wurde ihnen zugesagt, daß in den Frauen-Zeitschriften "Emma" und "Courage" Artikel über sie erscheinen.

Kontaktadresse: Gertrud Schmiedeberg, Große Str.83, 2390 Flensburg, Tel. 0461/25287
Solidaritätskonto: Stadtsparkasse Flensburg 975 869

AUSEINANDERSETZUNG UM ZENSURMASSNAHMEN IN DER AMERIKA–GEDENKBIBLIOTHEK

WESTBERLIN
14.Dezember

Im ID Nr. 184 haben wir über die Auseinandersetzungen dieser Zensurmaßnahmen berichtet. Die Bibliotheksleitung hatte im Zusammenhang mit Veröffentlichungen in verschiedenen Medien im Juli dieses Jahres versucht, Disziplinarmaßnahmen gegen verschiedene Kollegen einzuleiten. Deshalb sah sich der Personalrat in der zweiten Dezemberwoche gezwungen, Stellung zu beziehen. Er tat das durch eine Presseerklärung, die folgenden Wortlaut hat:

„Aufgrund einiger Anfragen im Abgeordnetenhaus und Presseveröffentlichungen zu den Zensurmaßnahmen in der Amerika-Gedenkbibliothek und schließlich dem erklärten Versuch der Bibliotheksleitung in diesem Zusammenhang Disziplinarmaßnahmen gegen Kollegen einzuleiten, sieht sich der Personalrat der AGB gezwungen, Stellung zu beziehen: Tatsache ist die, daß seit Jahren in der AGB eine Selbstzensur stattfindet, da Bücher mit unliebsamen Inhalt (vorwiegend sozialistische und kommunistische Literatur), entweder mit einem roten Streifen beziehungsweise zusätzlich mit einem Vermerk ‚bp' (= bibliotheca politica) gekennzeichnet wurden. Diese Bücher standen nicht im Freihandbereich, sondern wurden magaziniert. Es wurden selbst Sachbücher, zum Beispiel Sportbücher aus der DDR mit genanntem Vermerk gekennzeichnet.

Mit Wissen der Büroleitung sind einige dieser Maßnahmen durch einen SFB-Reporter (Sender Freies Berlin) an die Öffentlichkeit gelangt.
Durch die Enthüllungen dieser Maßnahmen in verschiedenen Massenmedien wurde der bp-Vermerk von der Bibliotheksleitung abgeschafft. Die bisherige Praxis, politisch mißliebige Bücher dem unmittelbaren Zugang der Benutzer zu entziehen und von vorneherein im Magazin aufzustellen wurde beibehalten und wird von der Direktion öffentlich zu rechtfertigen versucht. Die Tatsache, daß auch andere wenig gebrauchte Bücher genau wie die politisch mißliebigen mit einem roten Streifen versehen im Magazin aufgestellt werden, ändert nichts an den hier kritisierten Praktiken.

Die ausgeliehenen Bücher werden mit Signatur, Name und Anschrift des Lesers auf Mikrofilm aufgenommen. Daraus ist ersichtlich, welches Buch von welchem Leser ausgeliehen wurde. Für den Verfassungsschutz ist es ein Leichtes, auch nach Inkrafttreten des neuen Datenschutzgesetzes am 1.1.78 an solche Daten auf dem Wege der Amtshilfe heranzukommen. Also ganz legal.

Angesichts des verschärften Abbaus demokratischer Rechte (...) zeigt sich umso mehr, daß die Bibliotheksleitung sich dieser Tendenz anpasst. Wir verurteilen schärfstens, daß die Bibliotheksleitung mit Methoden der Drohung vonDisziplinarverfahren gegen kritische Kollegen vorgeht und sie als Psychopathen beziehungsweise an Verfolgungswahn leidend, beziechnet. Die Selbstzensurmaßnahmen, die auch nach öffentlicher Kritik in der Presse nur teilweise revidiert wurden, schaden dem Ansehen der Bibliothek ebenso wie die angedrohten Disziplinarmaßnahmen. Wir fordern daher die Rücknahme der angedrohten Disziplinarverfahren, die Beseitigung der Aufstellungspraktiken in Bezug auf politisch mißliebige Bücher und kritisieren den unzureichenden gesetzlichen Schutz vor möglicher Gesinnungsprüfung aufgrund der Lesegewohnheiten durch Polizei und Verfassungsschutz."

Auf diese Presseerklärung hin kündigte die Bibliotheksleitung die Zusammenarbeit mit dem Personalrat auf und warf dem Personalrat Verstoß gegen das Personalvertretungsgesetz vor. Außerdem habe sich der Personalrat nach Ansicht der Bibliotheksleitung auf die Seite des KB-Organs ‚Arbeiterkampf' gestellt — und das, weil dort ein Bericht über die Zensurmaßnahmen stand.

Die Auseinandersetzung geht weiter. Die Solidarität unter den Leuten, die in der Bibliothek arbeiten, ist groß und es ist nach Auskunft nicht damit zu rechnen, daß sie so schnell abbröckelt. Der Personalrat jedenfalls bereitet sich auf eine Längerfristige, intensive Auseinandersetzung mit der Bibliotheksleitung vor.

RCDS-PROVOKATION GEPLATZT

BREMEN
12.November *Aus der Bremer Uni:*

Für Montagabend (12.November) 19 Uhr war eine Veranstaltung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) mit Heiner Geissler, CDU, geplant. Nach etlichen Anläufen in den letzten Jahren wäre das die erste RCDS-Veranstaltung in der Bremer Uni gewesen, und dann ausgerechnet mit dem Terroristenfresser Geissler. Während der MSB/SHB-AStA sich aus der Angelegenheit raushielt, indem er zum gleichen Zeitpunkt ein "Gegentribunal" in einem anderen Teil der Uni abhielt, versammelten sich die linken Gruppen von A bis K um 16 Uhr vor dem Veranstaltungsraum. Eine RCDS-Vorhut war schon drin, um Lautsprecher aufzubauen, zu schmücken usw. Es wurde beschlossen, mit den mehreren hundert Anwesenden den Saal zu besetzen und damit die Veranstaltung unmöglich zu machen.

Die Aufforderung an die Uni-Leitung, die Saaltüren öffnen zu lassen, fruchteten nicht. So brachen einige Demonstranten eine der Holzwände auf und einige Hundert besetzten den Saal. Einige körperliche Provokationen der wenigen RCDS-ler wurden schnell erstickt. Ein Verstärkungstrupp des RCDS, der im Laufschritt zu einem Hintereingang eilte, konnte erfolgreich unter Einsatz von Feuerlöschern abgewehrt werden.

Ein Genosse erhielt bei dem Handgemenge eine Ladung Buttersäure ins Gesicht, die sofort üble Verätzungen hervorrief (wir haben den nicht erhärtbaren Verdacht, daß Zivile mitgemischt haben). Er kam ins Krankenhaus und wurde behandelt. Nachdem dort bekannt geworden war, wie es zu der Verätzung gekommen war, wurde der Genosse derart schikaniert (beim Verabreichen von Spritzen und so), daß er aus dem Krankenhaus floh.

Um den besetzten Saal nicht aufgeben zu müssen, wurde eine für denselben Abend angesetzte Veranstaltung über "Massenautonomie" in den besetzten Saal verlegt.

Die Uni-Leitung hat inzwischen Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs erstattet.

AUFRECHTER GANG IN BREMEN

BREMEN
10.Dezember

Die Gruppe sozialistischer Hochschullehrer (SHL) an der Uni Bremen, von denen eine ganze Reihe zu den Herausgebern des berühmten "Mescalero"-Nachrufs auf Buback gehören, veranstaltete am Wochenende (10./11.Dezember) eine "Konferenz zum Aufrechten Gang" zu Auseinandersetzung mit Terrorismus, Repression und Widerstand. In fünf verschiedenen Arbeitsgruppen sowie in zwei plenaren Sitzungen wurde ernsthaft gearbeitet, Resolutionen diskutiert und teilweise verabschiedet usw. Am Sonnabend hatten die Veranstalter für den Abend eine größere Fete angesetzt mit Musik, Rezitationen und viel Getränken. Es kamen einige hundert Gäste.

Während der Fete, mitten zwischen heißem Rock, wurde ein mit "SHL-INFO extra" überschriebenes Flugblatt verteilt, das sofort großes Aufsehen erregte, unter den Studenten fröhliche Zustimmung fand und von dem sich die dort als Unterzeichner aufgeführten SHL-Mitglieder sofort distanzierten. Noch bis spät in den Morgen sah man einzelne und Gruppen über das Flugblatt diskutieren. Das mit "Terrorismus, Repression und Widerstand an der Universität" überschriebene Extra-SHL-INFO hat folgenden Wortlaut:

Arbeit ist nicht mehr produktiv.
Sie dient nicht der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern der Reproduktion der Klassen. Arbeit ist Kontrolle der Arbeiter.

Je mehr Arbeiter die Arbeit verlieren, also außer Kontrolle geraten, weil der ökonomische Hebel bürgerlicher Herrschaft, der Profit, versagt, desto wichtiger die außerökonomische Kontrolle: Ausweitung des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes und für diejenigen, die in keinem durch Kapital oder Staat organisierten Prozeß mehr unterkommen, zunehmende Repressalien durch Sozialhilfeinstitutionen und schließlich die Ausweitung und Aufrüstung privater und staatlicher Polizeiapparate.

Was Qualifikation scheint, ist Spaltung, Hierarchisierung. Disziplinierung. Da haben die Bildungs-Fabriken ihren Platz. Sie erzeugen Kontrolleure und hochqualifizierte Arbeitslose. Und sind gleichzeitig Kontrollinstitution, bewachter Parkplatz zwischen nieder- und hochqualifizierter Arbeitslosigkeit.

Zunehmende Arbeitslosigkeit des Studiums schwächt die Kontrollfunktion der Universität. Daher Verschärfung des Konkurrenzdrucks: Was der Akkord im Betrieb, ist das Notensystem in der Universität. Benotet wird die Verinnerlichung des Notensystems. Der Terror nimmt inquisitorische Form an.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß die Studenten selbst an die Qualifikation glauben. Die Vermittlung dieses Glaubens und die Durchsetzung der Kontrolle über das Notensystem (und jetzt auch über das Ordnungsrecht) ist Sache der Hochschullehrer, der Hohenpriester der Technokratie. Wir haben erkannt, daß gute Priester schlimmer sind als schlechte Priester, daß linke Hochschullehrer schlimmer sind als rechte, weil sie den Glauben überzeugender re/formieren.

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Widerstand an der Universität bedeutet daher für uns:
— Zerstören wir den Glauben an die Qualifikation
— Durchkreuzen wir den Kalkül der Kontrolle

Als ersten Schritt unseres aufrechten Ganges in die Autonomie und erste praktische Widerstandshaltung kündigen wir hiermit an:

Wir werden zukünftig für studienbegleitende "Leistungs"-Nachweise und bei sämtlichen Prüfungen nur noch die Einheitsnote "GUT" vergeben.

Gruppe sozialistischer Hochschullehrer
G. Amendt, W. Eichwede, H. Gerstenberger, A. Keil, B. Voigt, G. Vinnai, W. Gottschalch, R. Hickel, U. Mückenberger. A.-D. Brockmann, H. Grubitzsch, H. Gallas
(40 weitere Unterschriften)

BEI UNS GIBT ES KEINEN ASTA MEHR

MAINZ
5./6. Dez.

Ein Hochschul-ID-Redaktionsmitglied versuchte die Hintergründe der Mainzer Asta-Amtsenthebung zu ergründen.

Wir haben über eine Solidaritätsadresse der FHS Wiesbaden erfahren, daß der Asta der kath. Fachhochschule in Mainz amtsenthoben worden sei. Daraufhin habe ich verschiedene Telefonate geführt. Hier ein Einnerungsprotokoll des ersten Telefongesprächs mit der kath. FHS in Mainz am 5.12.77:

Ich wollte mit dem Asta verbunden werden und bekam zur Antwort: **Bei uns gibt es keinen Asta.** Auf die Frage, ob es nicht eine andere studentische Vertretung gibt, wurde dies verneint. Nach weiteren Fragen wurde ich auf die morgen wieder anwesende Bürokratie verwiesen.

Bei dem anschließenden Telefongespräch mit dem Asta der Uni Mainz wurde mir folgendes erzählt:

Der Asta der FHS sei aus seinen Räumen rausgeflogen, und zwar weil er versucht habe, eine Urabstimmung über die Durchführung eines Streiks an der FHS durchzuführen. Daraufhin sei der Asta von der Trägerschaft (setzt sich aus den kath. Bistümern Fulda, Köln, Limburg, Mainz, Speyer und Trier zusammen) abgsetzt worden und nicht von dem Kultusministerium. Die Urabstimmung sei trotzdem in einem Auto vor der FHS durchgeführt worden und zwar mit dem Ergebnis von 49 % Ja-Stimmen bei einem Quorum von 50 %. So ist kein Streik zustandegekommen. Der Asta der FHS sei zur Zeit über den Asta der Uni Mainz zu erreichen.

Da ich aber kein Mitglied des Asta erreichen konnte, rief ich am nächsten Tag nochmals bei der FHS an und erreichte die Rektorin Frau Dr. Willig. Hier die Darstellung der Entwicklung aus ihrer Sicht:

Es bestehen seit 5 Jahren Bemühungen zwischen dem Asta und der Trägerschaft (Mitglieder s.o., Anm. d. Red.) eine "gültige" Asta-Satzung auszuarbeiten. Es herrscht also zur Zeit ein satzungsloser Zustand und von daher existiere kein regulärer Asta (seit 5 Jahren!). Diese Entwicklung hat sich dann im Laufe der letzten Semesterferien zugespitzt. Der Träger hat mal wieder dem Asta einen Satzungsentwurf zugeleitet mit der Bitte, diesen Satzungsentwurf bis zum 15.8.77 zu akzeptieren oder einen annehmbaren Gegenvorschlag zu unterbreiten, was nicht geschehen sei. Daraufhin hat der Träger dem Asta mit einem Brief vom 12.1o.77 eine endgültige Frist von 14 Tagen gesetzt mit der Aufforderung, auf folgende drei Punkte zu verzichten:

1. Der Asta hat kein allgemeinpolitisches Mandat
2. Es gibt kein imperatives Mandat
3. Der Asta hat auf die Durchführung bzw. Vorbereitung von Urabstimmungen im Zusammenhang von Streikmaßnahmen zu verzichten.

Diese Frist habe der Träger verstreichen lassen bis zu dem Zeitpunkt, wo der Asta eine Urabstimmung (24.11.77) durchführen wollte. Daraufhin wird der "satzungslos" existierende Asta vom Träger nicht mehr als Gesprächspartner akzeptiert. Das heißt konkret: Es steht ihm keine Förderung mehr zu, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in der Durchführung von Vollversammlungen und in der Bereitstellung von Räumen.

Leider haben wir vom HID bis heute kein Mitglied des Asta erreicht. Wir bitten alle, die Näheres über diese Angelegenheit wissen, uns schnellstens zu informieren.

KEIN TH-STREIKBESCHLUSS DURCH URABSTIMMUNG FACHBEREICHE STREIKEN TROTZDEM

DARMSTADT 3. Dez. 77 — *Von der Basisgruppe an der Technischen Hochschule (TH) in Darmstadt erhielten wir folgenden Situationsbericht:*

"Am 10.11. hat eine TH-Vollversammlung beschlossen, eine Urabstimmung über unbefristeten Streik gegen das HRG und zunehmende politische Unterdrückung durchzuführen. Unbefristet hieß in diesem Zusammenhang, daß zunächst eine Woche gestreikt werden sollte und auf einer weiteren VV über Abbruch oder Fortführung des Streiks entschieden werden soll. Die Durchführung des Streiks sollte mit Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichsten politischen Themen garantiert werden. Organisatorisch wurde das Streikräte-Prinzip gewählt.

Schon während der Urabstimmung kam es zu erstaunlichen Aktivitäten des RCDS, der für die Dauer zweier Wochen ausnahmslos jeden Tag ein Flugblatt herausbrachte, in dem er das HRG verharmloste, gegen den Streik auftrat und für eine Beteiligung an der Urabstimmung eintrat, da das Erreichen des Quorums von 45% sicher zu sein schien. In diesem Zusammenhang fälschte der RCDS ein Asta-Info und verteilte dem Hochschulreferenten des JUSO-Asta einen Backenstreich, als dieser dem RCDS-Vorsitzenden einen Stapel der gefälschten Blätter entreißen wollte.

Das Ergebnis der Urabstimmung sah dann so aus, daß eine 2/3 Mehrheit aller abgegebenen Stimmen nicht erreicht wurde (es fehlten ca. 150 Ja-Stimmen) und damit der Streik aller Fachbereiche nicht beschlossen werden konnte.

Durch das Engagement der Basisgruppen (BGs) sowie zahlreicher anderer nicht organisierter Individuen gelang es an den Fachbereichen (FBs) 2 (Politik und Gesellschaftswissenschaften) sowie 3 (Erziehungswissenschaften) und 15 (Architektur) durch Diskussionen in Seminaren und anderen Lehrveranstaltungen zu VVs am 30.11. zu mobilisieren, auf denen nach inhaltlich guten Diskussionen über LHG, etc. ein unbefristeter Streik beschlossen wurde. Ebenso in den Streik trat der Fachbereich Geologie.

Auf den FB-VVs trat der KBW mit der Forderung auf, die TH-VV aufzufordern, einen Streik zu beschließen und damit das Urabstimmungsergebnis außer Kraft zu setzen. Damit konnte sich der KBW nicht durchsetzen sondern machte sich ein wenig lächerlich. Ebenso lächerlich machte sich der SHB, der den Streik am FB 3 auf eine Woche beschränken wollte.

Auf der TH-VV am 2.12. gelang es, einen guten Überblick über die derzeitige politische Situation zu vermitteln. Hiernach gibt es an der TH im groben drei Typen von Fachbereichen: In die erste Gruppe gehören die Fachbereiche 2, 3, 15, die momentan streiken und an denen traditionell aktive Kommilitonen arbeiten und ein Streik keines größeren Umstandes bedurfte. Als weitere Gruppe die Fachbereiche Mathe, Physik, Informatik und Geologie, an denen die Situation im Schwanken ist. Hier gibt es die Möglichkeit für gute Auseinandersetzungen, allerdings äußerst sporadisch. Übel ist die Situation an den Ingenieur-Fachbereichen in doppelter Weise. Das Studium und die strukturelle Gewalt der Bürokraten ist hier am härtesten, aber gleichzeitig die Anpassung am weitesten fortgeschritten. Der Mut zum Widerstand ist äußerst gering. Hier wird, was an den FBs der ersten Gruppe möglich ist, nämlich mit Profs gemeinsam gegen das LHG aufzutreten, kaum möglich sein. Das führt leicht zur Resignation aktiver Kommilitonen.

Interessant ist, daß an den Streik–FBs der Einfluß organisierter Gruppen (Jusos, MSB, KBW etc.) ziemlich zurückgegangen ist und der Asta wurde von den FB-Streiks überrascht.

Anschließend fand eine Demo aller Darmstädter Hochschulen (TH, FH und evangelische FH) in der Darmstädter Innenstadt statt, zu der sich ca. 2000-3000 Studenten/innen beteiligten.

P.S.: Am 5.12. fanden an diversen Fachbereichen (Mathe,Physik, Informatik, Maschinenbau und Chemie) Vollversammlungen statt. Überrascht waren viele Kommilitonen, daß dann alle Fachbereiche außer dem Maschinenbau einen Streik beschlossen. Hier waren die Gegenstimmen, ebenso wie bei den Bauingenieuren zu hoch, um einen Streik zu beschließen.

BOYKOTT GEGEN KONTAKTE MIT BUNDESWEHR-HOCHSCHULE

HAMBURG 13. Dez. In dem praktizierten Boykott gegen Kontakte mit der Hochschule der Bundeswehr Hamburg (HBWH) durch die Fußballmannschaft der Universität Hamburg und das Sportreferat der Technischen Universität Hamburg reiht sich jetzt auch die Basketballmannschaft der Universität Bielefeld ein, die sich weigert, gegen die Mannen der Schule der Nation anzutreten. In der jüngsten Ausgabe der Informationsschrift "Hochschulsport" wird darüberhinaus ein genereller Boykott sowie der Ausschluß der Bundeswehrhochschule aus dem Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH) gefordert.

Die Bielefelder verweisen unter anderem darauf, daß "die Bundeswehrhochschulen in ihrer inneren Struktur nicht die minimalen Mitbestimmungsrechte in Hochschulreform gewährleisten". Daß die Bundeswehrhochschule aufgrund ihrer Struktur antidemokratische und militaristische Bildungsinhalte vermittelt" und "dort eine Elite ausgebildet werden soll", die "für sich keine demokratische Legitimation in Anspruch nehmen kann", sind weitere Argumente, die den Abbruch der Kontakte zu Einrichtungen der Bundeswehr rechtfertigen.

LÖSCHT DAS LICHT UND RÜHRT EUCH NICHT DAMIT ES EUCH NICHT AUCH ERWISCHT

KÖLN 14.Dezember *Aus der Dezemberausgabe der Kölner Stadtrevue (Chlodwigplatz 1, 5000 Köln 1) entnehmen wir einen Leserbrief von Klaus dem Geiger, der ursprünglich an den Kölner Stadt-Anzeiger ging, dort aber nicht veröffentlicht wurde:*

„Lieber Kölner Stadt-Anzeiger!
Sie drucken immer so schöne Bildchen von mir ab, wo ich frischfröhlich die Leutchen mit meinen Liedern und meiner Geige unterhalte. Daher möchte ich Sie bitten, auch diesen Brief abzudrucken, bei dem es um eine Sache geht, die so heimtückisch aufgezogen ist, daß ich mir nicht mehr zu helfen weiß.

Jahrelang haben die Geschäftsleute der Schildergasse sowie die Stadt Köln unter Einsatz der Polizei, Ordnungsamt und Gerichtsbarkeit versucht, mich mundtot zu machen. Es ist ihnen bis jetzt nicht gelungen, ich war zu beliebt bei den Kölnern. Jetzt aber haben sie eine Methode gefunden, wo mir meine Beliebtheit überhaupt nichts mehr nutzt: sie haben sich meine Frau vorgenommen (die mit meinem Job überhaupt nichts zu tun hat, geschweige denn mit anderen politischen Aktivitäten!), haben ihr Foto in die Schleyer-Akte reingetan und tragen es durch die Stadt („Kennen Sie die?" — Aber ja, das ist doch die Christl v.Wrochem! — Aber die hat doch damit nichts zu tun!" „Na gut, wenn Sie's sagen...")
Den ersten Zeugen, der uns das erzählte (dieser Zeuge wurde zu Hause von zwei Kripo-Männern besucht) haben wir ausgelacht, beim zweiten kamen wir auf den Horror, schalteten den Rechtsanwalt ein. Der setzte eine „Einstweilige Verfügung" auf, worauf Herr Polizeipräsident persönlich versicherte, die Sache mit dem Foto sei reinweg unmöglich.
Danach, nachdem der RA dem Oberfahnder in Sachen Schleyer die Zeugen vorstellte, die das Bild gesehen hatten, gab der Oberfahnder zu, daß es doch möglich sei, „am Rande der Fahndung" (Und zur Zeugin meinte er, sie solle doch nicht so viel Wind um so ein kleines Foto machen.) Aber das Foto würde sofort aus der Akte entfernt werden. Heute, eine Woche später, haben sie einem Bekannten von uns das Bild wieder vorgelegt. (Der Zeuge: „Aber das ist ja Christl v.Wrochem!" Die Fahnder: „Das soll sie aber nicht sein!") Und ich möchte nicht wissen, wie oft sie mittlerweile ihr schmutziges Spiel mit meiner Frau getrieben haben.

Man kann sich vorstellen, was das für uns bedeutet, für unsere Bekannten, die plötzlich Angst kriegen, mit uns zusammen zu sein (man hat sie zur Verschwiegenheit gemahnt) für unsere drei Kinder, die sich in der Schule und auch in der Nachbarschaft behaupten müssen, und besonders für meine Frau, die nach dem wiederholten Auftauchen ihres Fotos am Ende ihrer Kraft ist und nur noch davon redet, diesen Terrorkessel zu verlassen.

Ist das die neue Methode, wie man Leute wie mich mundtot macht?

Klaus der Geiger (28.10.1977)"

Wie es dann weiterging, beschreibt Klaus der Geiger in der Kölner Stadtrevue:

Soweit der Leserbrief, der trotz wohlwollendem Zuspruchs von Seiten des zuständigen Redakteurs nie im KStA erschien. Zu uns nach Hause haben sich die Herren von der Fahndung nie getraut: das war ja auch nicht nötig, denn es ging ja gar nicht um Schleyer, sondern um den Versuch einer Diffamierung. Und jetzt hört, Leute, was einem passiert, wenn er sich einer solchen Diffamierung zur Wehr setzt, wenn er in unserem Rechtsstaat auf sein Recht pocht. Die Sache wurde fachmännisch (durch RA) in die Bürokratenmühle des Polizei- und Gerichtsapparates hineingefüttert, mit dem Antrag auf eine Einstweilige Verfügung und heute, am 25.11., erhalten wir die Nachricht, **daß diese einstweilige Verfügung vom Verwaltungsgericht abgeschmettert wurde und wir hätten die Kosten zu tragen (Begründung: nicht zuständig, sowie Antrag unzulässig wegen Fehlens der Voraussetzungen ...)**

Herr Hosse, der Polizeipräsident, dem unser RA einen Brief schrieb und ihn darin aufforderte, uns eine schriftliche und verbindliche Bestätigung zu schicken, daß Christls Bild aus der Fahndung herausgenommen wird, dieser Herr Hosse rief den RA an und behauptete, daß der letzte Zeuge lüge!! Mir bekannten und sogar befeundeten Redakteuren des KStA sowie des WDR ist die Sache zu heiß, sie warten in ihrer Berichterstattung lieber auf die „offiziellen", d.h. gerichtlichen bzw. polizeilichen Beschlüsse.

So wie ichs immer so schön auf der Schildergasse singe:
Hört, ihr Leute, laßt euch sagen:
Der Terror, der hat zugeschlagen!
Löscht das Licht und rühr euch nicht,
damit es euch nicht auch erwischt.

Sollten wir nicht doch etwas mehr Mut im Kampf gegen diesen Terror beweisen? Sonst geht's uns nämlich bald sehr dreckig.

MASCHINENPISTOLEN GEGEN PHILOSOPHEN

WESTBERLIN 13. Dezember *In einer Presseerklärung des Berliner Anwaltsbüros Schily/Becker heißt es:*

"Am 4. Dezember 1977 wurden der Philosoph Michel Foucault und der Soziloge Daniel Defert aus Paris, die sich auf Einladung des Merve-Verlages in Berlin aufhielten, gegen 12 Uhr bei der Abfahrt vom Hotel "Vier Jahreszeiten" von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Foucault, Defert und der Verleger Gente vom Merve-Verlag wurden von Polizeibeamten mit Maschinenpistolen im Anschlag gezwungen, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen und sich durchsuchen zu lassen. Während dieser Zeit durfte Adelheid Paris, Lektorin des Merve-Verlages, neben ihrem Pkw stehenbleiben. Sie wurde auch nicht durch-

sucht, obwohl die Polizei später die Aktion damit zu rechtfertigen versuchte, angeblich habe ein Anrufer aus dem Hotel "Vier Jahreszeiten" eine vermeintliche Ähnlichkeit zwischen Adelheid Paris und Inge Viett behauptet. Da sich alle Personen an Ort und Stelle ausweisen konnten und die Polizei unverzüglich darauf hinwiesen, daß es sich um einen Irrtum handeln müsse und da auch die Durchsuchung des Pkws keine Verdachtsanhaltspunkte ergab, hätte man annehmen dürfen, daß auch für die Polizei die Angelegenheit damit zuende sei. Im Gegenteil: Adelheid Paris, Foucault, Defert und Gente wurden gezwungen in einen der vier Polizeibusse einzusteigen und zum Polizeirevier 26 in der Rudolfstädterstraße mitzukommen. Dort mußten sich Foucault, Defert und Gente einer Leibesvisitation unterziehen. Ferner wurden noch einmal die Pässe und Personalausweise der vier Personen überprüft. Danach wurden sie veranlaßt, sämtliche bei sich geführten Gegenstände abzugeben. Anschließend wurden sie für ca. eine Stunde getrennt voneinander in Zellen eingeschlossen. Von Adelheid Paris wurden Fingerabdrücke genommen. Gegen 14.30 Uhr wurden alle vier, ohne daß sich die Polizei für die insgesamt zwei Stunden dauernde Maßnahme entschuldigt hätte, wieder zu ihrem Hotel zurückgebracht.

Wir haben im Auftrage der vier Betroffenen Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung im Amt erstattet.

gez. Schily"

Otto Schily/Nicolas Becker, Schaperstr. 15, 1 Berlin 15, Tel. 030/ 88 37 071

FÜNFEINHALB STUNDEN AN DER GRENZE FESTGEHALTEN

MÜHLHAUSEN/ HEIDELBERG 15.Dezember

Wir drucken einen Bericht von ‚Carlo Sponti' der monatlich erscheinenden Alternativzeitung ab:

„Am Mittwoch, den 30.11.1977 wurden wir (vier Heidelberger Bürger) insgesamt 5 1/2 Stunden an der deutsch-französischen Grenze bei Mühlhausen festgehalten. Wir waren als Referenten zu einer Informationsveranstaltung am 2.12.1977 in Montpellier über die politische Situation in der BRD am Beispiel der Stadt Heidelberg – der Partnerstadt Montpelliers – eingeladen worden. Die Veranstaltung wurde organisiert von der PSU, der PCF, der MDPL (was auch immer die Abkürzungen heißen mögen – denkt sich die Setzerin) sowie einem Vertreter der Linksgaullisten. Aus Heidelberg sollten Vertreter des Sozialistischen Büros (SB), des AStA der Uni Heidelberg, des von der Auflösung durch die Stadt Heidelberg und der Universität bedrohten Collegium Academium (CA),der von der Stadt angefeindeten Free Clinic sowie einige Heidelberger Rechtsanwälte sprechen.

Folgendes passierte am 30.11.1977:
Als wir um 10.45 Uhr die Grenze erreichten, dauerte es zunächst eine geschlagene Stunde, bis die deutschen Zoll- und BGS-Beamten offensichtlich mit der Überprüfung unserer Personalien fertig waren und uns die Pässe zur Weiterfahrt brachten. Hatten wir bis dahin geglaubt, nun das Übelste überstanden zu haben (die ganze Zeit wurden wir von einem Beamten mit einer MP bewacht), so wurden wir 10 Meter weiter bei den Franzosen gründlich eines Besseren belehrt. Zunächst wurden unsere Ausweise erneut stundenlang begutachtet; die Wagenpapiere wurden beanstandet, weil der Eigentümer des PKW nicht mit uns gefahren war. Als nächstes wurden wir ausführlich darüber ausgefragt, wo wir hinwollten. Als wir schließlich Montpellier nannten, wollten die französichen Polizisten wissen, zu wem wir fahren würden (Name und Adresse).
15 Minuten lang versuchten sie, aus uns eine Adresse in Montpellier herauszubekommen. Sie gaben erst auf, als wir als Übernachtungsort das Hotel du Commerce angaben. Schließlich begannen sie mit der Durchsuchung unseres Autos.

Das lief so ab, daß die Zollbeamten mehr oder weniger lustlos in unserem Gepäck fingerten; die französischen Polizisten, selbst zur Durchsuchung an der Grenze nach französischem Recht nicht berechtigt, standen hinter den Zollbeamten und nahmen ihnen eifrigst die nach und nach hervorgefischten Zeitungen, Flugblätter und Plakate aus der Händen. Insgesamt beschlagnahmten die Franzosen dann vorläufig etwa 50 Fotos über die Altstadtsanierung in Heidelberg, über das CA, die Polizeieinsätze an der Uni und an der Mensa sowie von Demonstrationen, etwa 40 politische Plakate des AStA, 20 Exemplare des Carlo Sponti,Nr. 38/39; 1 Exemplar der Mannheimer Zeitung Nr. 7; mehrere Exemplare des ID, etliche Flugblätter, 1 Exemplar der Liberation (!) sowie das Rotbuch von S.Cobler „Die Gefahr geht von den Menschen aus". Zudem wurden unsere Beiträge, die wir auf der Veranstaltung halten wollten, eingezogen.

Während der nächsten drei Stunden waren französische und deutsche Beamte, die sich überhaupt immer in dieser schwierigen Lage gegenseitig bereiten, mit der Lektüre aller Schriften beschäftigt. Die Plakate – unter ihnen auch Kunstplakate – wurden mit unverständigen Blicken immer wieder aufs Neue inspiziert.

Nach insgesamt 4 Stunden wurde uns eröffnet, daß wir zwar einreisen dürften, allerdings unser gesamtes Material mit Ausnahme der Beiträge nicht mit nach Frankreich nehmen könnten. Man gab uns das Material zurück, verweigerte die Angabe einer Rechtsgrundlage für die Zurückweisung („Ich bin hier der Chef und stelle Fragen!") und wies uns schließlich an, zurück nach Deutschland zu fahren, um dort die Sachen zu hinterlegen. Sogar das Wegwerfen der Materialien in einen französischen Abfalleimer wurde uns verwehrt.

Nachdem wir feststellten, daß die Franzosen entgegen ihren vorherigen Beteuerungen jeweils von jedem ihnen suspekt erscheinenden Schriftstück ein Exemplar einbehalten hatten, dauerte es noch mal eine geschlagene halbe Stunde, bis wir eine Bescheinigung über die Beschlagnhmung von jeweils einem Exemplar des Carlo Sponti, der ZEITUNG, des ID sowie mehrerer Plakate erhielten.

Sodann machten wir uns auf den Rückweg über den Rhein zum deutschen Zoll. Hier wurden wir mit den Worten begrüßt: „Sie kommen aus Frankreich, sie haben Fotos und Plakate? ? " Natürlich wieder Personalienkontrolle (Computer und der ganze Mist). Selbstverständlich interessierten sich jetzt auch deutscher Zoll und BGS für unser Material. Wieder alles raus aus dem Auto, hinein in die Zollstation. Besonders die Fotos von den brutalen Polizeieinsätzen schienen die guten Grenzschützer zu erbosen, einer von ihnen empörte sich gar, er wolle einen alten Freund unter den abgebildeten Polizisten erkannt haben. Aber Handhabungen zur Beschlagnahmung fanden sie wohl nicht. Folglich fuhren wir zum Bahnhof in Mülheim und deponierten dort unser Material. Mit leichtem Grinsen auf ihren unifomierten Gesichtern ließen uns Deutsche und Franzosen diesmal durch: natürlich nicht, ohne wieder unseren Kofferraum zu inspizieren. Um 6.15 Uhr, genau nach 5 1/2 Stunden konnten wir schließlich – ohne unser Info-Material – einreisen.

Auf der Rückfahrt dauerte dann der Zirkus ‚Nur' eine halbe Stunde. Wieder wurde alles gelesen und inspiziert, was wir an Papier mit uns führten. Einer von uns wurde ständig angepöbelt und beleidigt, weil sie ihm nicht glauben wollten, daß er Rechtsanwalt ist: „Wenn der Anwalt ist, bin ich der Kaiser von China!"

Begründung der BGSler für die Kontrolle: Sie hätten ja Pornos bei sich haben können!"

POLIZEIAKTION IN DEN MESSEHALLEN

BERLIN 3.Dezember Nach inoffiziellen Angaben soll ein 19jähriger Polizist gemeint haben, Inge Viet erkannt zu haben und hat daraufhin Alarm ausgelöst und war hinterher ganz geknickt als nichts herauskam. Laut Polizeiangaben waren 40 Beamte eingesetzt (die inoffiziellen Angaben entsprechen dem gewaltig). Die Messeleitung selbst erklärt, sie sei informiert gewesen und ein Mitglied der Messeleitung hat an der Durchsuchung teilgenommen.
Die Durchsuchung wurde um 18.15 Uhr in der Weise durchgeführt, daß die ganzen Messehallen von Besuchern der Antiqua-Messe und dem Weihnachtsmarkt geräumt wurden.
Die Messehallen sollen abgeriegelt gewesen sein und da reichen bei weitem nicht 40 Beamte!

Die Aktion ist um 21.30 Uhr zu Ende gewesen – Inge Viet wurde nicht gefunden. Polizisten, die ständig auf der Messe eingesetzt werden, haben gemosert: die Polizei würde sich ja lächerlich machen und waren ärgerlich, daß sie so lange da bleiben mußten.

BERUFUNGSVERFAHREN GEGEN RECHTSANWALT RAINER ELFFERDING ?

WESTBERLIN 14.Dezember *Am 23.November wurde der Rechtsanwalt Rainer Elfferding von dem Vorwurf freigesprochen, einen Zeugen im Schmückerprozeß zum Meineid angestiftet zu haben. Dieser Freispruch erfolgte mit der Zustimmung der Staatsanwaltschaft. Nun legte die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft auf Anweisung des Hauptabteilungsleiters Berufung ein. In einer Presseerklärung von R.Elfferding heißt es unter anderem:*

„Ich halte dies für einen so ungeheuerlichen Vorgang, daß ich, und zwar auch im Interesse meines Mandanten, nicht bereit bin, ihn schweigend hinzunehmen.

Wenn die gleiche politische Abteilung der Staatsanwaltschaft einerseits meinen Freispruch beantragt, dann aber andererseits wenige Tage später gegen den dann tatsächlich erfolgten Freispruch Berufung einlegt, so kann ich dies nur als die vollständige Enthüllung derjenigen Interessen begreifen, welche die Staatsanwaltschaft mit diesem Verfahren überhaupt ganz allein verfolgt: nämlich meinen dauerhaften Ausschluß von der Verteidigung im „Schmücker-Prozeß" zu erreichen, der aufgehoben werden müßte, wäre der Freispruch rechtskräftig geworden. Da der „Schmücker-Prozeß" voraussichtlich im Januar 1978 erneut beginnen soll, und da das Kammergericht, welches über die Aufhebung des Verteidigerausschlusses zu entscheiden hat, jetzt von einem rechtskräftigen Freispruch jedenfalls formal nicht ausgehen kann, steht zu befürchten,daß die Staatsanwaltschaft ihr Ziel tatsächlich erreichen kann.

Die Staatsanwaltschaft hat damit das Rechtsmittel der Berufung eindeutig für Interessen, denen es nach dem Gesetz nicht zu dienen hat, mißbraucht. Sie hat die Berufung sicher nicht eingelegt, weil sie meint, zu meiner Verurteilung noch gelangen zu können, sondern alleindeshalb, um den jetzigen „Kronzeugen" Jürgen Bodeux im „Schmücker-Prozeß" vor mir zu schützen: der Staatsanwaltschaft ist bekannt, daß mir im Rahmen der Arbeitsteilung innerhalb der Verteidigung im „Schmücker-Prozeß" von Beginn an die Aufgabe zugefallen war, mich speziell und intensiv mit der Glaubwürdigkeit des Bodeux zu beschäftigen, was ich auch getan und in der ersten Hauptverhandlung umfangreich belegt habe. Die Staatsanwaltschaft meint, die Glaubwürdigkeit des Jürgen Bodeux, der in der zweiten Hauptverhandlung jetzt Zeuge sein wird und auf Fragen nicht mehr schweigen darf, „retten" zu können, wenn derjenige Verteidiger ausgeschlossen bleibt, der gerade auf die damit zusammenhängenden Fragen besonders vorbereitet ist. Sie wird sich, auch wenn es bei meinem Ausschluß bleibt, täuschen. (...)

Die an der Entscheidung, die Berufung einzulegen, beteiligten Beamten der Staatsanwaltschaft haben damit zugleich, die Straftat der „Verfolgung Unschuldiger" – § 344 StGB – begangen, die mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren bedroht ist. Ich erstatte mit gleicher Post – neben einer Dienstaufsichtsbeschwerde – auch eine entsprechende Strafanzeige, obgleich ich mir über deren Wirkung keine Illusionen mache: sie wird von Beamten eben jener Abteilung der Staatsanwaltschaft, welche die Berufung gegen mich eingelegt hat, bearbeitet und eingestellt werden.

Ingesamt kann mir bei so ungehemmter, mißbräuchlicher Ausübung formaler Machtbefugnisse durch eine so wesentliche Institution der Rechtspflege wie die Staatsanwaltschaft nicht mehr zugemutet werden, mich auf die Überzeugungskraft rechtlicher Argumente im Verlaufe des Instanzenweges allein noch zu verlassen. Gerade weil es nicht nur um meine, sondern zuerst um die Interessen meines Mandanten Wolfgang Strüken, insbesondere um sein Interesse an einer gut vorbereiteten Verteidigung, geht, sehe ich mich jetzt gezwungen, mich mit der Bitte um Unterstützung an die Öffentlichkeit, an die Presse, an die Rechtsanwaltskammer Berlin, an die Vereinigung Berliner Strafverteidiger und an meine von derartigen Verfahrensweisen schon jetzt, jedenfalls aber potentiell ebenfalls betroffenen Kollegen zu wenden.

Vor allem für meinen Mandanten Wolfgang Strüken fordere ich

- die sofortige Rücknahme der staatsanwaltschaftlichen Berufung gegen das mich freisprechende Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 23.11.1977 – 259 – 138/77;
- die sofortige Aufhebung meines Ausschlusses von der Verteidigung des Wolfgang Strüken im ‚Schmücker-Prozeß';
- die umgehende Einleitung disziplinarischer und strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen die an der Berufungseinlegung beteiligten Beamten der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin.

Die Rechtsanwaltskammer Berlin sowie der Vorstand der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V. erhalten Abschriften dieser Erklärung mit der Bitte, mich zu unterstützen.

Die Presse bitte ich, die Öffentlichkeit über das Vorgeh der Staatsanwaltschaft in diesem Fall eingehend zu informieren
gez. Elfferding, Rechtsanwalt. 1.12.77"

Kontakt: **Rainer Elfferding, Cuvrystraße 33,1ooo Berlin; Telefon: 030 / 61 23 033**

URTEIL IM ERSTEN PROZESS WEGEN "VERSTOSS GEGEN PARAGRAPH 88 a"

DORTMUND 14.Dezember Das Urteil wurde am 13.Dezember verkündet. 1800 DM Geldstrafe(90Tagessätze á 20 DM) gegen Thomas Kram. Diese Strafe bezog sich aber nicht auf den Teil des Verfahrens, in dem der vorgeworfene Verstoß gegn den 88 a zur Verhandlung stand sondern auf einen gleichzeitig mitbehandelten Autodiebstahl. Diesen sollen G. Albertus und Thomas Kram - Geschäftsführer der Politischen Buchhandlung Bochum - gemeinsam begangen haben. Dabei ist schlichte Tatsache, das sie nur zusammen in einem Auto festgenommen wurden, das ihnen nicht gehörte. Zu den 1800.- werden noch die Gerichtskosten für den Teil des Prozesses geschlagen, in dem der 'Autodiebstahl' behandelt wurde.

Zu den beiden ersten Prozeßtagen hat die Politische Buchhandlung Bochum einen Bericht geschrieben:

" Am 2. Dezember begann das erste § 88 a-Verfahren überhaupt vor der Staatsschutzkammer in Dortmund. Angeklagt ist der ehemalige Geschäftsführer der Politischen Buchhandlung in Bochum, Thomas Kram. Der Staatsanwalt wirft ihm vor, im Sommer vergangenen Jahres Exemplare der Zeitschrift "Revolutionärer Zorn Nr. 2" über die Buchhandlung vertrieben und sich damit der verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten schuldig gemacht zu haben (§ 88a). Ausserdem sei mit dem Auslegen der Zeitung der Tatbestand der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gegeben (§ 129), da die Zeitung von einer Gruppe verfaßt sei, gegen die der Generalbundesanwalt wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Schließlich erhebt der Staatsanwalt gegen den Angeklagten den Vorwurf des versuchten gemeinschaftlichen schweren Diebstahls.

Rechtsanwalt Heldmann stellte am ersten Prozeßtag einen Aussetzungsantrag, weil seiner Ansicht nach der § 88a verfassungswidrig und damit nichtig sei, so daß der Prozeß erst dann geführt werden kann, wenn vom Bundesgerichtshof (BGH) die neue Rechtsnorm auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft worden ist. Der Antrag wurde u.a. damit begründet, daß §88 a gegen das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 5 GG) sowie gegen das Bestimmtheitsgebot des Grundgesetztes (Art. 103 GG) verstoße. Der Staatsanwalt lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, daß der § 88a seit dem 1. Mai 1976 geltendes Recht sei und sich von daher eine Überprüfung der Norm durch den BGH erübrige - eine Begründung, die im Grunde dem BGH seine Kompetenz abspricht. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück : obwohl die Entscheidung schon vorher klar zu sein schien: Von einer Verfassungswidrigkeit des § 88a kann keine Rede sein, das Verfahren braucht deshalb nicht ausgesetzt werden.

Daraufhin stellte Rechtsanwalt Heiermann einen weiteren Antrag, das Verfahren auszusetzen, insofern es den Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung betrifft. Der Staatsanwalt habe in keinem Punkt den Nachweis erbracht, daß es sich bei der "Revolutionären Zelle" um eine kriminelle Vereinigung handele; weder seien vermeintliche Täter bekannt, die eine Vereinigung bilden könnten, noch seien diesen unbekannten Tätern irgendwelche Taten zuzuordnen, so daß man von der Vereinigung als einer kriminellen Vereinigung sprechen könnte. Man könne aber niemanden der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung anklagen, wenn diese zunächst, soweit es den Prozeß betrifft, lediglich ein "Phantom" der Staatsanwaltschaft ist. Das Gericht legte daraufhin dem Staatsanwalt nahe, diesen Teil der Anklage als unwesentliche Nebenstraftat (§ 154 STPO) fallenzulassen, offensichtlich in Sorge, statt eines § 88a-Verfahrens nun mit einem RZ-Verfahren konfrontiert zu werden. Der STaatsanwalt schloß sich, nach kurzer Rückversicherung, dem Vorschlag des Gerichts an und verzichtete auf die weitere Verfolgung des § 129. Diese Entscheidung ist insofern bemerkenswert, als das Strafmaß, das auf § 129 steht, wesentlich höher ist als das des § 88a, so daß der Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung alles andere als eine unwesentliche Nebentat war.

Anschließend verlas Thomas eine Erklärung zur Anklage, in der er im wesentlichen auf die Funktion des linken Buchhandels, auf Meinungsfreiheit, auf die "Sympathisanten"-Verfolgung und auf die Bedeutung des § 88a einging. Die Kernpunkte seiner Einlassung waren die folgenden: "Es ist unser Anspruch und mittlerweile Gang und Gebe, daß uns Gruppen oder Einzelpersonen Informationsmaterial, Flugblätter, Zeitungen unaufgefordert bringen oder schicken, das wir selbstverständlich unzensiert (...) im Laden auslegen, damit es von den Besuchern der Buchhandlung mitgenommen werden kann."

Und weiter:"Ich hatte den Revolutionären Zorn bis zum Tag meiner Inhaftierung nicht gelesen. (...) Mit einer solchen Aussage ist dem Staatsanwalt natürlich nicht gedient, weil er unter dieser Voraussetzung das Verfahren gegen mich hätte einstellen müssen. Also bedarf es neuer Voraussetzungen. Um seine Anklage zu rechtfertigen, bedient er sich der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und der Politischen Polizei über meine Person. Er greift auf eine Auswahl biographischer Daten und persönlicher Kontakte zurück, um mich in einem ersten Schritt der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu zu überführen, bei dem dann in einem zweiten Schritt die Kenntnis solcher Zeitungen wie dem Revolutionären Zorn stillschweigend vorausgesetzt wird. (...) Der Staatsanwalt will hier nicht eine Tat und einen möglichen Täter verurteilt sehen, sondern meine Zugehörigkeit zum linken Milieu, zum ideologischen "Sumpf",den auszutrocknen ja heute zum politischen PRogramm erhoben ist".

Der Nachmittag verging mit Zeugenvernehmungen, nachdem ein Antrag der Verteidigung abgelehnt worden war, ganz auf die Beweisaufnahme zu verzichten, weil durch sie der Nachweis einer vorsätzlichen Verbreitung des Revolutionären Zorn nicht erbracht werden könne. Im Zeugenstand waren zunächst 4 Polizeibeamte, die bei der Durchsuchung der Ladenräume un der Wohnung von Thomas am 18.8.1976 anwesend waren. Ihre Aussagen brachten nichts neues. Bemerkenswert nur, daß ausgerechnet ein Angehöriger des BKA, Abt. TE eher zur Ent- denn zur Belastung beitrug, indem er ausführte, er hätte den Eindruck gehabt, daß Thomas die Zeitung bis zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung noch nicht gelesen gehabt hätte. Ein weiterer Zeuge, ein RCDS-Student, Autor eines Artikels mit der Überschrift "Bochumer Buchladen - Anlaufstelle des internationalen Terrorismus", sagte zwar aus, er habe ein Exemplar des Revolutionären Zorn im Laden gekauft. Wenig später stellte sich jedoch heraus, daß es sich um eine ganz andere Ausgabe gehandelt haben muß als um die, deretwegen Thomas angeklagt ist.

Der zweite Prozeßtag, am 6.12.., verging mit der Vernehmung weiterer Zeugen, die zum Vorwurf des versuchten Autodiebstahls Aussagen machten,sowie mit den Plädoyers von Staatsanwalt und Verteidigung. Höhepunkt war sicherlich die Vorführung von G. Albartus, der seit über 11 Monaten im "Vernichtungslager Ossendorf" sitzt und unter strengster Sicherheitsvorkehrungen nach Dortmund gebracht worden war, um als Zeuge auszusagen. Als Mitbeschuldigter, soweit es den versuchten Autodiebstahl betraf, verweigerte er die Aussage und verlas stattdessen ein Gedicht.

Nach der Mittagspause wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen, ohne daß die Zeitung "Revolutionärer Zorn", um die es eigentlich ging, bis dahin Gegenstand der Hauptverhandlung geworden war. Das deutete daraufhin, daß der Staatsanwalt auf Freispruch plädieren würde. Und in der Tat: zwar hielt er daran fest, daß der "Revolutionäre Zorn" objektiv den Tatbestand des § 88a erfüllen würde, daß Thomas aber nicht nachgewiesen werden könne, daß er ihn wissentlich vertrieben habe. Wegen des versuchten Diebstahls beantragte er eine Geldstrafe von 1.800.-DM. Rechtsanwalt Heiermann wies in seinem Plädoyer daraufhin, daß für ihn der Prozeß nach wie vor auf keiner rechtsgültigen Grundlage stattgefunden habe, da er trotz des Beschlusses des Gerichts erhebliche Zweifel an der Verfassungsgemäßheit des § 88a habe. Da der STaatsanwalt aber seinerseits für Freispruch plädiert habe, verzichte er auf eine weitere Klärung dieses Problems in diesem Prozeß. Weiterhin stellte er fest, daß auch der Vorwurf des versuchten Autodiebstahls durch die Beweisaufnahme keineswegs erhärtet worden sei, sondern lediglich von einer Sachbeschädigung an dem betreffenden Auto die Rede sein könnte.

Das Gericht vertagte anschließend die Sitzung, so daß am 13.12., dem letzten Verhandlungstag, nur noch das Schlußwort sowie das Urteil ausstand.

Bemerkenswert ist noch, daß der Prozeß von Beginn an auf relativ breites Interesse in der linken Öffentlichkeit stieß. Die Besucherreihen waren jedesmal überfüllt, so daß einige leider nicht mehr reingelassen wurden. Das Gericht schien von diesem Andrang zunächst etwas irritiert, hat es aber scheinbar nicht auf einen Ausschluß der Öffentlichkeit angelegt.

Die bürgerliche Öffentlichkeit war im Gegensatz dazu weniger zahlreich vertreten. Grund dafür war sicherlich nicht mangelnde Information, wenn auch der Verhandlungstermin im Pressespiegel des Gerichts ausgespart worden sein soll. Zwei Journalisten von "Panorama" und der "FR", die ursprünglich zugesagt hatten, mußten diese Zusage kurzfristig offensichtlich auf Druck wieder rückgängig machen.

Der bisherige Verlauf hat bei einigen Verwunderung hervorgerufen. Eine Einschätzung dessen werden wir versuchen, wenn das Urteil gesprochen ist."

Kontaktadresse: Politische Buchhandlung
463 Bochum
Im Westenfeld 22
Tel.: 0234/702336

BULLENFUNK IM AMTSGERICHT

HANNOVER
14. Dezember

Wegen eines Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz sollen sich Uli und Chico aus dem Internationalismus Buchladen vor dem Amtsgericht Hannover verantworten. In der Dokumentation 'Grohnde 19.3.77', die im Buchladen vertrieben wurde, kommt nämlich auch die Polizei zu Wort: „Auszüge aus dem Polizeifunk 19.3.".

PROZESSERKLÄRUNG VON CHICO

„Ich bin in diesem Prozeß angeklagt, weil ich angeblich gemeinschaftlich handelnd mit meinem Kollegen Uli John einen Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz begangen haben soll. In einem Strafbefehl hat uns das GEricht angeboten,durch die Zahlung von jeweils DM 278,00 eine öffentliche Verhandlung zu umgehen. Auf diesen Vorschlag haben wir uns nicht eingelassen: wir haben gegen den Strafbefehl Widerspruch eingelegt; sonst säßen wir heute nicht hier, sonst würde hier heute nicht verhandelt.

Den Antrag für diesen Strafbefehl hat die Staasanwaltschaft Hannover gestellt, aber nicht die Abteilung für Fernmeldewesen, sondern Oberstaatsanwalt Hinkelmann, der Leiter der Abteilung für politische Straftaten. Die Ermittlungen sind von Staatsanwalt Borchers geführt worden und waren keineswegs auf das Fernmeldeanlagengesetz beschränkt: zunächst wurde ein Verstoß gegen das NIEDERSÄCHSISCHE PRESSEGESETZ vermutet.

Verhandelt wird heute nämlich wegen einer Broschüre, und sowohl Uli John als auch ich sind als Verantwortliche des Internationalismus Buchladens angeklagt.

Angeklagt ist also DER BUCHLADEN - und der vermeintliche Tatbestand, der Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz, ist sozusagen HILFSWEISE erhoben worden: gegen das Niedersächsiche Pressegesetz verstößt die überprüfte Broschüre nämlich nicht, wie Oberstaatsanwalt Hinkelmann in seiner Einstellungsverfügung zugeben mußte.

Aber die Staatsanwaltschaft Hannover ist keineswegs die erste gegen uns ermittelnde Behörde gewesen: sie hat die Akten von Lüneburger Kollegen erhalten - ebenfalls mit einer Einstellungsverfügung.

Die Lüneburger Kollegen mußten aber nicht etwa ein Verfahren wegen vermuteter Verstöße gegen Fernmeldeanlagen- oder Pressegesetze einstellen: bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg hatte die Abteilung STAATSSCHUTZ ermittelt, und zwar wegen VERFASSUNGSFEINDLICHER BEFÜRWORTUNG VON STRAFTATEN. In Lüneburg ist also ein Verfahren wegen dem Maulkorbparagraphen 88 a eingestellt worden.

Die Lüneburger Staatsschutzanwälte waren allerdings nicht von selbst tätig geworden: die Idee zu diesem Verfahren gegen den Buchladen stammt aus Hannover, und zwar von der KRIMINALPOLIZEI, genauer gesagt von der Abteilung 7.2 K. In dieser Abteilung sind die Staatsorgane beamtet, die bereits im März dieses Jahres die Dokumentation „88 a in aktion - oder wie man bücher verbrennt ohne sich die finger schmutzig zu machen" beschlagnahmt hatten - ein halbes Jahr nach Erscheinen mit Gefahr im Verzuge.

Und diese Beamten wollen also herausgefunden haben, daß der BUCHLADEN im April dieses Jahres DIE ÖFFENTLICHKEIT GESCHÄDIGT HABE, indem er nämlich die Broschüre, um die es hier heute geht, verfügbar gemacht und vertrieben habe. In dieser Broschüre werde nämlich DIE BEREITSCHAFT ANDERER GEFÖRDERT, STRAFTATEN ZU BEGEHEN, und zwar solche Straftaten, wie sie in der „Dokumentation Grohnde 19. 3." beschrieben seien. Nun beschreibt aber diese Dokumentation gar keine Straftaten, sondern sie beschreibt die Vorbereitungen und den Ablauf einer Demonstration von 20.000 Atomkraft-Gegnern gegen das geplante Kernkraftwerk Grohnde: dargestellt wird die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse, die diese Demonstration organisiert haben, dargestellt wird aber auch der beispiellose Polizeieinsatz gegen 20.000 AKW-Gegner.

Dieselbe Polizei, die diesen Einsatz inszeniert hat, will nun also festgestellt haben, daß der Rechenschaftsbericht der Bürgerinitiativen, die an der Demonstration beteiligt waren, GEEIGNET SEI, DEN GEMEINSCHAFTSFRIEDEN ZU STÖREN, indem sie nämlich den Leser motiviere, sich durch die BEGEHUNG VON STRAFTATEN GEGEN DEN BESTAND ODER DIE SICHERHEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ODER GEGEN VERFASSUNGSGRUNDSÄTZE EINZUSETZEN.

Ein Leser - so die Polizei - könne zum Beispiel auf die Idee kommen, weitere Demonstrationen gegen Kernkraftwerke zu organisieren

Angeklagt ist also heute der BUCHLADEN, weil die Kriminalpolizei mit der Dokumentation „Grohnde 19.3." unsere staat feindliche Gesinnung bewiesen glaubte: übergeblieben ist das Fernmeldeanlagengesetz, aber für eine Anklage reicht das noch aus.

Herr Vorsitzender, Sie werden sich fragen: wie ist es möglich, daß ein Buchladen, der Informationen von direkt Betroffenen AKW-Gegnern zugänglich macht, als STAATS- oder gar VERFASSUNGSFEIND verfolgt wird ?

...

Die Bereitstellung solcher Dokumentationen bricht das zwischen Bund, Ländern, Industrie und der Presse vorbereitete Arrangement: nicht linientreue Berichterstattung wird zum Verbrechen erklärt - dafür wurde diese Anklage hier zusammengezimmert.

Ihnen, Herr Staatsanwalt, darf ich gratulieren, daß es nun endlich gelungen ist, diesen BUCHLADEN, von dessen Gefährlichkeit Sie zweifellos überzeugt sind, vor ein ordentliches Gericht zu stellen. Beosnders verdienstvoll erscheint mir dabei die Tatsache, daß es gelungen ist, den eigentlich STAATSERHALTENDEN Charakter dieses Verfahrens durch eine Verhandlung nach dem Fernmeldeanlagengesetz im Hintergrund zu belassen.

Wir sind sicher, daß das Hohe Gericht, daß Sie, Herr Vorsitzender, auf diesem Hintergrund recht unabhängig über uns

Recht sprechen werden. Ich habe diese Sicherheit spätestens angesichts des von Ihnen verordneten Schutzes der Angeklagten durch ein entsprechendes Polizeiaufgebot gewonnen.

Frohes Fest."

PROZESSVERLAUF

Die ganze Farce begann damit, daß der Richter ständig den Saal räumen lassen wollte: 70 Leute sollten dräußen bleiben, weil kein größerer Raum im ganzen Amtsgericht vorhanden sei. Die für Sicherheit und Ordnung zuständige Polizei war bereis vorsorglich angefordert worden - schon am Eingang wurden wir von einer Horde uniformierter und ziviler Bullen und verschiedenen Wach- und Schließgesellschaftsleuten mit einer Ausweiskontrolle empfangen.

Die Verlesung der Anklageschrift ergab, daß die Staatsanwaltschaft nicht gegen die Angeklagten in der Hand hat: weder ist überprüft worden, ob die AUSZÜGE AUS DEM POLIZEIFUNK echt sind - „das glaube ich dem Buchladen so", sagte der Staatsanwalt - noch haben sich die Herren die Mühe gemacht, sich darüber Gedanken zu machen, ob denn überhaupt der BUCHLADEN für die Herausgabe der „Dokumentation Grohnde 19.3." verantwortlich gemacht werden kann. Aus der Prozeßerklarung des Buchladenkollektivs wurde dann aber deutlich, daß es der Staatsanwaltschaft nur darum ging, endlich mal ein Verfahren gegen den BUCHLADEN durchzusetzen: nach dem Motto: Hauptsache, daß - egal, was.

Der Richter wußte nicht mehr aus noch ein: so eine Menge Leute, die sich den Versuch der verdeckten Staatserhaltung genauer anschauen wollten, keine brauchbaren Ermittlungsergebnisse und dann noch der Beweisantrag der Verteidigung:

Daß man sich nämlich gar kein Radio kaufen und umbauen muß, wenn man Polizeifunk hören will, sondern daß es auch schon vorgekommen ist, daß die Polizei bei vermeintlichen Rädelsführern anruft, um das Telefon zu blockieren: sie legen einfach nicht mehr auf, wenn Du abgehoben hast - und wenn Du telefonieren willst, hörst Du anstelle des vertrauten Tüüt Tüüt der Bundespost das geheime Tüdellüd des Bullenfunks: Da kriegten Richter und Staatsanwalt große Augen und vertagten das ganze erstmal:

Am Mittwoch, 14.12., wollte der Richter den Bullenfunk, den der BUCHLADEN verbotenerweise abgedruckt haben soll, im ORIGINALTON vorführen lassen - Da könnten wir uns dann mal genauer informieren, mit welchen Tricks die Einsatzleitung ihre Jungs auf die Demonstranten scharf gemacht hat !

WERNER SCHLEGEL IM HUNGERSTREIK

Köln
14.Dezember77

Werner Schlegel ist in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.. Es wird versucht "die Basis meiner lit./publizistischen Arbeit zu liquidieren." Zeitungen werden ihm bis zu deren Redaktionsschluß vorenthalten, sogar die Frankfurter Rundschau und die Neue Züricher Zeitung werden zensiert. Außerdem "sieht es so aus, daß hier koordinierte psychologische Kriegsführung von LKA und Anstaltsleitung betrieben wird. Ich halte es —dies am Rande— nicht für Zufall, daß nach jeder Zellenrazzia durch Beamte des LKA ein Elektrorasierapparatkabel demonstrativ zu oberst auf der 'Habe', oder, ... direkt auf dem Zellentisch liegt. Bemerkenswert auch die immer kürzer werdenden Zeitabstände der (Zellen-)Verlegungen, resp. Zellendurchsuchungen durch LKA— ..." . "Bei der nächsten Zellenverlegung und/oder Zellenrazzia ... trete ich zusätzlich in einen unbefristeten Durststreik. Ich fordere die Aufhebung aller 'Sondermaßnahmen', Aufhebung der widerrechtlich verhängten Freiheitssperre = Isolationshaft, Abhilfe im Zusammenhang mit der erneuten Verschleppungs-/Unterschlagungs-/verlorengegangenen Praxis bei Zeitungsbezug und -korrespondenz und von der Anstalt, Herrn Rock oder dem JVA-Amt Portokostenersatz in Höhe von 3,-- DM."

Werner Schlegel, Postfach 601, 5308 Rheinbach

MEDIZINISCHE SELBSTHILFE IM KNAST

Frankfurt
14.Dezember

Am 4.12.77 fand in Frankfurt ein Arbeitstreffen

Frankfurt
14.Dezember77

Am 4.2.77 fand in Frankfurt ein Arbeitstreffen zum Thema Knastmedizin statt. Wir hatten uns getroffen, um ein Konzept für den medizinischen Teil eines Ratgebers zum Überleben im Knast zu erarbeiten. In diesem Ratgeber sollen Erfahrungen aus allen Bereichen des Knasts — von der Verhaftung bis zur Entlassung— ausgewertet werden. An dem Projekt arbeiten mehrere Gefangene mit. (Im ID Nr. 192/193 wurde bereits darüber berichtet)
Der Komplex 'medizinische Selbsthilfe' soll vor allem folgende Themen behandeln:

— präventive Medizin (Fitbleiben, Ernährung, Entspannungsübungen, mentales Training, visuelle Ersatzreize etc)
— Überleben in der Isolationshaft
— Selbsthilfe in den häufigsten akuten Notfällen (Symtombeschreibung z.B. bei Magendurchbruch etc., Wiederbelebung z.B. bei Selbstmordversuch etc. aus der Sicht des Mitgefangenen)
— Verhalten bei speziellen Krankheiten (Drogenentzug, Kreislaufstörungen, Folgen sensorischer Deprivation, Zahnerkrankungen u.a. typische Haftkrankheiten)
— Konfliktstrategien zur Selbsthilfe (Auseinandersetzung mit dem Knastarzt und Anstaltspersonal, Hinzuziehung von externen Ärzten, politische und medizinische Auseinandersetzung mit Hungerstreiks etc.)
— kritische Medikamentenliste (Wirkung und Nebenwirkung der gängigen Pharmaka)
— spezieller Teil über Frauenkrankheiten

Obwohl wir bereits Monate vor dem Treffen einen Rundbrief an ziemlich viele Medizinergenossen verschickt hatten, sind doch nur sehr wenige gekommen (gekommen waren Ärzte aus Hamburg, Berlin und Frankfurt, sowie einige Nichtmediziner, die sonst noch an dem Buchprojekt mitarbeiten). Trotz dieser geringen Resonanz, halten wir es für wichtig, daß sich eine Medizinerinitiative auf überregionaler Ebene mit der Anstaltsmedizin und -psychatrie auseinandersetzt. Wir sollten — über das Selbsthilfebuch hinaus — Erfahrungen und Materialien aus verschiedenen Knästen und verschiedenen Bundesländern zusammentragen. Zu untersuchen wäre die Tradition und die Strukturveränderungen einer Medizin, die es mit

Inhaftierten und Anstaltsinternierten zu tun hat. Besonders aufschlußreich könnte es dabei sein, die Arbeit der "Kollegen" in den Verbänden der Gefängnisärzte und Psychiater zu verfolgen. Schließlich sollten wir über die Möglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit und Intervention gegen die Knastmedizin durch einen überregionalen Zusammenhang linker Mediziner diskutieren, sowie die Möglichkeit medizinische Nothilfe zu organisieren. (Ein Beispiel dafür bietet die Berliner Ärztegruppe, die die medizinische Versorgung von Gefangenen durch externe Ärzte zu organisieren versucht.)
Über dies alles wollen wir auch beim nächsten Treffen diskutieren, das am **4./5. Februar 1978 in Frankfurt** stattfinden soll.
Genaueres ist zu erfahren über: **Justizgruppe c/o ASTA der Universität Frankfurt**
Jügelstr. 1
6000 Frankfurt/M. 1

Über diese Adresse ist auch ein etwas ausführlicheres Protokoll über die Diskussion des letzten Treffens zu bekommen (bitte einige Briefmarken für Kopierkosten und Porto beilegen) sowie Informationen über den Stand des Knastratgebers.

TRIKONT–VERLAGSKOLLEKTIV VERLEIHT STAATSANWALT GIEREK DIE PUBLICITY–MEDALLIE IN SILBER

MÜNCHEN 12. Dezember *Vom Trikont-Verlag*

Am Donnerstag letzter Woche erschienen plötzlich in den Räumen des Trikont-Verlages und der Basisbuchhandlung ein grosses Aufgebot an Polizisten und Staatsanwälten. Ziel der Aktion war die weiß-nicht-wievielte Beschlagnahmung des Buches von Bommi Baumann "Wie alles anfing" (s.ID 207). Wie üblich wurde alles durchwühlt, alles von unten nach oben gekehrt und gefunden wurde fast nichts: Außer 5 leicht angegammelten Exemplaren, die hinter ein Regal gefallen waren und von denen niemand etwas wußte. Auch sechs Belegexemplare der schwedischen, holländischen, dänischen, italienischen, französischen und kanadischen Ausgaben dieser staatsgefährlichen Bücher wurden beschlagnahmt. Staatsanwalt Gierek war sichtlich entrüstet über diese Nachlässigkeit seiner ausländischen Kollegen, die ganz im Gegenteil zu ihm das Erscheinen dieser Bücher nicht für strafbar halten.
Seufzend machte er sich dann wieder an die Erfüllung seiner Pflicht. Verzweifelt stand er vor einem sechs Meter langen und drei Meter hohen Regal, welches die höchst staatsgefährdende Buchhaltung des Trikont-Verlages enthält, sah die über zweihundert staubigen Aktenordner und wollte sich eben an die Überprüfung des staatsgefährdenden Inhalts dieser Ordner machen, als er plötzlich von einem Telefonanruf der Frankfurter Staatsanwaltschaft unterbrochen wurde. Dies verwunderte ihn umso mehr, als nicht er sondern ein Mitglied des Trikont-Verlages am Apparat verlangt wurde. Unwillig ließ er das zu.
In seinem Gesicht sah man es arbeiten. Diese Frankfurter Staatsanwälte hatte er schon lange im Verdacht, Sympathisanten dieser linken Verlage und Buchhandlungen zu sein. Denn dasselbe Buch, von 380 Personen in Frankfurt herausgegeben, derselbe Inhalt, nur ein anderer Umschlag, ist seit anderthalb Jahren frei im Handel erhältlich. Un diese Frankfurter Staatsanwälte weigerten sich immer auf seine Anfragen hin, ein Verfahren zu eröffnen, obwohl es eigentlich deren Pflicht wäre.
Wie schon oft hatte er das Gefühl bei seiner Pflichterfüllung nur sehr mangelhaft unterstützt zu werden. Sein ungutes Gefühl verstärkte sich noch, als pausenlos die Presse anrief und nur mühsam abgewimmelt werden konnte. Staatsanwalt Gierek sah in Gedanken schon wieder diese Hetzartikel, in denen er völlig verkannt würde und seine schon zweieinhalb Jahre dauernde Jagd auf dieses Buch lächerlich gemacht würde. Etwas entmutigt ließ er dann die zweihundert staubigen Aktenordner stehen und suchte nur noch stichprobenartig in den Lagerräumen weiter, wobei leider auch nichts Staatsgefährdendes zu finden war.

Um etwas mehr beschlagnahmen zu können, wurden dann auch acht Bücher der Gemeinschaftsausgabe mitgenommen, obwohl das gar nicht im Beschlagnahmebeschluß stand.

Was der Staatsanwalt nicht wußte, war, daß Freunde des Trikont-Verlages im Namen der Presse und der Staatsanwaltschaft pausenlos anriefen, um genaueres über diese Hausdurchsuchung zu erfahren.

Staatsanwalt Gierek tat dem Verlagskollektiv sichtlich leid. Um ihn etwas aufzumuntern beschlossen sie, ihm die Trikont-Publicity-Medallie in Silber zu verleihen, da seine Anstrengungen dieses Buch wirklich überall bekannt zu machen und auch nach zwei Jahren wieder allen ins Gedächtnis zu rufen, bis jetzt noch von niemanden so richtig honoriert worden ist.

Ob ihm diese Medallie Freude bereitet hat, wissen wir nicht so recht. Als er den Trikont-Verlag verließ, mit der mageren Ausbeute von ein paar Büchern unter dem Arm, war in seinem steinernem Gesichtsausdruck nichts zu erkennen.

PAKETZENSUR IM KNAST

Nürnberg 15.Dezember 77 Von der Gefangenenhilfsgruppe Nürnberg erreichte uns der folgende Brief:

"Liebe Genossen!
Letzte Woche erreichte uns ein Brief von dem Gefangenen Mamoughli Nourreddine (JVA Nürnberg); beigelegt hatte er seine Weihnachtspaketmarke, die jedoch der anstaltsüblichen Postzensur zum Opfer fiel. Telefonisch setzten wir uns mit Anstaltsleiter Egner in Verbindung, der die Massnahme damit begründete, "Pakete dürfen nur von Angehörigen der Gefangenen geschickt werden". Deshalb könne er das Paket nicht genehmigen.
Da klar ist, daß dieses Verbot nicht für Caritasverbände, offiziöse Gefangenenfürsorge usw. gilt, soll diese Entscheidung nur die Gefangenengruppe noch mehr in ihren Kontakten in die Zuchthäuser behindern und sabotieren. Für uns sind derartige Maßnahmen der Anstaltsleitungen genau das, was sie sein sollen: existenzgefährdend. Außer Propaganda und Öffentlichkeits arbeit können wir fast nichts mehr machen. Uns fehlen die Informationen. Verbindungen werden systematisch abgezwickt, Briefe beschlagnahmt, Bücher grundsätzlich nicht ausgehändigt, Geld erreicht nicht seinen Empfänger im Gefängnis, jetzt der Terror mit den Paketen. Letztere Entscheidung ist um so zynischer, als sie nur die trifft, die nichts und niemanden haben. Das nennen wir Armenrecht in seiner letzten Konsequenz."

Gefangenengruppe
Humboldtstr. 88, Tel. 44 46 24
8500 Nürnberg

KURZER BERICHT ÜBER DEN KURZEN RÜCKTRITT VON ROBERT JUNGK

Westberlin
15.Dezember

Auf einer Veranstaltung in der Technischen Universität Westberlin über "Atomstaat und Atomindustrie" am 13.Dezember hat sich Robert Jungk zu seinem Austritt aus der Jury des Russell-Tribunals geäußert. (Inzwischen ist er wieder eingetreten —Anm. ID).

Er hat dementiert, daß Druck auf ihn ausgeübt worden sei. Es habe zwar Leute wie Klaus Staek und andere gegeben, die seinen Beitritt für ungeschickt halten, weil möglicherweise aus dem Russell-Tribunal eher Unheil als Gutes komme. Das sei für ihn nicht der Grund gewesen, die Mitgliedschaft zu kündigen. Er habe sich auch nur vorläufig zurückgezogen und möchte dies verstanden wissen als"einen· Schuss vor den Bug".

Er möchte, daß die wichtige Frage der Berufs'verbote nicht diskreditiert wird. In diesem Zusammenhang erwähnte er mehrere österreichische Gruppen, die mit der Palmer-Entführung in Zusammenhang gebracht worden seien, und daß diese Gruppen auch zum Tribunal aufrufen. Diese hält er für die falschen Leute.

Er hätte in Berlin mit Gollwitzer und anderen geredet. Die hätten ihm glaubhaft versichert, daß das Russell-Tribunal häufig mit den Unterstützungsgruppen verwechselt werden, was ihm offenbar nicht klar gewesen war. Das sei für ihn ein großer Punkt der Beruhigung gewesen. Er sei immer für Gewaltlosigkeit gewesen und will sich nicht zum Handlanger von Gewalttätern machen lassen und, oder vondenen mißbraucht werden

Zweitens stößt er sich an dem Wort Tribunal. Er meint, daß auf einem Tribunal nicht die Wahrheit gefunden werden kann. Es sollte von Hearing oder Anhörung gesprochen werden. Die Foundation hat dem insoweit zugestimmt, als Tribunal von "tribunal" aus dem englischen komme und nicht unbedingt die richtige deutsche Übersetzung sei.

Er möchte gern, daß die Gegner des Tribunals aufgefordert werden, Vertreter zum Tribunal zu schicken, also praktische als Verteidiger gegen die erhobenen Vorwürfe. Wenn sie das nicht tun, würden sie damit das Recht verwirken, das Tribunal als einseitig hinstellen zu können. Er meint absehen zu können, daß die von ihm gewünschten Klarstellungen erreicht worden sind und daß er somit zur Jury zurückkehren wird. Dies hält er für ziemlich sicher. "Es darf nicht so leichtsinnig vorgegangen werden wie bisher".



HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

EIN SATZ, DER WEG SOLL - VIER STADTRÄTE UND EIN AUFRUF ZUM RUSSELL TRIBUNAL

HEIDELBERG
14.Dezember

In Heidelberg wurde eine Initiativgruppe zur Unterstützung des Russell-Tribunals gegründet. Vier Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Heidelberg unterschrieben einen Aufruf der Initiativgruppe, unter ihnen das FDP-Mitglied B. Armbruster. Nach bewährter Praxis wurde in der Heidelberger Presse ein Satz aus dem Aufruf zitiert und als Grundlage einer Diffamierungskampagne verwendet. Der Satz lautet: " ... zu dem Schluß gekommen, daß in der BRD eine Situation geschaffen worden sei, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist."

Oberbürgermeister Zundel stellte in einer Gemeinderatssitzung fest, daß dieser Satz zwischen ihm und den vier Unterzeichnern stehe. Zundel:" Der Satz muß weg!" Daraufhin kündigte B. Armbruster seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat an und bestätigte ihn auch formell. Die Heidelberger Presse stellte fest, daß die Unterstützer eines solchen Aufrufes das Geschäft der Extremisten betreiben.

In der Heidelberger Alternativzeitung 'Carlo Sponti' heißt es zu diesem Fall:

" Nun ist das Zurücktreten aus dem Gemeinderat keine so einfache Sache. Er ist nur dann möglich, wenn nach verschiedenen Paragraphen der Gemeindeordnung ein wichtiger Grund vorliegt. Im Ausschließen von Stadträten, weil wichtige Gründe vorliegen, hat man im Heidelberger Gemeinderat schließlich schon Übung - es sei hier an die gewählten KBW-Stadträte erinnert. Zundel nimmt den Entscheidungsprozeß des Gemeinderates vorweg und strukturiert ihn nach seinem Sinn. Nach seinen Vorstellungen soll ein Nichtzurückziehen von Armbrusters Unterschrift zum Russell-Tribunal ein wichtiger Grund sein, der dem Gemeinderat für eine Rücktrittszustimmung ausreichen dürfte.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung der FDP zum Rücktritt Armbrusters wurde zu ihm sinngemäß gesagt: "Wissen Sie, solche aufgeladenen Diskussionen, die dann auch mal entgleisen, daß dann solche Sätze fallen, hat es im Gemeinderat schon öfters gegeben. Warum also daraus eine Prinzipienfrage machen? " Gerade von daher und auch weil wir wissen, daß Zundel und die Mehrheit des Gemeinderates über recht eigenwillige Vorstellungen von Demokratie verfügen, daß sie Diffamierung beherrschen, ist es nur zu verständlich, daß es jemand in einer derartigen reaktionären Atmosphäre auch psychisch nicht mehr aushält und um Öffentlichkeit um diese Zustände herzustellen zum spektakulären Rücktritt greift. Es bleibt jedoch bei der Spektakularität und einem Knall - Stadtoberhaupt und Gemeinderat werden wieder zur Tagesordnung (Stadtzerstörung etc.) übergehen und bei Gelegenheit sich wieder mit einem Ausschlußfall beschäftigen. Schließlich sind von der ursprünglichen Viererbande noch dreie übrig!

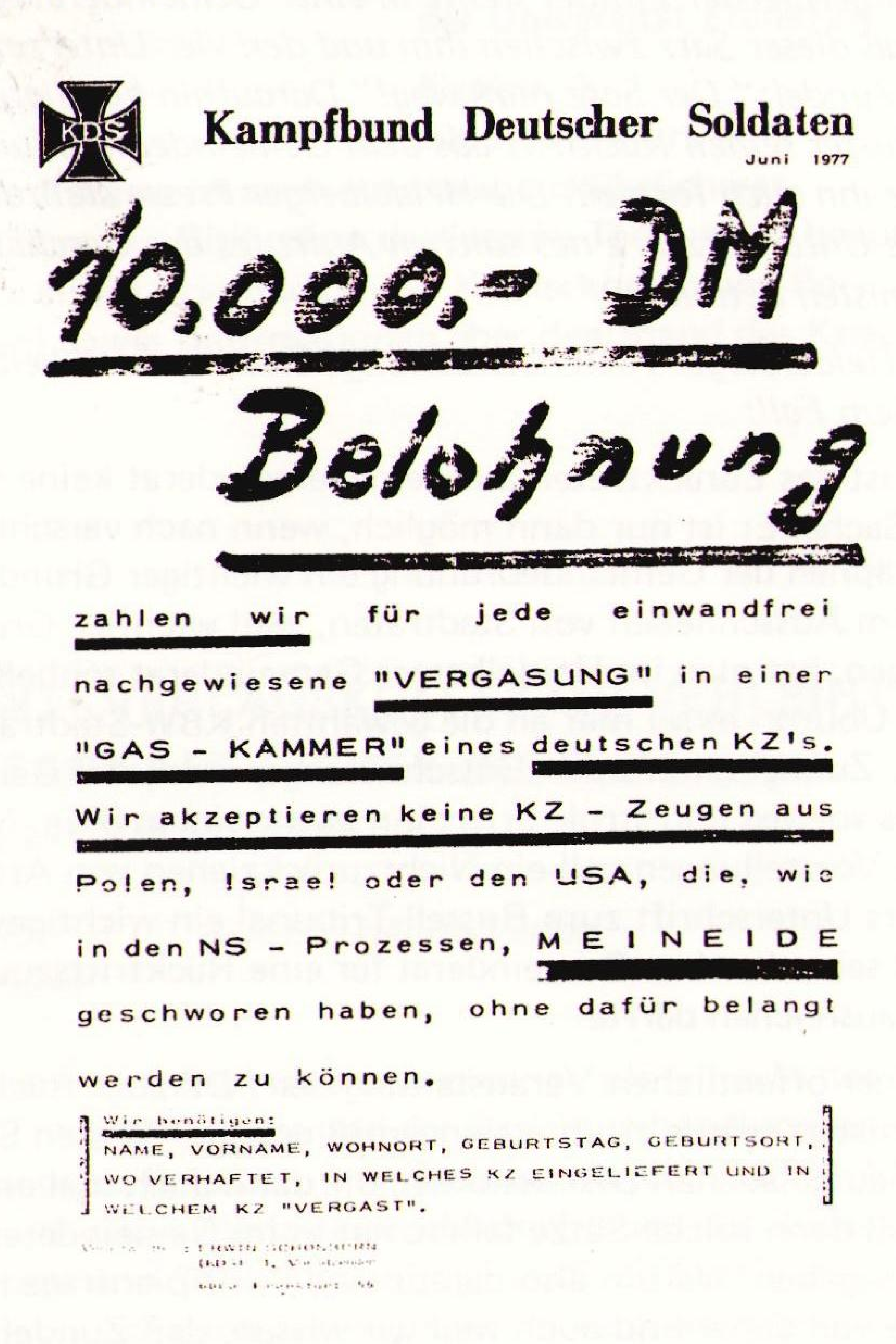
Wir (von der Red.) hätten es richtig gefunden, wenn Armbruster es trotz aller subtilen und offen repressiven Schwierigkeiten noch ausgehalten hätte im Gemeinderat zu bleiben, weil er einer der wenigen war, die noch den Mut hatten, öffentlich zu sagen, wie und mit welchen Mitteln in Heidelberg offiziell Stadtpolitik betrieben wird. Nun denn, etwas Sand im Getriebe weniger."

Die anderen drei Mitunterzeichner, allesamt SPD-Mitglieder, sind nicht aus dem Gemeinderat ausgetreten, aber sie haben ihre Unterschriften zurückgezogen. Nicht, weil sie gegen das Tribunal sind, sondern weil sie sich von kommunistischen Gruppen vor den Karren gespannt fühlen.

Kontakt über: 'Carlo Spont', Plöck 32a, 6900 Heidelberg, Tel.: 06221/28958 oder Heidelberger Rundschau, Tel.: 06221/22017

"AUSCHWITZ–KONGRESS" DER FASCHISTEN AUCH IN FRANKFURT VERBOTEN

Frankfurt 14.Dezember — Der für den 17.Dezember in Frankfurt angekündigte "Auschwitz-Kongreß" ist verboten worden. Dies ist nach einem Verbot in Nürnberg der zweite fehlgeschlagene Versuch der "Aktionsgemeinschaft Nationales Europa/Kampfbund Deutscher Soldaten", die als Veranstalter auftreten.
Wir veröffentlichen einen Aufruf des Antifaschistischen Arbeitskreises-Frankfurt , einen Auszug aus der Begründung des Verbots der Veranstaltung in Frankfurt durch CDU-Bürgermeister Wallmann, bzw. das Ordnungsamt und einen (verkleinerten) faksimile-Abdruck eines Flugblatts des Kampfbundes Deutscher Soldaten.



KDS Kampfbund Deutscher Soldaten
Juni 1977

10.000.- DM Belohnung

zahlen wir für jede einwandfrei nachgewiesene "VERGASUNG" in einer "GAS - KAMMER" eines deutschen KZ's. Wir akzeptieren keine KZ - Zeugen aus Polen, Israel oder den USA, die, wie in den NS - Prozessen, MEINEIDE geschworen haben, ohne dafür belangt werden zu können.

Wir benötigen:
NAME, VORNAME, WOHNORT, GEBURTSTAG, GEBURTSORT, WO VERHAFTET, IN WELCHES KZ EINGELIEFERT UND IN WELCHEM KZ "VERGAST".

AUFRUF DES ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSKREISES

"Am 17.12. wollte die "Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" (ANE) einen "Auschwitz-Kongreß" in Frankfurt durcgführen, auf dem "bewiesen" werden sollte, daß kein Jude unter dem Hitlerfaschismus vergast wurde. In der ANE sind viele offen faschistische Organisationen vertreten. Deshalb war zu erwarten, daß sich viele Faschisten zu dem Kongreß aufraffen würden. Initiator ist Ex-Reichsarbeitsdienstführer Schönborn, der heute u.a. den "Kampfbund Deutscher Soldaten" anführt. Er läßt über den 'KDS' in der ganzen BRD ein Flugblatt verbreiten, in dem er "10000 DM Belohnung" aussetzt, für "jede einwandfrei nachgewiesene Vergasung" (s. Faksimile). Er ließ außerdem Sprüche los wie:" Wer behauptet, daß in einem deutschen KZ auch nur ein einziger Jude 'vergast' wurde, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher."
Schönborn hat schon in Nürnberg versucht, seinen Kongreß durchzuführen. Dies wurde durch die massiven Proteste der Antifaschisten verhindert. In Nürnberg mußte Schönborn sogar zweimal in Schutzhaft genommen werden.
Um diesen Vögeln hier in Frankfurt einen gebührenden Empfang zu bereiten, fand diese Woche ein Aktionseinheitstreff statt. Alle Beteiligten wollten sich für ein Verbot des "Auschwitz-Kongresses" einsetzen. **Am 17.12. wird eine Kundgebung, um 10 Uhr vor der Katharinenkirche stattfinden. Auch jetzt, wo der Kongreß verboten wurde! Die Nürnberger Erfahrungen zeigen, daß Schönborn und Konsorten auf jeden Fall versuchen werden, ihre Lügenhetze auf einer Veranstaltung an den Mann zu bringen (an die Frau sicher auch, Anm. der Setzerin). Um diese Nazi-Provokation gegenüber der demokratischen und jüdischen Öffentlichkeit in Frankfurt zu verhindern, ist ein einheitliches Vorgehen aller Antifaschisten notwendig!"**

" AUSCHWITZ KONGRESS VERBOTEN"

"In seiner Begründung für das Verbot stellte das Ordnungsamt fest, auf dem "Kongreß" sei mit einer Reihe von strafbaren Handlungen zu rechnen: Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verunglimpfung des Staates, Volksverhetzung und Aufwiegelung zum Rassenhaß. Aus ähnlichen Gründen hatte bereits das Ansbacher Verwaltungsgericht im August einen Stoppantrag gegen ein Verbot eines in Nürnberg geplanten "Ausschwitz-Kongresses" abgelehnt."
(Frankfurter Rundschau 14.12.77)

IB - DIBLIOGRAPHIE - ID - PHOBIE - ID - Biefsteak

Trikont Verlag / Unsere Stimme Plattenproduktion und Vertrieb, Kistlerstr. 1, München 90

Platten:

* Sogenanntes linksradikales Blasorchester, Frankfurt. 18.oo Stößt ins Horn und bläst ein neues Sensationsgefühl ins Ohr. Vertrautes und Widerborstiges in skandalöser Mischung; P.P. Zahl Gedichte, Tagesschau, Eisler, chilenische Lieder. Doll !!!
* Die 3 Tornados - Flipper Schau. Eine klare Vorstellung; 18.00. Straßenkabarett, Kneipentheater, Tingeltangelrevue - skrupellos und beißend geißelnd, mit Akkordeon begleitung .
* M.E.K. Bilk. Kein Scheuern, kein Nachwischen ! Volksrock aus Düsseldorf mit deutschen Texten. 18.00.
* Walter Moßmann, Neue Flugblatt Lieder, 18,00.
* Dave Corner, Live in Santa Fu - Gefängnis Fuhlsbüttel, 18.-
* Warmer Südwind, Schwul, 18,00

Weckers Uhrwerk, Krawattnleichn; Rock aus Österreich mit ebensolchen Texten, 18,00 * (hier hab ich das Sternchen nachgetragen, wo sonst vorne sitzt.()

Trikont / Unsere Stimm e Vertrieb:

* Bodo Kolbe & Norbert Schamber, Mer speele de Bluus... so schwarz wie Latweje. Dialekt Blues aus dem südhessischen Ried, 18,00
* Roland Kroell und die Salpeterer. Lieder aus der Hotzenwälder Freiheitsbewegung im 18. u. 19. Jhdt. 18.00
* Abgelehnt - 1. östereichische Anti AKW Platte, mit sehr skurillen Liedern, Tonmontagen, Texten, Satiren. 18.00

REGIONALISTISCHE MUSIK
Einen Sprung ins Neuland hat der Trikont Plattenvertrieb mit einem Stapel musikalischer Dokumente aus verschiedenen Autonomiebewegungen der 'unterbliebenen Regionen' West Europas gewagt; das ist weit mehr, als sich unter den Begriffen 'Volksmusik' oder 'politische Musik' abstempeln ließe. In der Reihe gibt es jetzt 26 verschiedene LPs aus Wales, Okzitanien, Bretagne, Elsaß und Nordschweiz, pro Scheibe 19.50.

Karin Kramer Verlag, Postfach 106, Berlin 44

* Ein paar Dinge von denen ich weiß. Gedichte und Bilder von Jörg Burkhard, Harry Oberländer und Monika Walther, 10,00
* Frauen in der Revolution - Emma Goldmann, 10,00. Aufsätze der amerikanischen Anarchistin (1869 - 1940)
* Der deutsche Anarchosyndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung. Angela Vogel; 20,00
* Unter dem Pflaster liegt der Strand, Bd. 4.Beiträge von Feyerabend, Duerr, Clastres, Pross, Aurich. 12.80. z.B.: Unterwegs zu einer dadaistischen Erkenntnistheorie.
* Wilhelm Weitling. Gerechtigkeit; Ein Studium in 500 Tagen; 16,80 Der revolutionäre Schneider Weitling (1808 - 1871) war einer der ersten deutschen Agitatoren des Kommunismus; vor, nach, mit und gegen Marx.

Verlag Klaus Wagenbach, Bamberger Str. 6, Berlin 30

* Brendan Behan. Die Geisel und andere Stücke. Nachwort (z. Teil auch Übersetzungen) von Heinrich Böll. Der Ire Behan (gest. 1963) hat wilde, aufsässige Stücke geschrieben - manche werden heute schon von deutschen Spielplänen abgesetzt. Vergleiche Buchtitel ! 17.80

* Tintenfisch 11. Jahrbuch Deutsche Literatur 1977 7.80.

Verlag 2000, Postfach 591, Offenbach 4

* Info Sozialarbeit Heft 18; Heimerziehung - Kritik und Alternative.8.-

édition trèves, postfach 1401, Trier

* Jan Tomaschoff; Cartoons, 9.80
* Jan Tomaschoff: Cartoon Postkarten. Ein Stapel für 2.80
* Wir, die wir mitten im Leben stehen, mit beiden Beinen in derScheiße. Nonsense und Satire Geschichten von Thommie Bayer u. Tom Tom c. Breuer. 9.80
* Umweltreader (Autorenteam) Satire Essays und Analysen zur Energieszene 9.80
* Kalender des Jahres 1978. din a 3, 8,00. Mit Fotos und Texten zur Lage der Nazion von Bernhard Hoffmann.

"apropos folk" c/o Hartmut Schostak, Bielefelder Str. 296 4905 Spenge

Eine Zeitung mit diesem Namen soll es ab März nächsten Jahres geben. Sie orientiert sich an der neuen deutschen Folk Szene, wie sie sich um die Festivals in Ingelheim , Tübingen und ähnlich wo gebildet und gezeigt hat. Eine O-Nummer ist als Faltblatt erschienen.

Rosa, c/o Schwule Aktion Bremen, Postf. 10 16 43 Bremen

Rosa 12 ist erschienen. Themen: Frauen- und Schwulenbewegung, Diskussion über aktuelle Themen, Brief von Anita Bryant. 2,50 (Marken)

[illegible]sa, Buschstr. 20 Bonn

Voller Name: Informationsstelle Südliches Afrika e.V. Bringt laufend Publikationen und Dokumente zur Lage in Südafrika, Namibia und zur Politik der Unabhängigkeitsbewegungen und den Strategien der Westmächte.

FRAUEN-GESUNDHEITSZENTRUM

BERLIN
14.Dezember

Am 30. November 77 wurde in Berlin ein Gesundheitszentrum von und für Frauen (FFGZe.V.) eröffnet. Hierzu schreiben die Frauen aus Berlin:

"Im Zuge der internationalen Frauengesundheitsbewegung sind seit 1972 eine Reihe von Frauengesundheitszentren in Australien und den USA aufgebaut worden. So z.B. das Feminist Women's Health Center in Los Angeles, das 1972 als er[illegible]es Projekt dieser Art von acht Frauen gegründet wurde. Zur Zeit sind auch in Europa mehrere solcher Zentren im Entstehen.

Wir sind eine Gruppe von 25 Frauen. Wir haben uns unser Wissen durch Training u.a. in Gesundheitszentren in den USA angeeignet. Mehrere Frauen von uns haben auch eine medizinische Ausbildung (MTA, Ärztin, Krankenschwester, Beschäftigungstherapeutin).

Seit einigen Jahren informieren wir Frauen in Volkshochschulkursen sowie in Seminaren - z.B. beim Deutsch-Französischen Jugendwerk - über das Thema "Frau und Gesundheit".

Die Grundlage unserer Arbeit ist das Selbsthilfekonzept, d.h., Frauen können durch Selbstuntersuchung und gemeinsamen Erfahrungs- und Informationsaustausch ihren Körper besser kennenlernen.

Warum brauchen Frauen ein solches Zentrum?

1. Wie wir schon in unserern Veröffentlichungen (Buch "Hexengeflüster", unsere Broschüre "Zur Eröffnung des FFGZ i in West-Berlin", Zeitschrift "Clio") aufgezeigt haben, ist die gegenwärtige gynäkologische Versorgung häufig frauenfeindlich und medizinisch unzureichend. Wir wissen aus Erfahrungsberichten vieler Frauen, daß die Untersuchung beim Frauenarzt oft relativ oberflächlich ist und die Persönlichkeit der Frau verletzt; ebenso ist die Beratung häufig mangelhaft und geht nicht auf die Bedürnisse der Frau ein.

2. Frauen sind schädlichen Verhütungsmitteln und Medikamenten ausgeliefert. So haben wir z.B. schon vor zwei Jahren auf Berichte aus den USA hingewiesen, daß DES (Diethylstilbestrol) Vaginalkrebs bei Töchtern der mit diesem Medikament behandelten Frauen hervorrufen kann. DES, ein künstlich synthetisiertes Hormon, ist in der BRD u.a. in der "Pille danach" enthalten.
Leider warnte die Arzneimittelkommision der Deutschen Ärzteschaft erst im Februar diesen Jahres vor den Gefahren des künstlichen Hormons.

3. Frauen wird nicht die Möglichkeit gegeben, für sich selbst zu entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht.

Nun zu unserer Arbeit:
Die Gesundheitsversorgung im FFGZ wird vorläufig folgende Bereiche umfassen:

- Selbsthilfekurse
- Krebsvorsorge
- Gespräche über Sexualität
- Verhütungsberatung
- Diaphragmaanpassung
- Schwangerenberatung
- Schwangerschaftstests
- Abstriche zur Erkennung von vaginalen Störungen
- Gesunde Ernährung und alternative Heilmethoden

Außerdem wollen wir die notwendigen Schritte unternehmen, damit in unserem Zentrum auch Schwangerschaftsunterbrechungen mit der Absaugmethode durchgeführt werden können gemäßt § 218 StGB.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt darauf, Frauen eingehend und umfassend über die Möglichkeiten zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer GEsundheit zu informieren. Das ist der wesentliche Unterschied zur herkömmlichen Gesundheitsversorgung. Unser Ziel ist es nihct, Ärzte und Krankenhäuser zu ersetzen!

Das FFGZ ist ein eingetragener Verein. Wir bemühen uns um die Kassenzulassung, damit Leistungen über Krankenschein abgerechnet werden können. Zur Zeit sind wir noch auf Spenden angewiesen und darauf, daß die zur Beratung kommenden Frauen unsere Leistungen, entsprechend ihren Möglichkeiten bezahlen. Wir arbeiten fast alle noch unentgeltlich, wollen aber langfristig bezahlte Arbeit leisten."

Feministisches Frauen
Gesundheits Zentrum e.V.
Kadettenweg 77
te. 8335412 + 8335442
1000 Berlin 45 (Lichterf.)

BRIEFAKTION FÜR ZWEI IN SANTIAGO VERHAFTETE FRAUEN

Frankfurt
15.Dezember

"Die Erklärungen von Herrn F.J.Strauß über die Notwendigkeit der Regierung Pinochet und seine Einschätzung über die gegenwärtige Lage in Chile, sind offensichtlich Manöver, die versuchen, eine von der ganzen Weltöffentlichkeit verurteilte Regierung verschönern. Die "Wahrheit" von Herrn Strauß, stimmt mit den Tatsachen leider nicht überein.

Der Putsch hat auch nach den von der Junta selbst offiziell gegebenen Darstellungen das Chilenische Volk nicht nur 30 000 Tote gekostet, sondern auch bei einer Bevölkerung von ca. 10 Millionen Einwohnern, eine gute Million ins Exil oder zur Auswanderung gezwungen, ohne von dem allgemeinen Elendszustand(,der für das Chilenische Volk bisher unbekannt war), ohne von der systematischen und der totalen Mißachtung der Menschenrechte zu reden. Diese Tatsachen sind offensichtlich nur Herrn F.J.Strauß unbekannt. Die gegenwärtige Situation steht also in einem totalen Widerspruch zu der Erklärung von Herrn Strauß.

In den letzten 14 Tagenwur
In den letzten Tagen wurde ein Dutzend Leute verhaftet und die Geheimpolizei D.I.N.A. (jetzt mit dem Namen C.N.I. getarnt) hat am 8.12.77 in Santiago 2 Personen auf offener Strasse getötet und mehrere festgenommen. Unter ihnen befinden sich zwei Frauen (Diana Duhalde und Ines Naranjo) für die wir, die Spanisch-Sprechende-Frauengruppe in Frankfurt, kämpfen wollen. Wir fürchten um das Leben dieser Frauen, die unter Umständen die Liste der Verschwundenen (nach Amnesty International jetzt mindestens 1 500) noch vergrößern könnten. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte das Leben dieser Frauen zu retten.
Wir haben bereits mit einer Briefaktion an die Chilenische Regierung begonnen. In einer Briefvorlage, die in spanischer Sprache formuliert ist, fordern wir Informationen über die Sitaution der beiden Frauen und fordern ihre sofortige Freilassung. Vordrucke dieses Briefes liegen in Frankfurt im Frauenbuchladen, in der Karl-Marx-Buchhandlung und im Frauenzentrum aus, können aber auch gegen Beilage von Rückporto geschickt werden."

Kontaktadresse: Spanisch sprechende Frauengruppe
M. Haro, Metzstr. 4
6000 Frankfurt 90

BEFREIT EURE PHANTASIE

DARMSTADT
14.Dezember

Das Neueste aus der Freien Stadt Christiania:

a) Der Termin der Gerichtsverhandlung vor dem Höchsten Gerichtshof des Königreichs Dänemark wurde verschoben: der Stichtag ist jetzt der 18.Januar 78, weil sich der zuständige Richter das Bein gebrochen hat! (Damit hat Christiania nichts zu tun gehabt, wie uns berichtet worden ist, Hintergründe sind nicht bekannt.)

b) Trotzdem wird für die Weinachtsfeiertage ein großes Aktionstheater für Kopenhagens Straßen vorbereitet: eine Darstellung der Geschichte, der Geschichte von Freiheitskampf und Unterdrückung. Angefangen bei der Hexenverbrennung im Mittelalter, Bauernkriegen, Inquisition, über die Kommunistenprozesse der McCharthy-Ära (Sacco und Vanzetti!) zu dem Widerstand gegen den Vietnam-Krieg der USA, den Hippies, Yippies und der Under-ground-zeit bis zum gegenwärtigen Konflikt um Christiania selbst, der eingeordnet wird in eine internationale Rechtsentwicklung, wobei auch Namen wie Strauß/Schmidt, Smith/Vorster, Nixon/ etc. fallen.

c) Besonderes Interesse wird der Skandinavischen Zusammenarbeit gegeben. Das schwedische Atomkraftwerk Barsebäck liegt ja nur einige Kilometer von dem Zentrum Kopenhagens entfernt, und bekanntlich kennen weder Radioaktivität als auch reaktionäre Politiker und ihre Tendenzen keine Grenzen.

d) Schließlich wird Christiania als international wichtig angesehen. Entsprechend sollten in allen befreundeten Gebieten, d.h. da wo sich Freunde der Zukunft in Freiheit aufhalten, Solidaritätsaktionen gemacht werden. (Es wäre zweckmäßig, für den Januar Aktionen wie z.B. Demo zur Dänischen Botschaft zu planen, oder aber auch eine gemeinsame Busfahrt nach Kopenhagen.) Wer an diesen Vorschlägen interessiert ist, oder andererseits in seinem Ort eine Info-Veranstaltung machen will, und Material braucht, der wende sich an die unten genannte Adresse. Dort kann auch der "community action in europe" - NEWS-LETTER vom 1. Dezember 1977 (über Aktionen in Europa) angefordert werden. Also: Busfahrt, Demo, Info-Veranstaltung: alle Vorschläge willkommen. Für gute Koordination bitte etwas beeilen!!

Kontakt: "community action in europe" - info BRD
c/o schupo, Frankfurter Str. 10/D-6100 Darmstadt

TAG DER OFFENEN TÜR BEI LIP SOLIDARITÄTSAPPELL

Besancon 2.12.77 Nach Aussage der Lip's besuchten ca. 10 000 Leute am Wochenende des 3./4.Dezember die Fabrik in Palente. Das war weniger als die letzten Male. Ob darin aber ein Abflauen der Solidarität zu sehen ist, kann z.Zt. noch niemand sagen.
Auf einer Art Kirmeß boten die Kommissionen von LIP sowie zahlreiche besetzte Fabriken und Institutionen Informationen und ihre Produktie an: da gab es Nahrungsmittel,offenen Wein aus einem Tankwagen,Bücher,Plakate,Geschenkartikel,Kleider und natürlich auch Uhren (ca. 1000 Stück wurden verkauft). Besonderheit der Kirmeß: der Erwerb eines Produkts ist auch ein Ausdruck der Solidarität mit den Kämpfenden!
Hauptanlaß jedoch war die Vorstellung des neuen Projekts der "Kooperative LIP"(siehe auch ID 206).Auf einer Pressekonferenz, die sich in Diskussionen auf das ganze Wochenende ausdehnte, wurde noch einmal die Geschichte des 18-Monate andauernden Konflikts aufgezeigt, bei dem die Lip's trotz aktiven Kampfs keine Lösung erzwingen konnten, da sowohl das Unternehmertum als auch die staatlichen Organe LIP zum Scheitern verurteilt hatten. Sie erklärten dazu:"Wir müss das Werkzeug wieder in die Hand nehmen. Dieser Schritt ist als ein Beweis unserer Stärke notwendig geworden und steht in der Tradition unseres Kampfes, der sich auf zwei Achsen stützt:
– Aufzeigen der Lebensfähigkeit des Unternehmens
– Unseren Willen nach 'Beschäftigung für alle' bekunden".
Weiter werden Fakten geliefert, daß man etwas unternehmen muß:
– Ende Dezember läuft die Arbeitslosenunterstützung von 35% des ursprünglichen Gehaltes ab
– Mit der im Mai begonnenen wilden Uhrenproduktion und Verkauf kann nicht mehr lange so weitergemacht werden, da die Einnahmen schon zurückgehen.
– Die Krise in der Uhrenbranche schreitet weiter fort! Bis 1980 sind mit weiteren 4000 Entlassungen von nur insgesamt 11 000 Beschäftigten zu rechnen. Dazu sagen sie:"Der Wiederbeginn ist taktisch richtig, weil er der Strukturkrise allgemein und besonders in der Uhrenindustrie der Franche-Compte die Entschlußkraft der Arbeiter entgegenstellt.Normalerweise sieht ein industrieller Wiederbeginn so aus: da hat man einen Plan mit Umstrukturierungen und Entlassungen, Kapital und einen Chef. Wir dagegen folgen genau dem umgekehrten Interesse: wir tragen zuerst der Devise 'Beschäftigung für alle' Rechnung und danach erst dem Problem eines Plans

und der Finanzierung. Von daher bestimmt sich auch die Ausführung, denn wenn es unser aller Wille ist, Beschäftigung zu haben,dann muß auch der Wiederbeginn ein Werk von uns allen sein. Die einzige Lösung, das Abenteuer durchzustehen, ist die kollektive Entschlußkraft."

In diesem Sinne traten die LIP's auch vielen kritischen Stimmen (auch aus den eigenen Reihen) und Bedenken entgegen, daß die Umsetzung dieses Wiederbeginns nur in Formen und nach den Gesetzen des kapitalistischen Systems passieren kann, und damit der Gefahr ausgesetzt ist, den Zielen entgegen unterwandert und schließlich aufgesaugt zu werden. Konkret also die Frage, warum sie die Form der Kooperative nun akzeptieren, wo sie doch im bisherigen Kampf so entschieden abgelehnt worden ist , und die Gefahr besteht, der juristischen Struktur angepaßt zu sein bzw. zu werden.- Es muß klargemacht werden, daß es sich hier bei dem Wort Kooperative um eine juristische Definition handelt, also mit Satzung und pipapo, wie sie bei uns etwa einer GmbH entspricht. Im alternativen Sinn waren dieLIP's in ihrer Organisierung und Arbeit auch bisher schon eine Kooperative.

In der Antwort machen die Lip's klar, daß sie nicht vorhaben, eine Kooperative im juristischen Sinne zu schaffen, sondern sie sehen darin nur ein Mittel, eine Anwendungsmöglichkeit, um das Vorhaben "Beschäftigung für alle" zu realisieren.Es sei in der heutigen Situation dazu eine juristische Struktur notwendig, damit sie Verträge abschließen können(z.B. Vertrag mit Algerien über das Projekt des Aufbaus einer dortigen Uhrenindustrie), ihre Produkte absetzen und Aufträge erteilt bekommen können.

"Gewiß ist, daß Punkte in den Statuten unvereinbar mit unserer Praxis sind, so z.B. die Macht des Direktoriums, das auf eine lange Dauer gewählt wird. Das Juristische ist aber nur eine Form, ein Äußeres, aber das Wichtigste ist der Gebrauch, was wir daraus machen, also unsere Fähigkeit eine wirkliche Demokratie zu praktizieren trotz der juristischen Struktur. Wir sehen auch die Gefahr, die vielen Wiedersprüche zwischen den Statuten und unserer Praxis, aber wir suchen dauern die Information eines Jeden voranzutreiben und der Vollversammlung eine wirkliche Macht zur Kontrolle zu geben. Unser Projekt ist es, ein Kollektiv zu sein, das gemseinsam um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpft. In dieser Perspektive ist die juristische Form ein Mittel und nicht das Ende des gemeinsamen Kampfes.- Wir können nicht einfach mit unserer Vergangenheit brechen, unsere Praxis verändern, LIP das sind wir. Wir können nur das bisher Praktizierte fortsetzen, denn ohne uns gibt es kein LIP mehr, ohne den gemeinschaftlichen Kampf wird es das Projekt auch nicht geben.

"Gemeinschaftlich leben das heißt demokratisch leben."

Das erfahren wir jeden Tag, die Demokratie ist niemals ein für alle Mal errichtet, sie muß jedes Mal wieder neu erkämpft werden."

Klar ist für die Lip's auch, daß trotz der eigenen Kraft und ihres gemeinschaftlichen Kampfes sie immer auf die Solidarität von außen, von allen, die für ihre Rechte kämpfen, angewiesen sind. Wie wichtig den Lip's gerade dieser Aspekt ihres Kampfes ist, zeigt sich in dem Tag der offenen Tür, der eine Öffnung nach außen bedeutet, die Ideen und Praktiken bekannt zu machen, sich auszutauschen, Anregungen zu bekommen und die Front zu vergrößern und zu verstärken. Auch für das Projekt wissen die Lip's, daß sie ohne die Hilfe und Solidairtät von außen nicht bestehen können. Darum hat sich neben der Kooperative eine zweite Vereinigung konstituiert,der Verein der Freunde Lip's. In einem Flugblatt schreiben sie dazu:

"Das Projekt, das von den Arbeitern und Arbeiterinnen von LIP beschlossen worden ist um die Wiederaufnahme des Betriebes, ist eine außergewöhnliche Wette, da sie sich auf die Solidarität aller stützt. Wir haben im Lauf der Jahre die Solidarität von vielen gewonnen und wir haben sie selbst jedesmal, wenn es notwendig war, vielen bekundet. Für uns hat das Wort Solidarität einen präzisen Sinn — es bedeutet für uns: weitergehen in unserem Kampf. Wenn wir heute ganz besonders euer Vertrauen und eure Phantasie brauchen, dann richtet sich das Gelingen und die Hoffnung der Lip's auch auf eure finanzielle Hilfe. Wir brauchen viel Geld , um die Wiederinbetriebnahme des Arbeitswerkzeuges zu erreichen. Ihr müßt uns helfen,sie zusammenzufinden, um das zu ermöglichen.- Dazu haben wir eine Vereinigung gegründet den

"VEREIN DER FREUNDE LIP'S"

Dieser Verein hat zum Ziel:

— Die Solidarität mit all seinen Formen (ökonomische, moralische, finanzielle) zu organisieren im Kampf der Lip's um die "Beschäftigung für alle". Zu diesem Ziel unternimmt der Verein direkt oder vermittelt durch seine Mitglieder alle möglichen Aktionen und benutzt alle, nach dem Gesetzt erlaubten Mittel wie: Versammlungen, Propaganda, Herstellung von Texten und deren Verteilung, Kautionen und finanzielle Transaktionen.

— Der Verein kann zu diesem Ziel Geld aufnehmen oder Bürgschaften auf seinen Namen übernehmen...

— Weiterhin kann der Verein teilnehmen an allen Unterstützungsaktionen oder vergleichbaren Aktionen der Lip's, die unternommen werden, um andere Gruppen von Arbeitern, die sich im Kampf um ihre Arbeitsplätze befinden, zu unterstützen."

Eine aktive Beteiligung ist über eine Vollversammlung aller Mitglieder, über Vorschläge, Einzelaktionen oder Zusammenschlüsse von Mitgliedergruppen möglich und erwünscht.Der Verein mit Sitz in Besancon wird kontinuierlich seine Mitglieder informieren und ihnen Rechenschaft ablegen.-Die Statute des Vereins können auch bei der deutschen Kontaktadresse eingesehen werden.-Solidaritätsspenden können in beliebiger Höhe, die im Ermessen jedes Einzelnen stehen, auf das u.a. Konto überwiesen werden.Der jährliche Mindestbetrag für diejenigen, die Mitglieder werden wollen, beträgt 15,-DM und es wird ihnen nach Eingang auf dem Konto eine Mitgliedskarte für 77/78 zugeschickt.

Kontaktadresse in der BRD:
Frank Linke,Brüder-Knauss-Str.66,6100 Darmstadt
Solidaritätskonto:Kto.Nr. 817 236 bei der Sparkasse 1822, Frankfurt (BLZ 500 502 01). Das Konto ist auf obige Adresse ausgestellt.
Kontaktadresse in Frankreich:
Association des amis de LIP,B.P. 961,25022 Besancon,Cedex

Am Ende ihres Solidaritätsappels schreiben die Lips:
Die Unternehmer wollen uns glauben machen, daß sie die guten Verwalter, die Menschenführer und die kompetenten Verantwortlichen sind, fähig die Städte zu regieren,und die einzigen, die das Wohl der Menschheit sichern können. Wir übernehmen die kollektive Verantworung, das Recht, die Geschichte zu bestimmen, die uns gehört, in dem wir
bis ans Ende der Gerechtigkeit gehen
bis ans Ende der Solidarität und Gerechtigkeit
bis ans Ende des Kampfes, wenn er die Verweigerung des Verhängnisses bedeutet
unsere Gewohnheiten besiegen
mit allen Arbeitern eine neue Gesellschaft aufbauen
andere soziale Beziehungen schaffen
das Leben verändern.
In LIP kämpfen wir seit 19 Monaten um unsere Arbeitsplätze, um zu leben und zu arbeiten in unserem Landstrich. Das ist unsere Art, das Leben zu verändern. Wir sind uns alle gegenseitig verpflichtet. Wir brauchen euch. Wir zählen auf euch.

FEUERWEHRSTREIK

GROSSBRITANNIEN
8. Dezember

Der Streik der Feuerwehrleute in Großbritannien ist jetzt in der vierten Woche. Sie fordern eine sofortige 30 %ige Lohnerhöhung und eine 42 Stundenwoche. Dies bedeutet eine Anhebung der Löhne auf den durchschnittlichen Industriearbeiterlohn plus 10 % für die besondere Gefährlichkeit der Arbeit.
Während der letzten vier Jahren ist das reale Einkommen der Feuerwehrleute um 20 % gefallen und liegt jetzt weit hinter dem dem Durchschnitt. Nach einer 5-jährigen Ausbildung erhält ein Feuerwehrmann 46 Pfund netto für eine 48 Stundenwoche - weniger als 800 Mark pro Monat bei Lebenskosten, die inzwischen nicht viel niedriger sind als in der BRD. Er bekommt keinen Zuschuß für Nacht- und Feiertagsarbeit. Überstunden werden nicht bezahlt. Der Beruf wird immer gefährlicher. Eine Vielzahl von Kunststoffen, z.B. Polyurethan-Schaum, der u.a. für Möbelpolster benutzt wird, brennen leicht und geben dabei sehr giftige Gase ab. Die billigen und modernen Baumethoden und Baustoffe stellen bei einem Brand auch viele neue Probleme dar.

Die Feuerwehrleute setzten ihre Lohnforderung in einen Streik um, trotz einer massiven Pressekampagne, die ihnen vorzuwerfen versuchte, daß sie bereit wären Kinder und Omas verbrennen zu lassen, um ihre egoistischen Forderungen durchzusetzen. Selbst ihr eigener Gewerkschaftsvorstand stimmte 2:1 gegen Streik. Er wird jedoch von den Mitglieder gezwungen, den Streik zu führen. Die Feuerwehroffiziere, die einer anderen Gewerkschaft angehören, unterstützen zwar die Forderungen, streiken aber nicht. Der Streik wird aktiv geführt von der großen Mehrheit der Feuerwehrleute. Ihr Verhalten während des Streiks hat zu einer großen Unterstützung in der Bevölkerung geführt. Ausgehend von den Feuerrevieren haben sie eine einmalige Öffentlichkeitsarbeit geleistet; mit Informationsständen, Unterschrift- und Geldsammlungen. In vielen Bezirken haben sie effiziente Kommunikationssysteme zwischen Revieren hergestellt und "Flying Pickets" - mobile Streikposten -, die im Bergarbeiterstreik von 1974 so effektiv waren, organisiert. Bisher sind fast 50.000 Pfund gesammelt worden und am 26.11. demonstrierten über 10000 Feuerwehrleute und ihre Familien in London und überreichten Premierminister Callaghan eine Liste mit mehr als einer halben Million Unterschriften.

Die Regierung hat 1200 Soldaten mit altmodischen und völlig unausreichenden Geräten als Streikbrecher eingesetzt. Jedesmal, wenn Menschenleben bei einem Brand in Gefahr ist, verlassen die Feuerwehrleute ihren Streikposten und helfen beim Rettungsversuch. Seit Streikbeginn sind über 50 Menschen bei Bränden ums Leben gekommen. Aber bisher konnte sogar die bürgerliche Presse keinen Tod als Folge des Streiks bezeichnen. Der Sachschaden ist jedoch sehr hoch, weil die Soldaten in den meisten Fällen nur noch in der Lage sind, die Ausbreitung des Feuers zu verhindern.

Die Regierung ist ihrerseits ebenso fest entschlossen dem Streik zu widerstehen. Die Durchsetzung der 10% Grenze für Lohnerhöhungen, notwendig für die Wiederherstellung der Profite und Konkurrenzfähigkeit der stagnierenden britischen Industrie, ist die wichtigste Bedingung für die weitere Unterstützung der Labour-Regierung durch die Liberalen. Ohne diese Unterstützung würde die Regierung bei der nächsten Abstimmung im Unterhaus fallen. Die Lokalbehörden - die eigentlichen Arbeitgeber - haben jetzt 10% ab sofort, Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden im nächsten Frühjahr und Änderungen in der Lohnstruktur nach Ablauf der gegenwärtigen Phase der Lohnpolitik angeboten. Die Arbeitszeitverkürzungen sollen jedoch nur bei erhöhter Produktivität erfolgen und eine weitere Bedingung ist, daß keine gewerkschaftliche Disziplinierung der Feuerwehrleute, die nicht gestreikt haben, unternommen wird. Das Angebot, das diese Woche diskutiert wird, wird wahrscheinlich abgelehnt. Die Konservativen wollen ein Nachgeben der Lohnforderung gegenüber, aber auch ein Streikverbot in Zukunft für die Feuerwehr. Die "linke" Tribune-Gruppe der Labour-Partei verlangt eine Sonderbehandlung der Feuerwehr. Dies lehnen die Feuerwehrleute ab, da sie durch ihre Forderung mit anderen Arbeitern gleichgesetzt werden wollen.

Eine ganz entscheidende Rolle spielen die Gewerkschaftsführer. Ihre Zustimmung zum sogenannten "Social Contact" war die Grundlage der Lohnpolitik der Wilson- und Callaghan-Regierungen. Die traditionelle Kanalisation proletarischer Militanz in gewerkschaftliche Kämpfe und die zersplitterte und undemokratische Struktur der Gewerkschaften hat wesentlich zur Lohnunterdrückung in den letzten Jahren und zur Machtposition der Gewerkschaftsbürokratie beigetragen. Heute stehen Millionen von Arbeitern mit Lohnforderungen an, die weit über der 10% Grenze liegen. Als erste kommen die über eine Million Bediensteten der Lokalbehörden. Danach kommen die Bergarbeiter, die 1974 die Heath-Regierung zu Fall brachten. Sie verlangen 135% und haben bereits einen "Productivity Deal" - eine Koppelung der Lohnerhöhung zur steigenden Produktivität - den Willen ihrer Gewerkschaftsführer entschieden abgelehnt. Diese haben bei der jüngsten Vorstandssitzung der Bergarbeitergewerkschaft ihre Zustimmung zum Productivity Deal trotzdem gegeben und haben die 12-Monaten-Regelung der Regierung akzeptiert, die eine Lohnerhöhung erst im März 1978 erlaubt. Damit haben sie wieder gezeigt, auf welcher Seite sie stehen, denn ein Streik der Bergarbeiter zusammen mit den Feuerwehrleuten würde die 10%-Regelung zerschlagen, massive Lohnerhöhungen großer Teile der Arbeiterklasse ermöglichen, und eine völlig unübersichtliche politische Situation schaffen, von der sie nicht profitieren könnten. Sie geben sich mit Solidaritätserklärungen und Spenden für die Feuerwehrleute zufrieden. Der Dachverband der Gewerkschaften T.U.C' hat letzte Woche einen Appell der Feuerwehrgewerkschaft nach einem gemeinsamen Vorgehen gegen die 10%-Grenze abgelehnt. Ohne diese Unterstützung und ohne Streikgeld wird ein Sieg für die Feuerwehrleute erheblich schwieriger sein und wieder eine Möglichkeit, den traditionellen britischen Reformismus zu durchbrechen, verloren gehen.

HUNGERSTREIK IM BRASILIANISCHEN KNAST

Recife
5.12.77

Am 18.November traten 13 politische Gefangene im Gefängnis Barreto Campelo auf der Insel Itamaraca(Recife) in Hungerstreik. Mit dieser Aktion solidarisierten sie sich mit ihren Mitgefangenen Rholine Sonde Cavalcanti und Carlos Alberto Soares, die sich bereits seit dem 15. November 77 im Hungerstreik befinden, um gegen ihre seit 2 Jahren andauernde Isolationshaft zu protestieren.

Die Isolationshaft wurde in Folge eines Hungerstreiks im Oktober 75 verhängt, den damals alle Gefangenen gegen die ungewöhnlich harte Behandlung und die Folter zweier ihrer Mitgefangenen durchgeführt hatten.
Für Alberto Soares und Rholine Cavalcanti - beide aufgrund von 'Verstößen gegen die Nationale Sicherheit' zu lebenslänglicher Haft verurteilt- ist die seit nunmehr zwei Jahren andauernde Isolierung ein Todesurteil auf Raten. Aus diesem Grund führen sie ihren Hungerstreik mit äußerster Konsequenz durch. Wie der Sekretär für Inneres und Justiz mitteilte, nehmen die beiden nur Wasser zu sich und lehnen sogar Zucker und Salz ab, was sie während des Hungerstreiks 75 noch akzeptierten.

In der brasilianischen Öffentlichkeit fand der Hungerstreik ein großes Ceho: VEJA, das größte brasilianische Nachrichtenma-

gazin, und Jornal do Brasil, die zweitgrößte brasilianische Tageszeitung, berichteten wiederholt über die Ereignisse im Gefängnis; die Erzdiözese von Recife, ihre Menschenrechtskommision Justicia e Paz sowie die Bewegung der Frauen für die Amnestie unterstützten mit Petitionen an die braisilianischen Autoritäten die Forderungen der Gefangenen von Itamaraca.

Diese wollen mit ihrem Hungerstreik die Aufhebung der Isolationshaft von Soares und Cavalcanti erreichen; Rückführung der beiden in die Lebensgemeinschaft der Gefangenen mit der Möglichkeit, am gemeinsamen Hofgang, Sport und der für den Lebensunterhalt der Gefangenen wichtigen Herstellung von Kunstgegenständen teilzunehmen.
Inzwischen mußten sie ins Militärhospital verlegt werden. Nach zwei Jahren Isolation und nahezu drei Wochen Hungerstreik hat sich der körperliche und seelische Zustand der beiden nahezu lebensbedrohend verändert. Es ist zu befürchten, daß ihr Hungerstreik tödlich ausgehen wird, da die brasilianische Regierung bisher keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, die Lage in den Gefängnissen zu verbessern. Der Gouverneur von Pernambuco antwortete auf einen Brief, in dem die Mütter von Carlos Alberto und Rholine um eine Erleichterung der Haftbedingungen für ihre Söhne baten: "Kriminelle behandeln wir eben so!"

N[illegible] Informationen von Amnesty International, Brasilien-Koordinationsgruppe, Berg.-Gladbacher Str.1141,5000 Köln 80

EIN ID FÜR LATEINAMERIKA IST DA

MEXIKO
Dezember 1977

Für Lateinamerika gibt es jetzt einen Informationsdienst. Er erscheint monatlich im CENTRO INTERNACIONAL DE INFORMACION LATINOAMERICANA. Die Redaktion sitzt in Mexiko-Stadt. Das CILLA ist am 25. September 1977 in Mexiko gegründet worden. In der Nummer 1 vom November 1977 heißt es im Editorial:

„Informieren heißt, seine eigenen Erfahrungen an andere weitergeben. In Lateinamerika wurde die Erfahrung der Basisorganisationen allzuoft durch die Presse vertuscht; eine Presse, die sich an die Militärdiktaturen und an die großen transnationalen Ver[illegible]de verkauft. Diese reden von ihren Institutionen so, als ob sie demokratisch, von der Repression, als ob sie eine Notwendigkeit und von den Politikern, als ob sie das Volk selbst wären. Andererseits bleiben diejenigen, die sich in Bauernverbänden, unabhängigen Gewerkschaften oder Vereinigungen einzelner Stadtviertel zusammenschließen, ohne Kommunikation, gefangen in einem System, das die Wahrheit fürchtet.

Dieses Bulletin ist das erste einer Serie, die versuchen wird, diejenigen Nachrichten zusammenzufassen, die in den letzten Wochen die Basisorganisationen Lateinamerikas am meisten betroffen haben. Das ist eine der Aufgaben,die der "Gegeninformation" gewidmet sind, ein Begriff, der für die Gründung des "Centro Internacional de Informacion Latinoamericana-Cilla" am 25. September zentral war. So wie jede unabhängige Organisation haben wir nicht die ausreichenden technischen und ökonomischen Mittel, um den nötigen Apparat für eine weitreichende internationale Informationsverteilung aufzubauen, weshalb wir die Leser darum bitten, zu gleicher Zeit unsere Mitarbeiter zu sein, und uns bei der Verteilung und Übersetzung dieses Bulletins zu helfen."

Kontaktadresse: Editorial CILLA
Apartado Postal 12-858
Mexico 12, D.F.

PROTESTE IRANISCHER STUDENTEN

ROM/KOPENHAGEN
15.Dezember

In Rom hatten vor ca. zehn Tagen etwa 20 iranische Studenten die iranische Botschaft für zwei Stunden besetzt. Sie wurden verhaftet und sind heute noch im Knast.

Gestern wurde in Kopenhagen eine 16-köpfige Delegation der Confederation of Iranian Students (National Union) in der iranischen Botschaft festgenommen. Die CISNU sagt dazu in ihrer Presseerklärung:

Diese Delegation hatte die Aufgabe, dem Botschafter des Schah den Protest der iranischen Studenten gegen die jüngste Unterdrückungswelle in Persien mitzuteilen.

Dieser Protest richtet sich gegen die Ermordung von 67 Demonstranten am 20. und 21.11.1977 sowie gegen Verletzungen und Verhaftungen meherer hundert weiterer Personen seit dem 14.11.77, unter denen sich mehrere namhafte Persönlichkeiten aus dem politischen und kulturellen Bereich in Persien befinden.

Wir verurteilen die Festnahme der Delegation durch die dänische Polizei als einen Beitrag der dänischen Regierung zur Unterstützung des faschistischen Schah-Regimes bei der Unterdrückung des persischen Volkes und fordern ihre sofortige Freilassung.

Wir rufen außerdem alle demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten auf, durch Protesttelegramme an den dänischen Justizminister die sofortige Freilassung der Verhafteten zu fordern.

Nieder mit dem faschistischen Schahregime!
Es lebe der antiimperialistische Kampf des persischen Volkes gegen das Schahregime!

Kontaktadresse: Conföderation Iranischer Studenten (N.U.), Postfach 900566, 6000 Frankfurt

Die Protesttelegramme sollen an folgende Adresse geschickt werden:

Justitsministeriet
Slotsholmsgade 10
1210 Kopenhagen
Dänemark

Achtung, liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen - sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr

UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN!? !

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID-Nummer	Exemplare
		3

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst

Informations Dienst
Postfach 90 03 43

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 9. Dezember



PLAKATWETTBEWERB

zum internationalen RUSSELL·TRIBUNAL

über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland

Einsendeschluß ist der 31. Januar 1978. Die besten Entwürfe sollen als offizielle Plakate zum Russel-Tribunal gedruckt werden. Sämtliche Vorlagen werden im Rahmen einer Wanderausstellung vor und während des Russel-Tribunals gezeigt, sowie als Reproduktionen der alternativen Presse als namentlich gekennzeichnetes Illustrationsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Auswahl erfolgt durch das Sekretariat und den deutschen Beirat der Jury des 3. Russel-Tribunals. Einsendungen und nähere Informationen: Kurt Jotter, I Berlin 41, Wielandstraße 8, Tel.: 030–851 81 91.
Dieser Wettbewerb wird veranstaltet von den USTA-Initiativen an der FU Berlin und dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote Berlin (West).